

Die "Volkswacht" erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Expedition, Renn, Grammer, etc., und durch Postorte zu bestreben. Preis vierseitiglich Mfz. 2.50, pro Woche 20 Pfz. Durch die Post bezogen Mfz. 2.50, frei ins Land Mfz. 2.00, wo keine Post am Orte, Mfz. 1.80.

Telephon
Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verfügung 1000: Sehr geehrte Herren! Sie haben die einzige Lokomotive über deren Raum ich Ihnen auf dem Gelände unterwegs bin. Gute Reise für Ihr Unternehmen 15 Pf. Ausgang 15 Pf. Vereinigte Gesellschaften 15 Pf. Gouverneur für die nächste Rennzeit müssen die Vermittlung über die Ergebnisse abgeben werden.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 148.

Breslau, Dienstag, den 23. Juni 1914.

25. Jahrgang.

Gegen Militärmisshandlungen!

Zeugen heraus!

Der Aufruf an alle die, die Erfahrungen über die tragigen Zustände in den Kasernen gemacht haben, uns ihre Adressen anzugeben, hat Erfolg gehabt. Trotzdem liegt es im Interesse der Sache, dass reiche Material noch zu vervollständigen. Es gibt sicherlich noch viele, die meinen, sie trauten sich der geringen Macht, die uns zu haben, nicht mehr zu unterziehen, da uns genug Fälle bekannt seien. Es ist aber wünschenswert, eine möglichst vollständige Sammlung zur Verfügung zu haben. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass alle die, die Militärmisshandlungen eritten oder von solchen sichere Kenntnis erlangt haben, sofort ihre Adressen uns zur Kenntnis bringen.

Es gilt den Kampf gegen den Militarismus bei jeder Gelegenheit im Parlament, und da es der Kriegsmünnster will, auch vor Gericht zu führen. Der Schlag, den die Opposition gegen die Sozialdemokratie, die unermüdliche Kämpferin der Militärmisshandlungen, führen will, muss mit doppelter und dreifacher Wucht auf sie zutreffen.

Deshalb ist Eure Pflicht und stellt uns Eure Erfahrungen zur Verfügung. Der Prozeß gegen die Genossen Lützenbrück findet bereits am 29. Juni in Berlin statt, es ist also die sofortige Meldung von Zeugen geboten.

Es lebe Russland.

Sächsische Anerkennung für den russischen Zar.

Den Gedenktag des Verkümmigungsfeiertags, aus dem es zu uns herübertrat: "Es lebe Deutschland!" gilt unser Ruf: "Vive la France!" So schloß unser Genosse Wendel im Reichstag seine Rede über die auswärtige Politik, und das war noch beim Unterricht der nationalen Presse Hochverrat und schändliche Erniedrigung vor dem Auslande. Singulärer hat der König von Sachsen eine Anerkennungserklärung zum russischen Zaren nach Zarstoje-Sjelo entgegen und auf einen klöh und formell gehaltenen Druckspruch des Nikolaus mit einer Rede geantwortet, die auch ein "potentatenloser Gefelle" nicht ohne sanftes Erröten lassen kann.

Der Kaiser sagte:

"Wir lobhafter Bevölkerung heiße ich Euer Majestät willkommen, und es drängt mich, Euer Majestät zu sagen, wie sehr ich erfreut bin, Sie unter uns zu sehen. Soeben von Euer Majestät zum Chef des 2. sächsischen Artillerieregiments ernannt, bitte ich mich Euer Majestät die lobhafte Freude zum Ausdruck zu bringen, die ich darüber empfinde, und meinen aufrichtigsten Dank dafür auszusprechen. Es ist mir gleichermassen sehr angenehm, Euer Majestät die russische Uniform tragen zu können, die Ihr erhabener Oheim seiner Zeit getragen hat. In dem ich darin mit Freuden ein neues Band zwischen uns sehe, erhebe ich mein Glas auf die Gesundheit Euer Majestät und der königlichen Familie, ebenso wie auf die dauernde Freundschaft, die unsere beiden Häuser verbindet, und auf die Wohlfahrt des sächsischen Volkes."

Darauf antwortete der König von Sachsen mit folgenden überschwenglichen Worten:

Majestät! Die überaus gnädigen Worte, welche Euer Majestät an mich zu richten die große Güte hatten, haben mich tiefer gerührt. Ich hoffe mich Euer Majestät und Ihre Majestät die Kaisertreue zu bitten, den Ausdruck meiner tiefsinnigen Dankbarkeit für den unvergesslichen Empfang entgegenzunehmen, den Euer Majestät mir zu bereiten geruht haben.

Seit dem 18. Oktober des vergangenen Jahres, dem für uns alle unvergänglichen Tage, an dem das Land und die Armee Euer Majestät so herztragenden Anteil nahmen, war es mein ehrenhaftes Wunsch, Euer Majestät meiner liebhaschen Freude darüber zu verschern, daß es mir vergönnt war, in Leipzig Seine Kaiserliche Hoheit den Großfürsten Kirill Vladimirovitch an der Spitze einer großen Zahl ausgezeichneten Offiziere als Vertreter der ruhmvollen Armee Euer Majestät zu begrüßen.

Es ist mit einer von so großer Genugtuung, Euer Majestät meine anfrichtige und achtungsvolle Handlungen zu hören, als Euer Majestät geruht haben, die alten traditionellen Hände, welche zwischen dem Kaiserlich russischen Hofe, den deutschen Höfen und insbesondere dem sächsischen Hofe bestehen, dadurch noch fester zu knüpfen, daß Euer Majestät mich zum Chef des Infanterie-Regiments Kapoßl ernannt haben, welches lange Jahre hindurch das Regiment meines seitigen Oheims, des Admirals Albert, gewesen ist. Sehr geruht von dieser gnädigen Anerkennung habe ich auch eine große Freude empfunden, im letzten Jahre eine Deputation meines tapferen Regiments zu empfangen, und ich bitte Euer Majestät meinen innigen Dank für die hohe Auszeichnung entgegenzunehmen, mit der mich Euer Majestät zu beachten geruht haben. Als Mitglied der Armee Euer Majestät erwarte ich mit Ungebühr den morgigen Tag, wo ich das Vergnügen haben werde, die berühmten Garden Euerer Majestät in Bayreuth zu beobachten, und ich ganz besonders dankbar dafür, daß mit Euerer Majestät dieses großartige Geschäft gründig vor Augen führen wollen. Aufsichtige Genugtuung empfinge ich darüber, daß Euer Majestät die Ernennung zum Chef meines 2. Artillerie-Regiments Nr. 28

anzunehmen geruht haben. — Ich zweifle nicht, daß dieses Regiment sich stets seines erlauchten Chefs würdig zeigen wird. Alle Wünsche, die ich für Eure Majestät, Ihre Majestät die Kaiserin-Mutter, sowie für das Glück Ihres Hauses, die Wohlfahrt Ihres Volkes und den Ruhm Ihrer Armee hege, sollte ich zusammen, indem ich mein Glas erhebe und auf die Gesundheit Euerer Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin und Ihrer Majestät der Kaiserin Mutter trinke.

Man vergleiche den Text. Der Russen sagt — schon aus Rücksicht auf den französischen Bundesgenossen — nicht ein Wort mehr als unbedingt notwendig ist, trotz ganz anders aber der höfliche Sachsel Wo der Russen „erfreut“ ist, ist der Sachse schon „tiefe gerührt“. Den Russen ist es „sehr angenehm“, der Sachse ist abermals „sehr gerührt“. Der Russen spricht einmal seinen „aufsehältigen Dank“ aus, der Sachse sagt seinen „innigsten Dank“ für die gnädige Anerkennung und ist noch einmal „ganz besonders dankbar“ und empfindet überdies noch „tiefe empfundene Dankbarkeit“.

Der Sachse „geruht“ in der Sachsenrede breitmal, der Sachse in der Russenrede kein Mal. Der Russen ist in der Sachsenrede einmal „gnädig“, und außerdem noch einmal „gnädig“. Der Sachse ist in der Russenrede überhaupt nichts. Der Russen empfindet „lebhafte Bevölkerung“, der höfliche Sachse bringt dafür seine „aufrechtige und ehrungsvolle Huldigung“ dar. Und so geht es weiter, bis der Sachse alle leben lässt: den Mann, die Frau, die Mama, ein wenig auch das Volk und ganz besonders den „König der Armee“, deren „Mitglied zu sein augenscheinlich sein besonderer Stolz ist.“

Der König von Sachsen hat das deutsche Volk nicht noch ausken zu vertreten und ist nicht dazu berufen, selbstständige auswärtige Politik zu treiben. Wozu er nicht seine Befugnisse überschritten haben sollte, muss Riedel mit dem Berliner Ausschüttigen Am vereinbart worden sein, das auf die Stelle für den ganzen Vorhang die Verantwortung trägt.

Dass wir Sozialdemokraten das Volksamt mit dem russischen Volke wollen, braucht nicht erst gesagt zu werden, das haben wir bewiesen, indem wir es in der letzten Zeit die antirussischen Hejereien der „nationalen“ Presse aus schärfste Kämpfen. Dagegen können wir aber entschieden wie irgend ein freiheitlich gesinnter Deutscher wünschen, dass der Hochmut des Nationalismus durch Ergebenheitsschlüsse deutscher Landesväter bis zum Zuspriug geschwelt wird. Es ist darum auch uns peinlich, einen deutschen Filzken zum russischen Zaren in Löden reden zu hören, wie sie selbst vom seitigen Ritter am Brandenburger Tor Wilhelm II. gegenüber nicht erlebt worden sind. Und wir sind sehr gespannt, wie sich die „nationalen“ Presse, die Wendel wegen seines durchaus wohldurch gehaltenen Antritts Frankreichs so herb tadelte, gegenüber der Sachsenrede von Zarstoje-Sjelo verhalten wird, sie, die so stolz das Bismarckwort zu zitieren pflegt: „Wir lassen niemanden nach!“

Man denke, daß es einem deutschen Bundesfünfsten einfiele, nach Paris zu fahren und an den Präsidenten der Republik eine ähnliche Rede zu halten, wie sie Ernst August an Nikolaus gehalten hat! Welcher Deutin würde sich erheben? Über natürlich, dieses Fall ist nun ebenfalls. Denn das Schicksal der deutschen Bundesväter geht ja nicht zum Frankreich der Revolution, sondern zum Russland, der heiligen Alianze gegen die Freiheitsbestrebungen der Völker.

Staatstreue Eisenbahner.

Ein praktischer Eisenbahner schreibt uns:

In diesen Tagen hält der Trier-Berliner Eisenbahner-Verein seinen größten Delegiertentag in Hamburg ab. Zugleich wird das zwanzigjährige Bestehen des genannten Verbandes mit großem Lantam und Festzettel gefeiert. Gestolziert wurde den Trier-Berliner Eisenbahner-Verein zum Eisenbahnfettler Platz, der im fröhlichen Besuch mit dem bestehenden Kaplan Dosbach und den katholischen Hochschulabsolventen stand. Obwohl noch offen bin politisch neutral, wurde die gesamte Verbundstätigkeit, wenn man von einer solchen überhaupt reden darf, von den katholischen Kaplänen bestimmt, was denn auch zu wiederholten innen freien und Spaltungsfällen führte. So entstanden nochmalige der Zentralverband deutscher Eisenbahner, Stk Elberfeld, mit dem Ansatz an die „Geschäftsnationalen“, und noch verschiedene kleinere mehr oder minder bedeutungslose Spartenverbündchen. Nach der Gründung des Elberfelder Verbandes im Jahre 1909 wurde Platz abgefügt und der Verbandsitz von Trier nach Berlin verlegt. 1911 entstand zwischen dem Vorstehenden Seberin und dem Chancarius Helmes ein großer Streit, der auf dem Verbandsstage in Halle a. d. S. ausgetragen wurde, wobei es sehr heftig und heftig führt sich gegen seitig vorwurfen, die Verbandskräfte gehörig zu ihrem eigenen Gunsten geschöpft zu haben. Somit muß dabei

werden, daß alle früheren Delegiertentage dieses sonderbaren Organisationsgebildes in Berlin, Paderborn, Bochum, Schwelm, Trier, Goslar usw. zum großen Teil ausgefüllt waren mit persönlichem Kreis der führenden Deute untereinander. Ein sozialpolitisches Arbeit hat der genannte Verband das in die jüngste Zeit ähnlich nichts Wesentliches geleistet. Augenscheinlich wird der Trier-Berliner Verband vom Eisenbahnhoflöser und Reichstagsabgeordneten F. L. L. geleitet. Allers Reichstagsergebnis, welches dem Verband eine gewisse Glorie verleiht, steht in Göttingen-Duderstadt auf sehr schwachen Füßen und dürfte der Wahlkreis in nicht allzu ferne Zeit von unseren Genossen erobert werden. Im Mittelpunkt des diesmaligen Verhandlungen in Hamburg steht neben diversen gemeinsamen Essen im Conventgarten, Bevölkerung des Hagenbuchschen Tempales und Abendessen vorstehend, Dompergament nach Blankensee, ein Heiltag des rechtsliberalen Generalsekretärs Niedel (der, ehe er Eisenbahnhoflöser wurde, Redakteur eines nationalliberalen Schachmaterials in Siegen war, das mittlerweile das Zeitschrift gesegnet hat) über: „Unsere Stellung in der deutschen Arbeitswegung“. Unseren Matzher Eisenbahner ist Herr Niedel sehr gut bekannt. Er steht am 4. Oktober 1913 im Saale des Evangelischen Verlagshauses eine große Versammlung ab, die von fast tausend Eisenbahner besucht wird. Ein derselben intime Niedel den starken Mann und vertrug die preußisch-hessische Eisenbahnbureaukratie, die damals den Bezirksleiter Heinrich des Trier-Berliner Verbandes gerade verwant hatte, noch allen Verdacht der Kons. Einige Zeit später und dem Niedelischen Besetzung nach stenographischen Aufzeichnungen seien hier wiedergegeben:

Was ist denn die Eisenbahnverwaltung zur tatsächlichen Leistung ihrer Arbeiter? Nichts! ... Durch das Zwangsabonnement der „Eisenbahn“ (eines gelben Blattes) erreicht die Verwaltung die Arbeiter zu r. Heucheler... So erzielt man nur servile Naturen und Heucheler... Mit dem Präventionsystem zieht man nur die Unzulänglichkeit groß... In Niedenburg in Ostpreußen ist die Eisenbahn unter dem Bezirksleiter Heinrich des Trier-Berliner Verbandes eine große Versammlung ab, die von fast tausend Eisenbahner besucht wird. Ein derselben intime Niedel den starken Mann und vertrug die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung, die damals den Bezirksleiter Heinrich des Trier-Berliner Verbandes gerade verwant hatte, noch allen Verdacht der Kons. Hier ist der Wille der Vorgesetzten Trier und Trier geöffnet, usw., usw.

Die Ministerialverfügung, wonach sozialdemokratische Versammlungen nicht besucht und sozialdemokratische Blätter von den Eisenbahnen nicht geladen werden dürfen, bezeichnet Niedel als eine Beschämung der persönlichen Freiheit. Anspielend auf die bevorstehende Maßregelung des hiesigen Bezirksleiters Heinrich vom Trier-Berliner Verband kraftsmäter Niedel, vom städtischen Beifall sehr glücklichen Verbandsmitglieder begleitet, wie folgt:

Sollte man aber wirklich hier in Mainz der Meinung sein, daß man Funktionäre machen kann, weil sie Wahrheiten in Vertretung ihrer Interessen ausgesprochen haben, dann wird unsere ganze Organisation geschlossen hinter ihnen stehen. Dann sollen die Herren von der Verwaltung es erfahren, daß der feste Wille einer Organisation von 98.000 Eisenbahner doch eine harte Rute ist, an der sie sich manchen Bahn ausbeben können."

Der Bezirksleiter Heinrich holte sich in dieser Versammlung den Rest. Er selbst (trotz seiner filmähnlichen einwandfreien Dienstzeit) war noch zwei Jahre Eisenbahnerarbeiter tätig und setzte die Strafenzüge auf das Straßenpflaster. Die Zähne hat sich die Eisenbahnverwaltung allerdings an dem angeblich so starken Trier-Berliner Verband nicht ausgebissen. Heinrich bemerkte zu diesem Vorgehen der Eisenbahnverwaltung die Worte seines Herrn Niedel, die rechtstheoretische „Hessische Landeszeitung“:

Man könnte nur vom Standpunkt der Allgemeinheit wünschen, daß an andere Behörden und Organisationen, die jahrelang unter dem sozialdemokratischen Terror und Vertrauensbrüder zu leiden haben, sich an dem Vorgehen der Mainzer Eisenbahndirektion ein Wunder abschauen wollten."

Heinrich und seine beiden Kollegen waren missliebige, obwohl eingeschätzte Hochschulparteileute, fanden zur Sozialdemokratie umgestempelt worden. Dass der Trier-Berliner Verband geradezu unsfähig ist, Eisenbahnerarbeiter zu berufen, trotz des großen Landtags, hat jetzt mit dem Niedelischen Stein in Hamburg geschlagen wird, beweist den weiteren Verlust der Kons. Heinrich. Am 12. November d. J. wurde Reichstagsabgeordneter Hitler mit einigen anderen Vorstandsmitgliedern des Trier-Berliner Verbandes zum Ministerialdirektor Hoff nach Berlin benannt. Ministerialdirektor Hoff entließ dieser sondersorten Galasang von Arbeitnehmern, die Eisenbahndirektion wollte ohne weiteren Stadtteilierung seiner Arbeit durch den Trier-Berliner Verband nicht mehr ruhig aussehen. Siegfrieder haben den Bezirksleiter Heinrich fallen zu lassen und alle Beziehungen zu ihm zu lösen. Nachdem Ministerialdirektor Hoff nach einigen Konsequenzen und so weiter gemacht hatte, wobei Hitler wohl an ein bestechendes Verbot seines Verbandes dachten möchte, kündigten die Trier-Berliner Eisenbahner einschließlich des Herrn Reichstagsabgeordneten, dass seine Wahlkreise Göttingen-Duderstadt Meinung äußern und bestimmen die und womöglich bestimmen. Was bedeutet

bemerkte mit Genugtuung von oben herab auch der Hessen, rechte schaftsmächerisch gesinnten Mainzer Eisenbahndirektion mitgeteilt wurde. Vor der Abibenz hatte der Trier-Berliner Verbundsvorstand die hessischen Eisenbahner auf die Beratungen des preußischen Eisenbahnrates vertröstet. Die intimen Freunde des Trier-Berliner Verbandes, die freisinnigen Landtagsabgeordneten Delius, Stünze und Dr. Liesch, wollten dabei den Fall Hessenich ins preußischen Dreiklassenkais zu sprechen bringen. Nichts von alledem ist geschehen. Wohl auf einen Wink von der Trier-Berliner Verbundleitung schwiegen die Fortschrittsmänner in allen Tonarten und aus den Reihen der Nationaltheater erschöpft lebhaftestes Begeisterung, als Breitenbach den gemahngelten Heinrich als „Fehler“ bezeichnete. Nur ein einziger hatte den Mut, dem Eisenbahnmäntel gegenüber dem Koalitionsrechtstaub und den brutalen Terrorismus der Eisenbahnverwaltung gegenüber unserem Kollegen Heinrich und anderen Eisenbahnfunklern zu brandmarken. Es war dieses der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Leinert. Mit wahrer Begeisterung haben die Eisenbahner Leinerts Rede, die auch von der Trier-Berliner Verbundleitung im sogenannten Wortlaut gebracht wurde, über das Eisenbahnterror und die terroristischen Maßnahmen der Verwaltung gelesen. Jünger mehr sehen auch wir, die auf kommende harschstrennende und mühenscherenkende Eisenbahner, ein, daß der Trier-Berliner Eisenbahner-Verband und seine Parlamentarier für uns nichts nützen sind, obwohl wir oft gezwungen sind, um den Schein der Gerechten vor unseren Vorgesetzten und Spitzeln zu wahren, die Trier-Berliner Verbundslarie in der Lohnzitaten. Unsere Genossen aus den anderen Bezirken müssen fortsetzen, bei jeder Gelegenheit und in zäher Kleinarbeit Aufklärung unter den Eisenbahner zu tragen. Die 100.000 Mitglieder des Trier-Berliner Verbundes beweisen uns nicht zu üngstigen. Langsam und sicher gewinnt der Sozialismus in den Eisenbahnverfassungen an Boden. Schon vor einigen Jahren brachten Trier-Berliner Eisenbahner unserem Genossen Landtagsabgeordneten Hoffmann in der Berliner Hasenheide stürmische Demonstrationen vor. In einer Versammlung, die anlässlich des letzten Trier-Berliner Verbundstages am 7. Dezember 1912 in Berlin stattfand, wurde ebenfalls unser Genosse Landtagsabgeordneter Bornhardt von einem Teil der Versammlung mit stürmischen Bravorufen begrüßt, mußte dann allerdings die Versammlung verlassen. Von den 98.000 Mitgliedern seines Verbandes, mit denen Herr Niedel hier in Mainz renommierte, dürfte ein großer Teil vor dem Eintritt in den Eisenbahndienst durch die Schule der freien Gewerkschaften gegangen sein. Durch den Terrorismus gezwungen, müssen viele von ihnen bei dem Eintritt in den Eisenbahndienst auf die Feigleidenschaft in den freien Gewerkschaften verzichten. Jedenfalls erinnern sich auch diese terroristischen Eisenbahner bei den Reichstagssitzungen daran, daß sie in die Reihen des Kassenfreudigen Proletariats gehörten. Das kann man bei Wahlgebern in allen größeren Eisenbahnmetropolen beobachten. Kein Verbot und kein bürokratischer Terror wird den Monarchen des sozialistischen Gedankens in dem eine halbe Million Adlige zahlenden preußisch-hessischen Eisenbahnerlande aufhalten.

Politische Übersicht.

Ins Auge mit den 111!

Ein Professor, der es noch besser weiß als der Münchner Krückmann, ist Herr Bornhardt in Berlin, der als Hauptredner auf dem Richtertag behauptete, daß es in Preußen keine Klassenjustiz gebe. Der beschäftigt sich jetzt in

der Zeitschrift „Gesetz und Recht“ mit der bekannten Frage aller Fragen und schreibt dazu:

Nach einer mehr als zehnjährigen richterlichen Erfahrung als Berliner Strafgerichter glaube ich behaupten zu dürfen, daß jede Berliner Strafkammer die Genossen, deren Schenkelben nachgewiesen war, einfach wegen Majestätsbeleidigung verurteilt hätte. Wie hätte sich dann das weitere Verfahren abgespielt? Die Unterbrechung des Strafverfahrens konnte nicht verhindert werden, da der Reichstag geschlossen war. Nur denselben Gründe bedurfte es auch seiner Genehmigung des Reichstags zur Strafverfolgung. Die Staatsanwaltschaft hatte freie Fahrt zur Strafverfolgung. Nach wenigen Wochen konnte die Hauptverfolgung gegen die 111 — abgängig der etwa abwesend gewesenen — stattfinden. Bleib noch die Revision beim Reichsgericht. Die war auch noch vor Zusammentritt des Reichstags zu erledigen. Auf die Strafhaft erstreckt sich die parlamentarische Immunität nicht. Ihre Unterbrechung kann auch vom Reichstage nicht verlangt werden.

Dass der Justizminister diese bequeme Gelegenheit ver säumt hat, die sozialdemokratische Fraktion ins Gefängnis zu bringen und durch Einsperrung eines Viertels der Mitglieder die Mehrheit des Reichstags zugunsten der Rechten zu ändern, das wird ihm von den Konservativen nie verzeihen werden. In dem Punkt, auf den es Ihnen ankommt, sind die Herren wirklich konsequent, und insbesondere ist das Vertrauen, das der Professor und Amtsrichter a. D. Bornhardt in die Zuverlässigkeit der Berliner Justiz setzt, vollkommen gerechtfertigt. Es wäre schon gegangen, aber man hat halt nicht gewollt! Warum? Wollte die Regierung das deutsche Reich am Ende doch nicht der Welt schaden, daß ein Viertel seines Parlaments wegen einer von Überzeugung dictierten Weigerung, an einer Zeremonie teilzunehmen, in den Kerker geworfen wurde? Fürchte sie, daß die Geduld des Volkes diese äußerste Belastungsprobe nicht ertragen würde? Gleichviel, auf alle Fälle bleibt der Skandal bestehen, daß im Lande der „protestantischen Gewissensfreiheit“ eine mächtige Partei existiert, die einen Teil der Volksvertretung durch Gefängnisdrohungen zur Teilnahme an einer ihrem Gewissen widersprechenden Huldigung zwingen will.

Und die liberale Presse kommt nicht darüber hinaus, über die „Taktlosigkeit“ der Sozialdemokratie zu wimmern und zu schimpfen, sie findet kein Wort der Abwehr gegen die namenlose Gehässigkeit, die sich in solchem reaktionären Sirenen erhüllt.

Der vaterlandlose Botschafter.

Der deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, hat es sich durch eine Rede, die er anlässlich seiner Ernennung zum Ehrendektor von Oxford hielt, mit unseren Altbürgern arg verdorben. Neben dieser Rede stimmen die „Altbürgischen Blätter“ folgende Klage an:

Der Herr Botschafter bezeichnete den „Nationalbegriff“ als eine „Zwischenstufe zwischen der Individualität und der Menschheit“ und meinte, er beruhe auf der „Gemeinschaft der wichtigsten Ideale, die durch unsere Dichter und Historiker ihre Prägung erhalten haben und die in unseren großen Monarchen Staatsmännern und Feldherren, wie in den Kämpfern der Wissenschaften und Künsten sich verkörpern.“ Diese Ideale aber müssen, meint der Herr Botschafter, den „modernen Bedürfnissen entsprechend umgeändert oder fortentwickelt werden.“ Fürst Lichnowsky hat sich mit dieser Erkenntnis des Nationalbegriffs selbst übertragen, kein Zweifel, er ist sogar unter die Philosophen gegangen. Aber diese Weisheit ist so groß, daß man (wie's im „Käthchen von Heilbronn“ heißt) fragen möchte: Welch ein Apostel hat dir das vertraut? Aber im Ernst, ist es nicht fürchterlich für ein großes Volk, einen berusstenen Vertreter vor einem fremden Volk so reden hören zu müssen. Wie muß es in Kopfe und im Herzen dieses Herrn aussehen, daß er solches über die Lippen bringt? Und ein Mann dieser Art vertreibt das Deutsche Reich an der politisch schwierigsten und bedeutamsten Stelle!

Ein Botschafter, der eine akademische Rebe im Sinne Kantis und Goethes zu halten wagt, statt sich an die bewährten Vorbilder des Rechtsanwalts Glad und des Generals Reim zu halten, ist in der Tat vollkommen „undeutsch“.

Aber nachdem sie eine Strecke gegangen ist, wird sie so traurig und verzagt.

Das Leben ist so schwer und so trostlos.

Ihr wird so angst. Vielleicht kommt noch mehr. Sie will nicht nach dem Hofe; sie hält in der Allee inne. Sie will nicht mehr dort hinein; sie will fort aus diesem.

O wie es in den Kapellen rauscht; sie fürchtet sich. Der Sturm fährt durch die hohen Bäume, es ist keine Gnade. Rorn und Drohungen rauschen die Kronen über ihrem Haupt; so böß wie das Wingt.

Da liegt sie sich an den Grabenrand und wehet den herborchenden Tränen nicht, läßt die Sorge Besitz ergreifen von ihrem Gemüte . . .

* Zwölftes Kapitel.

Sara spricht nicht mehr mit Anders. Und wenn sie ihn anblickt, dann nur aus der Ferne und so traurig.

Ihre Augen funkteln nicht mehr hinein in die schöne Welt. Ihr Blick ist fern, nach innen gelenkt. Sie geht vorsüber, gebückt, als trüge sie etwas Schwere in der Brust.

Aber noch einmal lebt sie auf und strahlt einen Augenblick.

Das ist an dem Tage, an dem Anders reisen soll. Sie ist hineingeflossen in ihre Kammer, wo sie mit pochen, dem Herzen sitzt, während Anders seine Kiste hinzuträgt auf den Wagen; die letzte Unruhe vor dem Abschied geht durch den Dienstwagen.

Ohne sich mit der Mutter oder irgend jemand zu unterhalten, tritt Anders in ihre Kammer hinein, um ihr Ledewohlf zu sorgen. Und wie er da nun so reisefertig vor ihr steht, mit seinen blonden Haaren und den milden Augen, da durchdringt es Sara heit.

Sie wirkt sich an seinen Hals und preßt ihn an sich.

Sie weiß, es ist zum letzten Male.

Der Wagen rollt zum Tor hinaus. Und ihr scheint, sie hat noch nie etwas so brutal Verrücktes gehört wie diesen Ton. Er geht ihr durch Blut und Stein, als gingen die Räder über ihre eigenen Glieder hinweg.

Aber sie muss hinaus, an ihre Arbeit.

Woel hüpft bei ihrem Andenken. Aber Sara ist es ganz gleichgültig. Es interessiert sie nicht. Ihre Gedanken weisen bei ganz anderen Dingen.

„Du sollst mich wirklich Seine Augen unserer neuen Freunde zuwenden: er mag Dich gerne leiden, glaube ich, hält!“

Das ist für Sara eine freude Sprache.

Die Wiesenholzfrau geht oft an ihr vorbei und bedauert sie jedesmal genau. Aber Sara meint es nicht einmal. Ein Vorhang schlägt sie von ihrer Umgebung ab.

Und als sie sich abends schlafen legt, leuchtet sie mit geschlossenen Augen so hell, als Berger zu einer schwere Erinnerung, die sie wird mit sich herumtragen müssen bis an ihr Lebensende.

Was europäische Kulturgemeinschaft, was Menschheit! Wir wollen auf den Oarentellen liegen und aus den Schädeln erschlagener Engländer trinken!

Verschleierte Kolonialgründung.

Gelegentlich der Kolonialdebatte im Reichstage 1910 wurde von einigen blügerischen Rednern darauf hingewiesen, daß in Südwürttemberg unerschöpfliche Marmor-Steinklüche erschlossen werden könnten, und zwar in der Gegend von Habis. Damals war der Steinbruchbesitzer Dr. Goller aus Wittenberg (Obersachsen) noch Mitglied des Reichstages, und er hatte zu Nellamegawen die Ausstellung einiger Marmortäfelchen im Reichstagsgebäude veranlaßt. Die bürgerliche Presse brachte über diesen „wunderbaren“ Marmor spalten lange Berichte, gleichzeitig wurde daraus hingewiesen, daß zum Ausbauen der Marmorberge eine Aktiengesellschaft gegründet werden sollte. Es wurden somit ausgestattete Prospekte über das Marmorkommen herausgegeben und der beigegebene Lageplan erwies den Anschein, als ob es in Habis, Karibis, Nabachab und Kubas enorme Marmorberge gebe. Die Gründung der Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von drei Millionen Mark kam alsbald zustande. An die tausend Personen waren es, die das Aktienkapital zeichneten; sie wurden verlost durch den Kummel der bürgerlichen Presse und durch die geschickte inszenierte Geschiebausstellung im Reichstag. Nun stellt sich heraus, daß das Unternehmen, das die Aktiengesellschaft gegründet, ebenso schnell wieder aufgelöst ist, und daß die Aktiengesellschaft mit dem Auszahlungen rechnen müsse. Und in Hamburg die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft statt. Einige besonders der Steinklümmeleien legte dar, daß die Verschleierte Kolonialgründung, die in der Gegend von Habis stattgefunden habe, auf der nötigen Sachmannschaft verfasst wurde. Die Kritik hat die Aktiengesellschaft mit dem Auszugsrat und Vorstand. Er schreibt:

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Fehlgründung, aus der wenige Herren einen Kapitalzufluss fanden auf Kosten der großen Mehrheit kleiner Anteilseigner, die bei der Gründung ihrer Gesellschaft veranlaßt worden sind, mit ihrem Kapital, in der Mehrheit Spargeldern, sich an ihrer Gesellschaft zu beteiligen, gestiftet und begleitet durch einen Propst, dessen Inhalt und Zahnen sich zur Genüge als vollständig falsch erwiesen haben. Ich weise Sie darauf hin, daß drei Mitglieder des damaligen, den Prospekt unterzeichnenden Syndikates noch heute in Ihren Reihen, das heißt im Aussichtsrat der Gesellschaft sitzen, und der damalige Kreishändler des Syndikats heute der Vorstand Ihrer Gesellschaft ist. Sollte es denn in unserem deutschen Vaterlande regierungstechnisch ungewöhnlich werden, wenn über 2.223.000 Mark in einem Kolonialunternehmen investiert werden, um fünf bis sechs Jahre lang nicht nur keinen Nutzen daraus zu ziehen, sondern Jahr für Jahr extreme Verluste zu erleiden. Das in kleinen Summen hergegebene Kapital von drei Millionen Mark wird binnen kurzem vollständig aufgezehrt und verloren sein.“

Die Kolonialpatrioten werden über die Kritik des angehenden Fachmannes in der deutschen Steinindustrie sehr wenig erbaut sein. Die Steinbrüche sind schon seit 2½ Jahren im Betrieb, die maschinelle Einrichtung soll gut sein, aber es können erst 55 Kubikmeter Marmor zum Gesamtgewicht von 20.000 Mark abgesetzt werden. Die koloniale Gründung hat versagt, die kleinen Leute sind um ihr Geld gebracht, während einige geschickte Männer einen schönen Rahmen Geld verdient haben.

Polizeiangst im liberalen Musterlande.

Der Probstversammlung gegen das Frankfurter Urteil, die am 7. März in Freiburg i. B. stattfand und in der Geöffneten Roca-Luxemburg reserte, ist folgender Briefwechsel zwischen der Freiburger Polizei und dem badischen Ministerium des Innern vorausgegangen, welchen der be-

Dreizehntes Kapitel.

Eines Sonntagnachmittags sitzt Sara in ihrer Kammer und blickt hinaus auf die Bäume. Sie trägt ihr Sonntagskleid: einen dunklen Rock und eine schwarzweiße Bluse mit schwarzen Samsträgen.

Der Wind hängt das durre, gelbweisse Laub an den schwarzen Zweigen. Ein stiller Regen fällt hernieder auf den verblühten Garten; Wasserperlen funkeln an den Nadelspitzen der Edeltanne und klare Tränen sammeln sich an den herabhängenden Zweigen der Esche. Dorn und warm fallen aus der grauen Luft weiße Tropfen herab.

Und ein einzelnes Blatt sinkt zur Erde wie ein angehössener Vogel.

Sara sieht müde aus. Sie ist müde vom Nachdenken. Regungslos startet sie hinaus in das trübfeuchte Wetter und auf die letzten fallenden Blätter . . .

Da plötzlich durchzuckt es ihre Nerven, daß ihr Kopf glüht. Es röhrt sich etwas unter ihrem Herzen.

Sie wird totendämmig . . .

Nein, nein, es war nur etwas Zusätzliches; ja gewiß; sie richtet sich auf und streicht glättend mit der Hand an sich herab.

Wenn es nun Wolllichkeit gewesen wäre, — sie würde ihren Dienst verrichten, vielleicht fortgejagt werden mit Schimpf und Schande. Und ihre Eltern? . . .

Sara beugt sich vorüber und bedekt das Gesicht mit beiden Händen — eine Angstfrosche. Nie könnte sie wieder rein werden vor den Menschen, in ihrem ganzen Leben nicht . . . Die Schande, die Schande, die Schande!

Und sie war es ja nicht allein. Nie würde ihr Vater wieder eine frohe Stunde haben, wenn er Tag für Tag in Angst umhergehen müßte vor den Blicken und Andeutungen der Menschen.

Nein! Sie springt auf von ihrem Stuhl; denn wieder fühlt sie, daß etwas Lebendes sich regt.

Aber niemand darf etwas davon erfahren. Keine Macht der Erde wird sie zwingen, es zu offenbaren.

Unruhig läuft sie im Zimmer hin und her. Niemand! . . . Sie hebt das Kind, wie eine Schwimmerin, die am Ver-

steinen ist. Sie begreift sie auch, warum die Wiesenholzfrau sie in letzter Zeit fleißig von oben bis unten betrachtet hat.

Aber dies ist ihr eigenes Geheimnis und kommt nie ans Tageslicht.

Stilleicht wird auch nichts daraus . . .

(Fortsetzung folgt.)

bemerkte mit Verachtung von oben herab auch der Hesler, rechte schriftstellerisch gehaltenen Mainzer Eisenbahndirektion mitgeteilt wurde. Vor der Auktion hatte der Trier-Berliner Verbundsvorstand die hiesigen Eisenbahner auf die Verortungen des preußischen Eisenbahnnetzes verhöret. Die intimenten Freunde des Trier-Berliner Verbundes, die freisinnigen Landtagsabgeordneten Delius, Künze und Dr. Lisch, wollten dabei den Fall Heinrich im preußischen Dreiklassenshause zur Sprache bringen. Nichts von sollebem ist geschehen. Wohl auf einen Wink von der Trier-Berliner Verbundleitung schwiegen die Fortschrittsmänner in allen Tonarten und aus den Reihen der Nationalliberalen erscholl lebhafte Bevölkerung, als Breitenbach den gesuchten Heinrich als „Heiter“ bezeichnete. Nur ein einziger hatte den Mut, dem Eisenbahminister gegenüber den Koalitionsrechtsbrauch und den brutalen Terrorismus der Eisenbahnverwaltung gegenüber unserem Kollegen Heinrich und anderen Eisenbahnerfesseln zu brandmarken. Es war dieses der sozialdemokratische Verteidiger. Mit wahrer Begeisterung haben die Eisenbahner Delius' Rede, die auch von der Trier-Berliner Verbundleitung im steinographischen Wortlaut gebracht wurde, über das Eisenbahnnetz und die terroristischen Maßnahmen der Verwaltung gelesen. Unserer nicht seien auch wir, die auf Kommando harschtreibenden und mühensamvorbereitenden Eisenbahner, ein, daß der Trier-Berliner Eisenbahner-Verbund und seine Parlamentarier für uns nichts rätseln, obwohl wir oft gezwungen sind, um den Schein der Gerechtigkeit vor unjeren Vorgesetzten und Spießen zu wahren, die Trier-Berliner Verbundskräfte in der Tasche tragen. Unsere Genossen aus den anderen Betrieben müssen fortfahren, bei jeder Gelegenheit und in zäher Kleinarbeit Aufklärung unter die Eisenbahner zu tragen. Die 100.000 Mitglieder des Trier-Berliner Verbundes brauchen uns nicht zu drängen. Langsam und sicher gewinnt der Sozialismus in der Eisenbahnverwaltung am Boden. Schon vor einigen Jahren drohten Trier-Berliner Eisenbahner unserem Genossen Landtagsabgeordneten Hoffmann in der Berliner Gesellschaften stürmische Operationen der. In einer Versammlung, die anlässlich des letzten Trier-Berliner Verbundstages am 7. Dezember 1912 in Berlin stattfand, wurde ebenfalls unser Genosse Landtagsabgeordneter Vorhoert von einem Teil der Versammlung mit hässlichen Beleidigungen bedrängt, mußte dann allerdings die Versammlung verlassen. Von den 98.000 Mitgliedern seines Verbundes, mit denen Herr Michel hier in Mainz konfrontierte, durfte ein großer Teil vor dem Eintritt in den Eisenbahndienst durch die Schule der freien Gemeinschaften gegangen sein. Durch den Terrorismus gestoßen, müssen viele von ihnen bei dem Eintritt in den Eisenbahndienst auf die Mitgliedschaft in den freien Gemeinschaften verzichten. Jedenfalls erinnern sich auch diese terroristischen Eisenbahner bei den Riegelsburgern daran, daß sie in die Reihen des klassenfeindlichen Proletariats gehören. Das kann man bei Wahlzetteln in allen größeren Eisenbahnverwaltungen beobachten. Kein Verdott und kein bürokratischer Terror wird den Vorwurf des fiktiven Gedankens in dem eine halbe Million Köpfe zählenden preußisch-hessischen Eisenbahnerkreis aufzuhalten.

Politische Übersicht.

Das Loch mit den 111!

Ein Professor, der es noch besser weiß als der kleinste Künstler, ist Herr Bornhak in Berlin, der als Hauptredner auf dem Richterstag behauptete, daß es in Preußen keine Klassenjustiz gebe. Der beschäftigt sich jetzt in

Sara.

Die Geschichte einer Liebe.
Von Johan Skjoldborg.

20) Rief er, dann würde es wohl ungefähr zu dieser Zeit sein. Er wußte, daß sie nach Hause gegangen war, und in wenigen Tagen sollte er reisen. Diese Reise war ungeheuer schnell beschlossen worden.

Es war ihr, als bewegte sich eine Gestalt in einiger Entfernung zur Rechten; nun ging sie hinunter in den Hohlweg, also den Weg hatte er genommen.

Sie lief eine Strecke zurück und beobachtete sie, um ihn an der Biegung des Weges zu treffen.

Aber er war es gar nicht.

Der Wind umspülte sie von allen Seiten und rauschte ihr um die Ohren, wie immer sie auch den Kopf wenden mög.

Das Wetter führt böses im Schilde, als könne es losbrechen von mehreren Seiten.

Er beschleunigte ihre Schritte. Dann und wann führte sie mit einem Fuß zurück; es liegen dort so viele Blätter und Äste, daß man am Abend verweilen kann. Sie bengt sich wohl auch einmal bequemer, beruht jedoch schwerer und immer schwerer vorwärts zu kommen, als wäre das Auto immer schwerer an ihren Armen.

So schnell wie der Einschluß gefaßt worden war, ihn auf die landwirtschaftliche Schule zu schicken! Sie wußte wohl, wer die Schule trug an dieser Reihe...

Aber da ist er ja! Gerade wie sie in die Allee einbiegen will, sieht sie ihn vom Hofe her kommen.

Sie erhält ihn, und es kostet sie vor den Augen.

Sie berichtet sich hinter einen Baum, sie will ihn lange machen.

Sie liegt leichter herüber, da sie ist, als ob sie es gar zu lange — und — da sieht er quer über die Felder hinweg Richtung zu.

Gott im Himmel — wo will er denn hin!

Sie hört ihn. Sie will ihm ansehen, seinen Namen nennen. Sie will zu ihm hingehen, seine Hand ergreifen, ihm sagen, wie recht sie hier ist.

Aber sie bleibt statten; sie folgt ihm nur.

Nicht — er geht hinein in den Garten von Badgaard.

Was kommt, was will sie noch erleben! Sie geht mit zu einer Dernerecke hindurch, die sie vermeint, ohne daß sie etwas davon weiß. Und sie kommt und sieht, wie sie weiter geht und er da hinein verbirgt.

Es ist etwas mehr zu sehen.

Es kann eine heimige Bewegung; es ist, als ziege etwas aus ihr heraus. Sie ist dem Wiesenhof zu.

der Zeitschrift „Gesetz und Recht“ mit der bekannten Frage aller Fragen und schreibt dazu:

Nach einer mehr als zehnjährigen richterlichen Erfahrung als Berliner Strafrichter glaube ich behaupten zu dürfen, daß jede Berliner Strafkammer die Genossen, deren Söhnen lebten nachgewiesen waren, einschließlich wegen Mästetätsbeleidigung verurteilt habe.

Wie hätte sich dann das weitere Verfahren abgespielt? Die Unterbrechung des Strafverfahrens konnte nicht veranlaßt werden, da der Reichstag geschlossen war. Aus denselben Gründen bedürfte es auch keiner Genehmigung des Reichstags zur Strafverfolgung. Die Staatsanwaltschaft hatte freie Wahl zur Strafverfolgung. Nach wenigen Wochen konnte die Hauptverfolgung gegen die 111 — abgesehen der etwa abwesenden — stattfinden. Bleib doch die Revision beim Reichsgericht. Die war auch noch vor Zusammentritt des Reichstags zu erledigen. Auf die Strafhaft erstreckt sich die parlamentarische Immunität nicht. Ihre Unterbrechung kann auch vom Reichstage nicht verlangt werden.

Doch der Justizminister diese bequeme Gelegenheit verfaßt hat, die sozialdemokratische Fraktion ins Gefängnis zu bringen und durch Einsperrung eines Viertels der Mitglieder die Mehrheit des Reichstags zugunsten der Rechten zu ändern, das wird ihm von den Konservativen nie verziehen werden. In dem Punkte, auf den es Ihnen ankommt, sind die Herren wirklich consequent, und insbesondere ist das Vertrauen, das der Professor und Amstädter a. D. Bornhak in die Zuverlässigkeit der Berliner Justiz setzt, vollkommen gerechtfertigt. Es wäre schon gegangen, aber man hat halt nicht gewollt! Warum? Wollte die Regierung das deutsche Reich am Ende doch nicht der Weltschmach auslegen, daß ein Viertel seines Parlaments wegen einer von Überzeugung dictierten Weigerung, an einer Zeremonie teilzunehmen, in den Kerker geworfen wurde? Fürchtete sie, daß die Gewalt des Volkes diese äußerste Belastungsprobe nicht ertragen würde? Gleichviel, auf alle Fälle würde der Standort bestehen, daß im Lande der „protestantischen Gewissensfreiheit“ eine mächtige Partei existiert, die einen Teil der Volksvertretung durch Gefängnisdrohungen zur Teilnahme an einer ihrem Gewissen widersprechenden Huldigung zwingen will.

Und die liberale Presse kommt nicht darüber hinaus, über die „Tatkraft“ der Sozialdemokratie zu wimmern und zu schämen. Sie findet kein Wort der Abwehr gegen die namenlose Gehässigkeit, die sich in solchem reaktionären Streben entfaltet.

Der vaterlandlose Botschafter.

Der deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, hat es sich durch eine Rede, die er anschließlich seiner Ernennung zum Ehrendoktor von Oxford hielt, mit unseren Aldeutschen arg verborben. Neben dieser Rede stimmen die „Aldeutschen Blätter“ folgende Klage an:

Der Herr Botschafter bezeichnete den „Nationalbegriff“ als eine „Zivilisationsstufe gewisser der Individuumalität und der Menschheit“ und meinte, er beruhe auf der „Gemeinschaft der wichtigsten Ideale, die durch unsere Dichter und Historiker ihre Prägung erhalten haben und die in unseren großen Monarchen Staatsmännern und Feldherren, wie in den Kämpfern der Wissenschaften und Künsten verkörpern.“ Diese Ideale aber müssen, meint der Herr Botschafter, den „modernen Bedürfnissen entsprechend umgedeutet oder fortentwickelt werden.“ Fürst Lichnowsky hat sich mit dieser Erkenntnis des Nationalbegriffs selbst übertragen, sein Zweck ist sogar unter die Philosophen gegangen. Aber diese Weisheit ist so groß, daß man (wie's im „Rathaus von Heilbronn“ heißt) fragen möchte: Welch ein Apostel hat dir das vertraut? Über im Ernst, ist es nicht fürchterlich für ein großes Volk, einen berufenen Vertreter vor einem fremden Volk so reden hören zu müssen. Wie muß es in London und im Verein dienten Herrn aussiehen, daß er solches über die Lippen bringt? Und ein Mann dieser Art vertritt das Deutsche Reich an der politisch schwierigsten und bedeutamsten Stelle!

Ein Botschafter, der eine akademische Reise im Sinne Kants und Goethes zu halten wagt, statt sich an die bewährten Vorbilder des Rechtsanwalts Glad und des Generals Rein zu halten, ist in der Tat vollkommen „undeutsch“.

Aber nachdem sie eine Strecke gegangen ist, wird sie so traurig und verzagt.

Das Leben ist so schwer und so trostlos.

Ihr wird so angst. Vielleicht kommt noch mehr. Sie will nicht nach dem Hofe; sie hört in der Allee inne. Sie will nicht mehr dort hinein; sie will fort von all diesem.

O wie es in den Kappeln rauscht; sie fürchtet sich. Der Sturm fährt durch die hohen Bäume, es ist seine Gnade. Rorn und Drohungen rauschen die Kronen über ihrem Haupt; so hört wie das Klingt.

Da sieht sie sich an den Grabenrand und wehet den herabbrechenden Kronen nicht, lädt die Sorge Besitz ergreifen von ihrem Gemüte....

* * * * * Zweistes Kapitel.

Sara spricht nicht mehr mit Anders. Und wenn sie ihn anblickt, dann nur aus der Ferne und so traurig.

Ihr Auge funkeln nicht mehr hinein in die schöne Welt. Ihr Blick ist fern, nach innen gelehrt. Sie geht vorübergehend, als trage sie etwas Schwertes in der Brust.

Aber noch einmal lebt sie auf und strahlt einen Augenblick.

Das ist an dem Tage, an dem Anders reisen soll.

Sie ist hineingezogen in ihre Kammer, wo sie mit pochenem Herzen sitzt, während Anders seine Kiste hinausträgt auf den Wagen; die letzte Unruhe vor dem Abschied geht durch den Wiederaufbau.

Ohne sich um die Mutter oder irgend jemand zu kümmern, tritt Anders in ihre Kammer hinein, um ihr Lebewohl zu sagen. Und wie er da nun so reisefertig von ihr steht, mit seinen blonden Locken und den milden Augen, da dankt er es Sara heiß.

Sie wirkt sich an seinen Hals und preßt ihn an sich.

Sie weiß, es ist zum letzten Male.

Der Wagen rollt zum Tor hinaus. Und ihr scheint, sie hat noch nie etwas so brutal Verrücktes gehört wie diesen Ton. Er geht ihr durch Mark und Stein, als gingen die Räder über ihre eigenen Glieder hinweg.

Aber sie rutscht hinunter, an ihre Arbeit.

Daß sie leicht bei ihrem Ausblick. Aber Sara ist es ganz gleichgültig. Es kümmert sie nicht. Ihre Gedanken wälzen bei ganz anderen Dingen.

„Du solltest wirklich Deine Augen unserer neuen Freunde aufwenden: er mag Dich gerne lieben, glaube ich, bitte!“

Das ist für Sara eine fremde Sprache.

Die Wiesenbauerin geht oft an ihr vorbei und beobachtet sie jedesmal genau. Aber Sara weiß es nicht einmal. Ein Nachgang läuft sie von ihrer Umgebung ab.

Und als sie sich abends schlafen legt, sieht sie mit gespannten Augen zu, bis sie vergeht sie eine sanfte Stimme, die sie wird mit sich herumtragen müssen bis an ihr Lebenende.

Was europäische Kulturgemeinschaft, was Menschheit! Wir wollen auf den Wäldern liegen und aus den Schädeln erschlagener Engländer Fleisch trinken!

Verfehlte Kolonialgründung.

Gelegentlich der Kolonialdebatte im Reichstag 1910 wurde von einigen bürgerlichen Neibern darauf hingewiesen, daß in Südwestafrika unerschöpfliche Marmor-Steinbrüche erschlossen werden könnten, und zwar in der Gegend von Habis. Damals war der Steinbrüchebetreiber Dr. Goller aus Minden (Obernkirchen) noch Mitglied des Reichstages, und er hatte zu Aussichtsgebäude die Ausstellung einiger Marmortäfelchen im Reichstagsgebäude veranlaßt. Die bürgerliche Presse brachte über diesen „wunderbaren“ Marmor spaltenlange Berichte, gleichzeitig wurde darauf verwiesen, daß zum Ausbauen der Marmorberge eine Aktiengesellschaft gegründet werden sollte. Es wurden somit ausgestellte Prospekte über das Marmorvorkommen herausgegeben und der beigegebene Lageplan erwies den Anschein, als ob es im Habis, Karibib, Nabab und Kubas enorme Marmorberge gebe. Die Gründung der Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von drei Millionen Mark kam alsbald zu stande. An die tausend Personen waren es, die das Aktienkapital zeichneten; sie wurden verlost durch den Kummel der bürgerlichen Presse und durch die geschickte finanzierte Steinausstellung im Reichstag. Aber nun stellt sich heraus, daß das Unternehmen, welches laut Prospekt 28 Prozent Dividende abwerfen sollte, völlig unrentabel ist, und daß die Aktionäre mit dem Verlust eines großen Teiles der Einnahmen rechnen müssen. Am 26. Mai d. J. sond in Hamburg die Hauptversammlung der „Afrika-Marmor-Kolonialgesellschaft“ statt. Einige Aktionäre machten Opposition, besonders der Steinbrüchebetreiber Hammel-Norden aus Hamburg, und legte dar, daß die ganze Säulenbrücke völlig zerstört sei und daß bei der Gründung selbst nicht mit der nötigen sachmännischen Sicherheit verfahren wurde. Die Kritik hat anscheinend nichts gestrichen, denn Herr Hammel-Norden erklärt nun im „Deutschen Steinbrüche“ (Nummer 25 vom 18. Juni) einen offenen Brief an den Aussichtsrat und Vorstand. Er schreibt:

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Fehlgründung, aus der wenige Herren einen Kapitalnachschub fanden auf Kosten der großen Reihe kleiner Anteilseigner, die bei der Gründung Ihrer Gesellschaft veranlaßt wurden und mit Ihrem Kapital, in der Mehrheit Spargeldern, sich an Ihrer Gesellschaft zu beteiligen, gestützt und begleitet durch einen Prospekt, dessen Inhalt und Zahlen sich zur Genüge als vollständig falsch erwiesen haben.... Ich weise Sie darauf hin, daß drei Mitglieder des damaligen, den Prospekt unterzeichnenden Syndikates noch heute in Ihren Reihen, das heißt im Aussichtsrat der Gesellschaft sitzen, und der damalige Präsident des Syndikats heute der Vorstand Ihrer Gesellschaft mit so armen Verlusten arbeitenden Gesellschaft ist.... Sollte es denn in unserem deutschen Vaterlande regierungsetätig aufgehoben werden, wenn über 2.223.000 Mark in einem Kolonialunternehmen investiert werden, um sich bis sechs Jahre lang nicht nur seinen Nutzen daraus zu finden, sondern Jahr für Jahr enorme Verluste zu erleiden. Das in kleinen Summen hergegebene Kapital von drei Millionen Mark wird binnen kurzem vollständig ausgezehrt und verloren sein.“

Die Kolonialpatrioten werden über die Kritik des angefeindeten Fachmannes in der deutschen Steinindustrie sehr wenig erbaut sein. Die Steinbrüche sind schon seit 2½ Jahren im Betriebe, die maschinelle Einrichtung soll gut sein, aber es könnten erst 55 Kubikmeter Marmor zum Gesamtverte von 20.000 Mark abgesetzt werden. Die koloniale Gründung hat versagt, die kleinen Leute sind um ihr Geld gebrochen, während einige geschickte Männer einen schönen Rahmen Geld verdient haben.

Polizeiangerst im liberalen Musterlande.

Der Protestversammlung gegen das Frankfurter Urteil, die am 7. März in Freiburg i. B. stattfand und in der Geisteswissenschaften Freiburgi rezipiert wurde, ist folgender Briefwechsel zwischen der Freiburger Polizei und dem badischen Ministerium des Innern vorausgegangen, welchen der he-

Dreizehntes Kapitel.

Eines Sonntagnachmittags sitzt Sara in ihrer Kammer und blickt hinaus auf die Bäume. Sie trägt ihr Sonntagskleid: einen dunklen Rock und eine schwarze weiß farbene Bluse mit schwarzem Samtkragen.

Lose hängt das dürre, gelbweisse Laub an den schwarzen Zweigen. Ein kalter Regen fällt herab auf den verblühten Garten; Wasserperlen funken an den Nadelspitzen der Edeltanne und klare Tränen sammeln sich an den herabhängenden Zweigen der Esche. Dann und wann fallen aus der grauen Luft weiße Tropfen herab.

Und ein einzelner Blatt sinkt zur Erde wie ein angefressener Vogel.

Sara sieht müde aus. Sie ist müde vom Nachdenken. Regungslos startet sie hinaus in das trübe Feuchte Wetter und auf die letzten fallenden Blätter...

Da plötzlich durchzuckt es ihre Nerven, daß ihr Kopf glüht. Es röhrt sich etwas unter ihrem Herzen.

Sie wird toxisch... Nein, nein, es war nur etwas Zusätziges; ja gewiß; sie zieht sich auf und streicht glättend mit der Hand an sich herab.

Wenn es nun Wirklichkeit gewesen wäre, — sie würde ihren Dienst verlieren, vielleicht fortgeschickt werden mit Schimpf und Schande. Und ihre Eltern?...

Sara deutet sich vornehm und bedeckt das Gesicht mit beiden Händen — eine Ausgetrocknete. Sie könnte sie wieder werden vor den Menschen, in ihrem ganzen Leben nicht... Die Schande, die Schande, die Schande!

Und sie war es ja nicht allein. Sie würde ihr Vater wieder eine frohe Stunde haben, wenn er Tag für Tag in Angst umhergehen müßte vor den Blicken und Andeutungen der Menschen.

Nein! Sie springt auf von ihrem Stuhl; denn wiehet führt sie, daß etwas Lebendes sich regt.

Aber niemand darf etwas davon erfahren. Keine Macht der Erde wird sie zwingen, es zu offenbaren.

Unmöglich führt sie im Zimmer hin und her. Niemand!

Sie hebt das Kind, wie eine Schwimmerin, die am Verfliegen ist. Jetzt begreift sie auch, warum die Wiesenbauerin sie in letzter Zeit stets so von oben bis unten betrachtet hat.

Aber dies ist ihr eigenes Geheimnis und kommt nie ans Tageslicht.

Nichts wird auch nichts daraus...

(Fortset

bemerkte mit Genugtuung von oben herab auch der Hessische, recht schachmästisch gespannten Mainzer Eisenbahndirektion mitgeteilt wurde. Vor der Rüdenz hatte der Trier-Berliner Verbundsvorstand die hiesigen Eisenbahner auf die Beratungen des preußischen Eisenbahnmarsch vertrösten. Die intime Freunde des Trier-Berliner Verbandes, die freisinnigen Landtagsabgeordneten Delius, Nunz und Dr. Fleisch, wollten dabei den Hall Heinrich im preußischen Dreiklassenhaus zur Sprache bringen. Nichts von alledem ist geschehen. Wohl auf einen Wink von der Trier-Berliner Verbundesleitung schwiegen die Fortschrittsmänner in allen Tonarten und aus den Reihen der Nationalsozialisten erschossen lebhaftes Brabo, als Breitenbach den genossen Heinrich als „Heizer“ bezeichnete. Nur ein einziger hatte den Mut, dem Eisenbahnmarsch gegenüber den Kollisionsrechtsbraub und den brutalen Terrorismus der Eisenbahnverwaltung gegenüber unserem Kollegen Heinrich und anderen Eisenbahnerkollegen zu brandmarken. Es war dieses der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Leinert. Mit wahrer Begeisterung haben die Eisenbahner Leinerts Rede, die auch von der Trier-Berliner Verbundesleitung im sozialistischen Wortlaut gebracht wurde, über das Eisenbahnerleben und die terroristischen Maßnahmen der Verwaltung gelesen. immer mehr sehen auch wir, die auf Kommando hutschweilenden und militärschwankenden Eisenbahner, ein, daß der Trier-Berliner Eisenbahner-Verband und seine Parlamentarier für uns nichts nütze sind, obwohl wir oft gezwungen sind, um den Schein der Gerechten vor unseren Vorgesetzten und Spitzeln zu wählen, die Trier-Berliner Verbundesleute in der Tasche tragen. Unsere Genossen aus den anderen Berufen müssen fortfahren, bei jeder Gelegenheit und in zäher Kleinarbeit Aufklärung unter die Eisenbahner zu tragen. Die 100.000 Mitglieder des Trier-Berliner Verbundes brauchen uns nicht zu ängstigen. Langsam und sicher gewinnt der Sozialismus in den Eisenbahnwerkstätten an Boden. Schon vor einigen Jahren brachten Trier-Berliner Eisenbahner unserem Genossen Landtagsabgeordneten Hoffmann in der Berliner Hofreitschule stürmische Demonstrationen vor. In einer Versammlung, die anlässlich des letzten Trier-Berliner Verbundestages am 7. Dezember 1912 in Berlin stattfand, wurde ebenfalls unser Genosse Landtagsabgeordneter Hoffmann von einem Teil der Versammlung mit stürmischen Bravorufen begrüßt, mußte dann aber wieder die Versammlung verlassen. Von den 98.000 Mitgliedern seines Verbandes, mit denen Herr Niedel hier in Mainz renommierte, dürfte ein großer Teil vor dem Eintritt in den Eisenbahndienst durch die Schule der freien Gewerkschaften gegangen sein. Durch den Terrorismus gezwungen, müssen viele von ihnen bei dem Eintritt in den Eisenbahndienst auf die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften verzichten. Gedankt erinnert sich auch diese terrorisierten Eisenbahner bei den Meischstabschulen daran, daß sie in die Reihen des klassenbewußten Proletariats gehören. Das kann man bei Wahlgegnern in allen größeren Eisenbahnwerkstätten beobachten. Kein Verbot und kein bürokratischer Terror wird den Vorwurf des sozialistischen Gedankens in dem eine halbe Million Adlige zährenden preußisch-hessischen Eisenbahnerkreis aufhalten.

Politische Übersicht.

Das Koch mit den 111!

Ein Professor, der es noch besser weiß als der Münchner Krückmann, ist Herr Bonhak in Berlin, der als Hauptredner auf dem Richterstag behauptet, daß es in Preußen keine Klassenjustiz gebe. Der beschäftigt sich jetzt in

Sata.

Die Geschichte einer Liebe.
Von Johan Skjoldborg.

20) (Nachdruck verboten.)
Auch er, denn welche es wohl angefaßt nur diese Zeit sei. Er wußte, daß sie nach Hause gegangen war, und in wenigen Tagen sollte er reisen. Diese Reise war ungeheuer schnell beschlossen worden.

Es war ihr, als bewegte sich eine Gestalt in einiger Entfernung zur Rechten; nur ging sie hinunter in den Höhlweg, also den Weg hatte er genommen.

Sie lief eine Strecke zurück und beeilte sich, um ihn an der Biegung des Weges zu treffen.

Aber er war es gar nicht. Der Wind umfing sie von allen Seiten und saust ihr um die Ohren, wie immer sie auch den Kopf wenden mag.

Das Weinen führt Sata im Schilde, als könne es losbrechen von mehreren Seiten.

Sie beschleunigt ihre Schritte. Dann und wann führt sie mit einem Fuß zurück; es stehen dort so viele Bürde und anderes, das man am Abend verdecken kann. Sie bringt sich weg, aus einem dunklen Verdeck, durch jedes Fenster und immer schneller vorwärts zu kommen, als tolle das Blut immer rascher in ihren Adern.

Es schien wie der Entschluß gefaßt worden war, ihn auf die landwirtschaftliche Schule zu schicken! Sie wußte wohl, wer die Schule trug an dieser Reihe...

Aber da ist er ja! Gerade wie sie in die Allee einbiegen will, sieht sie ihm vom Hause her kommen.

Freude erfüllt ihr Herz, und es kostet sie vor den Ohren. Sie versteckt sich hinter einem Baum, sie will ihn lange machen.

Sie lugt leichtsinnig heraus, da sie ist, als dauere es gar zu lange, — und — da schreitet er quer über die Zelle hin auf Biegung zu.

Gott im Himmel — wo will er denn hin! Sie folgt ihm. Sie will ihn ansehen, seinen Namen nennen. Sie will an ihn hängen, seine Hand ergreifen, ihm helfen. Sie beschließt dieses hier ja.

Nur sie bleibt zurück; sie folgt ihm nur.

Wichtig — er geht hinunter in den Garten von Biegung. Mein Gott, was wird sie noch erleben! Sie geht mit einer Dornenhecke hindurch, die sie verhindert, ohne daß sie etwas davon merkt. Und sie kommt und sieht, wie er weiter geht und er da hinunter verschwindet.

Es ist nichts mehr zu sehen: es ist nur eine kleine Staubwolke in ihrem Gesicht. Sie läuft zum Biegungshof zu.

Der Zeitschrift „Gesetz und Recht“ mit der bekannten Frage aller Fragen und schreibt dazu:

Nach einer mehr als zehnsährigen richterlichen Erfahrung als Berliner Strafrichter glaube ich behaupten zu dürfen, daß jede Berliner Strafkammer die Genossen, deren Söhnen blieben nachgewiesen war, einfach wegen Majestätsbeleidigung verurteilt hätte. Wie hätte sich dann das weitere Verfahren abgespielt? Die Unterbrechung des Strafverfahrens konnte nicht verlängert werden, da der Reichstag geschlossen war. Aus demselben Grunde bedurfte es auch seiner Genehmigung des Reichstags zur Strafverfolgung. Die Staatsanwaltschaft hatte freie Bahn zur Strafverfolgung. Nach wenigen Wochen konnte die Hauptverfolgung gegen die 111 — abgesehen der etwa abwesend gewesenen — stattfinden. Bleib noch die Revision beim Reichsgericht. Die war auch noch vor Zusammentreffen des Reichstags zu erledigen. Auf die Strafhaft erstreckt sich die parlamentarische Immunität nicht. Ihre Unterbrechung kann auch vom Reichstage nicht verlangt werden.

Dass der Justizminister diese bequeme Gelegenheit versäumt hat, die sozialdemokratische Fraktion ins Gefängnis zu bringen und durch Einsperrung eines Viertels der Mitglieder die Mehrheit des Reichstags zugunsten der Rechten zu ändern, das wird ihm von den Konservativen nie verzeihen werden. In dem Punkt, auf den es ihnen ankommt, sind die Herren wirklich konsequent, und insbesondere ist das Vertrauen, das der Professor und Amisrichter a. D. Bonhak in die Zuverlässigkeit der Berliner Justiz setzt, vollkommen gerechtfertigt. Es wäre schon gegangen, aber man hat halt nicht gewollt! Warum? Wollte die Regierung das deutsche Reich am Ende doch nicht der Weltschmach aussetzen, daß ein Viertel seines Parlaments wegen einer von Neuberzeugung dictierten Weigerung, an einer Zeremonie teilzunehmen, in den Kerker geworfen wurde? Furchtete sie, daß die Geduld des Volkes diese äußerste Belastungsprobe nicht ertragen würde? Gleichviel, auf alle Fälle bleibt der Skandal bestehen, daß im Lande der „protestantischen Gewissenfreiheit“ eine mächtige Partei existiert, die einen Teil der Volkvertretung durch Gefangenschaft droht und zur Teilnahme an einer ihrem Gewissen widersprechenden Zeremonie zwingen will.

Und die liberale Presse kommt nicht darüber hinaus, über die „Taktlosigkeit“ der Sozialdemokratie zu wimmern und zu stöhnen, sie findet kein Wort der Abwehr gegen die namenlose Gehässigkeit, die sich in solchem realitären Streben enthüllt.

Der vaterlandslöse Botschafter.

Der deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, hat es sich durch eine Rede, die er anlässlich seiner Ernennung zum Ehrendoktor von Oxford hielt, mit unseren Aldeutschen arg verdorben. Über diese Rede stimmen die „Aldeutschen Blätter“ folgende Klage an:

Der Herr Botschafter bezeichnete den „Nationalbegriff“ als eine „Zwischenstufe zwischen der Individualität und der Menschheit“ und meinte, er beruhe auf der „Gemeinschaft der wichtigsten Ideale, die durch unsere Dichter und Historiker ihre Prägung erhalten haben und die in unseren großen Monarchen Staatsmännern und Herrschern, wie in den Archipelen der Wissenschaften und Künsten verschörpern.“ Diese Ideale aber müssen, meint der Herr Botschafter, den modernen Bedürfnissen entsprechend umgedeutet oder fortentwickelt werden. Fürst Lichnowsky hat sich mit dieser Erkenntnis des Nationalbegriffs selbst übertroffen, kein Zweifel, er ist sogar unter die Philosophen gegangen. Über diese Weisheit ist ja groß, daß man (wie's im „Rathenau von Heilbronn“ heißt) fragen möchte: Welch ein Werkstet hat dir das vertraut? Über im Ernst, ist es nicht fürchterlich für ein großes Volk, einen betrunkenen Vertreter vor einem fremden Volk so reden hören zu müssen. Wie muß es im Kriege und im Herzen dieses Herrn aussehen, daß er solches über die Lippen bringt? Und ein Mann dieser Art vertritt das Deutsche Reich an der politisch schwersten und bedeutamsten Stelle!

Ein Botschafter, der eine akademische Rede im Sinne Kants und Goethes zu halten wagt, statt sich an die bewährten Vorbilder des Rechtsanwalts Glas und des Generals Reim zu halten, ist in der Tat vollkommen „undeutsch“.

Aber nachdem sie eine Strecke gegangen ist, wird sie so traurig und verzagt.

Das Leben ist so schwer und so trostlos. Ihr wird so angst. Vielleicht kommt noch mehr. Sie will nicht nach dem Hause; sie hält in der Allee inne. Sie will nicht mehr dort hinein; sie will fort von all diesem.

O wie es in den Pappeien rauscht; sie frischt sich. Der Sturm führt durch die hohen Bäume, es ist keine Gnade. Horn und Drohungen rauschen die Kronen über ihrem Haupt; so böse wie das singt.

Da setzt sie sich an den Grabenrand und weint den hervorbrechenden Tränen nicht, löst die Sorge Besiegs ergraben von ihrem Gemüte...

* Zwölftes Kapitel.

Sara spricht nicht mehr mit Anders. Und wenn sie ihn anblickt, dann nur aus der Ferne und so traurig.

Ihr Auge funkt nicht mehr denein in die schöne Welt. Ihr Blick ist fern, nach innen gekehrt. Sie geht vorsüber, gebogen, als trüge sie etwas Schwere in der Brust.

Aber noch einmal sieht sie auf und strahlt einen Augenblick.

Das ist an dem Tage, an dem Anders reisen soll.

Sie ist hineingeschlungen in ihre Kammer, wo sie mit hochdem Herzen sitzt, während Anders seine Kiste hinausträgt auf den Wagen; die letzte Unruhe vor dem Abschied geht durch den Wiesenhof.

Ohne sich von der Mutter oder irgend jemand zu kümmern, tritt Anders in ihre Kammer hinein, um ihr Gebetwohl zu sagen. Und wie er da nun so reisefertig von ihr steht, mit seinen blonden Locken und den milden Augen, da durchschlägt es Sara heit.

Sie wirkt sich an seinen Hals und preßt ihn an sich.

Sie weiß, es ist zum letzten Male.

— Der Wagen rollt zum Tor hinaus. Und sie sieht, sie hat noch nie etwas so brutal Lärmendes gehört wie diesen Ton. Er geht ihr durch Mark und Bein, als gingen die Räder über ihre eigenen Fleider hinaus.

Aber sie saràt hinaus, an ihre Arbeit.

Sie lächelt bei ihrem Anblick. Aber Sara ist es ganz gleichgültig. Es lärmert sie nicht. Ihre Gedanken weilen bei ganz anderen Dingen.

„Du sollst wirklich keine Angen unserer neuen Freunde zuwenden: er mag Dich gerne leiden, glaube Ich, Ich!“

Das ist für Sara eine fremde Sprache.

Die Biesenholzauer geht oft an ihr vorbei und bedacht sie jedesmal genau. Aber Sara merkt es nicht einmal.

Ein Biegung lächelt sie von ihrer Umgebung ab.

Und als sie sich abends schlafen legt, folgt sie mit geschlossenen Augen in ihr Bett, als berge sie eine schwere Erinnerung, die sie mich mit sich herumtragen müssen bis an ihr Lebenende.

Was europäische Kulturgemeinschaft, was Menschheit! Wir wollen auf den Bärenfellen liegen und aus den Schädeln erschlagener Engländer Wein trinken!

Verschleierte Kolonialgründung.

Gelegentlich der Kolonialdebatte im Reichstag 1910 wurde von einigen bürgerlichen Rednern darauf hingewiesen, daß in Südwestsafira unterschiedliche Materialien erworben werden könnten, und zwar in der Gegend von Habis. Damals war der Steinbruchbesitzer Dr. Goller aus Minden (Ostwestfalen) noch Mitglied des Reichstages, und er hatte zu Plausionszwecken die Ausstellung einiger Marmortäfelchen im Reichstagsgebäude veranlaßt. Die bürgerliche Presse brachte über diesen „wunderbaren“ Marmor spaltenlange Berichte, gleichzeitig wurde darauf verwiesen, daß zum Ausbeuten der Marmorgebirge eine Aktiengesellschaft gegründet werden sollte. Es wurden famos ausgestattete Prospekte über das Marmorvorkommen herausgegeben und der beigegebene Lageplan erweckte den Anschein, als ob es in Habis, Karibik, Nabachad und Kubas enorme Marmorgebirge gebe. Die Gründung der Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von drei Millionen Mark kam alsbald zustande. An die tausend Personen waren es, die das Aktienkapital zeichneten; sie wurden verlost durch den Rummel der bürgerlichen Presse und durch die geschilderte Ausstellung im Reichstag. Über nun stellt sich heraus, daß das Unternehmen, welches laut Prospekt 23 Prozent Dividende abwerfen sollte, völlig unrentabel ist, und daß die Aktionäre mit dem Verlust eines großen Teiles der Einzahlungen rechnen müssen. Am 26. Mai d. J. fand in Hamburg die Hauptversammlung der „Afrika-Marmor-Kolonialgesellschaft“ statt. Einige Aktionäre machten Opposition, besonders der Steinbruchbesitzer Hammond-Norden aus Hamburg, und legte dar, daß die ganze Gründung völlig verfehlt sei und daß bei der Gründung selbst nicht mit der nötigen sachmännischen Sicherheit verfahren wurde. Die Sitzung hat anscheinend nichts gebracht, denn Herr Hammond-Norden erläutert nun im „Deutschen Steinbildhauer“ (Nummer 25 vom 18. Juni) einen offenen Brief an den Aufsichtsrat und Vorstand. Er schreibt:

„Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Fehlgründung, aus der wenige Herren einen Kapitalzufluss finden auf Kosten der großen Reihe kleiner Aktionäre, die bei der Gründung ihrer Gesellschaft veranlaßt worden sind, mit ihrem Kapital, in der Mehrheit Spargeldern, sich an ihrer Gesellschaft zu beteiligen, gestützt und begleitet durch einen Prospekt, dessen Inhalt und Zahlen sich zur Wahrheit als vollständig falsch erwiesen haben... Ich weise Sie darauf hin, daß drei Mitglieder des damaligen, den Prospekt unterzeichnenden Syndikats noch heute in Ihren Reihen, das heißt im Aufsichtsrat der Gesellschaft sitzen, und der damalige Präsident des Syndikats heute der Vorstand Ihrer jetzigen mit so argen Verlusten arbeitenden Gesellschaft ist... Sollte es denn in unserem deutschen Vaterlande regierungsmäßig aufgehoben werden, wenn über 2.223.000 Mark in einem kleinen Marmolunternehmen investiert werden, um fünf bis sechs Jahre lang nicht nur keinen Nutzen daraus zu finden, sondern Jahr für Jahr enorme Verluste zu erleiden. Das in kleinen Summen hergegebene Kapital von drei Millionen Mark wird binnen kurzem vollständig aufgezehrt und verloren sein.“

Die Kolonialpatrioten werden über die Kritik des angehenden Fachmannes in der deutschen Steinindustrie sehr wenig erbaut sein. Die Steinbrüche sind schon seit 2½ Jahren im Betrieb, die maschinelle Einrichtung soll gut sein, aber es konnten erst 55 Kubikmeter Marmor zum Gesamtwerthe von 20.000 Mark abgesetzt werden. Die koloniale Gründung hat versagt, die kleinen Leute sind um ihr Geld gebracht, während einige geschickte Männer einen schönen Rahmen verdient haben.

Policierangst im liberalen Musterlande.

Der Protestversammlung gegen das Frankfurter Urteil, die am 7. März in Freiburg i. B. stattfand und in der Gedenktagssitzung Rosa Luxemburg referierte, ist folgender Briefwechsel zwischen der Freiburger Polizei und dem badischen Ministerium des Innern vorausgegangen, welchen der be-

Dreizehntes Kapitel.

Eines Sonntagnachmittags sitzt Sara in ihrer Kammer und blättert hinaus auf die Bäume. Sie trägt ihr Sonntagskleid: einen dunklen Rock und eine schwarze Weste mit schwarzem Samtkragen.

Wo hängt das dürr, gelbweisse Laub an den schwarzen Zweigen. Ein stiller Regen fällt herab auf den verblühten Garten; Wasserperlen funkeln an den Nadelspitzen der Eiben und lila Tränen sammeln sich an den herabhängenden Zweigen der Esche. Dann und wann fallen aus der grauen Luft weiße Tropfen herab.

Und ein einzelnes Blatt sinkt zur Erde wie ein angehöckter Vogel.

Sara sieht müde aus. Sie ist müde vom Nachdenken. Regungslos startet sie hinaus in das trübfeuchte Wetter und auf die letzten fallenden Blätter...

Da plötzlich durchdringt es ihre Nerven, daß ihr Kopf glüht. Es röhrt sich etwas unter ihrem Herzen. Sie wird totenkalt...

War es möglich? ... Nein, nein, es war nur etwas Zufälliges; ja gewiß; sie zieht sich auf und streicht glättend mit der Hand an sich herab.

Mann es nur Mülligkeit gewesen wäre, — sie würde ihren Dienst verlieren, vielleicht fortgeschlagen mit Schimpf und Schande. Und ihre Eltern? ...

Sara deutet sich vornehm und bedekt das Gesicht mit beiden Händen — eine Zugestose. Sie könnte sie wieder rein werden vor den Menschen, in ihrem ganzen Leben nicht... Die Schande, die Schande, die Schande!

Und sie war es ja nicht allein. Sie würde ihr Vater wieder eine frohe Stunde haben, wenn er Tag für Tag in Angst umhergehen würde vor den Blicken und Andeutungen der Menschen.

Nein! Sie springt auf von ihrem Stuhl; denn wieder fühlt sie, daß etwas Lebendes sich regt.

Aber niemand darf etwas davon erfahren. Keine Macht der Erde wird sie zwingen, es zu offenbaren.

Unruhig fühlt sie im Zimmer hin und her. Niemand! Sie hebt das Kind, wie eine Schätzmeisterin, die am Verhindern ist.

Jetzt begreift sie auch, warum die Biesenholzauer sie in letzter Zeit feilscht, von oben bis unten betrachtet hat.

Aber dies ist ihr eigenes Geheimnis und kommt nie auf Tageslicht.

Vielleicht wird auch nichts kommen... (Fortsetzung folgt.)

sonnte günstige Wind der „Freiburger Polizeiwacht“ auf den Tisch geweht hat:

Schreiben des Großherzogl. Bezirksamts in Freiburg.

An den Großh. Minister des Innern:

Wir beabsichtigen, im Hühnle auf die Person der Rednerin die Versammlung überwachen zu lassen, würden es aber auch für zweckmäßig halten, die Rede stenographisch aufzunehmen zu lassen. Da unserer Ansicht nach nur ein ganz gewandter Stenograph verwendet werden sollte, ein solcher uns aber unter unseren Beamten nicht zur Verfügung steht, so bitten wir geziemend um die Erlaubnis, einen Stenographen für die gewünschte Versammlung bestellen zu dürfen.“

Schreiben des Großh. Wab. Ministeriums
des Gross. Innern vom 4. März.

An das Großh. Bezirksamt in Freiburg:

Die beantragte Erwidlung wird erstellt. Die Kostenrechnung ist zur Zahlungsanweisung hierher vorzulegen.

(ges.) Bodmann.

Die engagierten Privat-Stenographen verlangten pro Stunde den Satz von 20 Mark, der ihnen auch bezahlt wurde. Über die Fürsorge der Polizei ging noch weiter, wie der Bericht des Leiters der Freiburger Polizei beweist:

Bericht des Bezirks-Amtmanns Freiherr
v. Dusch:

Uniformierte Polizeibeamte wurden in den Saal nicht mitgenommen, dagegen zwei Fahnder in Zivil, von denen der eine im Saal nahe dem Ausgang zur Wirtschaft saß. Dieser hatte die Aufgabe, nötigenfalls durch das Wirtschaftstelephon die Hauptwache zu alarmieren. Der zweite Fahnder saß hinten im Saal am Haupteingang, er sollte, wenn die Versammlung einer etwaigen Auflösungsanordnung nicht Folge leistet, den Charakter ... Schuhmann (in Uniform), die vor der Haupthalle standen, abertieren, damit diese sich sofort durch den Seiteneingang (Hausmeisterwohnung) zur Verfügung des Polizeiresplittens begaben.

Sodann sollte der Fahnder auf seinem Rob, das er draußen vor der Stadthalle stehen hatte, nach der Hauptwache fahren, um diese zu alarmieren, für den Fall, daß die Benachrichtigung durch das Telefon nicht funktioniert. Auf der Hauptwache waren 20 Mann unter dem ersten Polizeikommissar versammelt.“

Es war also alles vorbereitet, damit das liberale Musterland nicht von der Revolution überrascht wurde. Aber ganz umsonst war diese Fürsorge nicht, denn der Prozeß, der am 29. Juni in Berlin verhandelt wird, stützt sich auf die Medie, die Genossin Luxemburg in Freiburg gehalten hat.

Zentrumseifer für die Sammelpolitik.

Eben erst hat Bachem im Schriftlichen „Tag“ festgestellt, sonst wären missen, daß kein rechter Sammelleiter bei den bürgerlichen Parteien vorhanden sei, daß, wie die Dinge jetzt liegen, aus absehbarer Zeit keine bestimmte Aussicht bestünde, Nationalliberale, Zentrum und Konservativen zu einem festen Bund zusammenzudrücken. Die „Germania“ läßt sich trotzdem nicht verbreiten, aus neue in einem großen Leitartikel Befreiungsversuche an den Nationalliberalen zu machen. Sie grüßt Neu-Brunswick und Bassermann aus den Jahren 1903 und 1906 aus, um damit nachzuweisen, daß Bassermann auch schon Stunden gehabt hat, in denen er dem Zentrum nicht so unzufrieden gefüllt war. Freilich handelte sich meist um Situationen, in denen der vielzehnte nationalliberale Führer um Zentrumshilfe buhlen mußte, um ein Mandat für den Reichstag zu erhalten. Trotz d. v. benevolentischen Klage der Zentrumspartei will es nicht schaffen, als ob die Nationalliberalen in ihrer großen Mehrheit gewillt seien, dem Zentrum näherzutreten. Der rechts-nationalliberale Flügel freilich, die Führeransprüche, stellt sich ganz auf den konservativen Standpunkt. Sie ist bereit, mit dem Zentrum durch Dick und Dünn zu gehen. Vielleicht, daß auch die Frage der Taktik gegenüber dem Zentrum und die Haltung zur Sammelpolitik im allgemeinen auf dem kommenden Nationalliberalen Parteitag zu Auseinandersetzungen führt, die, da eine Einigung ausgeschlossen erscheint, eine Trennung der widerstreitenden Gruppen in der nationalliberalen Partei beschleunigen.

Der Kronprinz reist doch nach den Kolonien. Nach einer Meldung des „Deutschen Kurier“ wird die bereits früher geplante Reise des Kronprinzen nach den Kolonien Anfang nächsten Jahres vor sich gehen. Es handelt sich nur noch um die kaiserliche Zustimmung, daß die Kosten für die Reise vom Reichstag eingefordert werden. Wenn alles glatt geht, läuft die Reise Anfang 1915 angetreten werden. Die Reichstagsmehrheit wird kaum wagen, nein zu sagen.

Teilung des Reichsamts des Innern. Das Reichsamt des Innern, dem der augenblicklich in Umlauf stehende Staatssekretär Dr. Dehler vorsteht, soll mit Arbeiten so überlastet sein, daß sich eine Teilung dieses Amtes auf die Dauer nicht verhindern lassen. Wenn die Zunahme der Arbeiten wie bisher steigere, so werde dies dazu führen, daß ein eigenes Reichsamt für Sozialpolitik geschaffen werden müsse.

Niedergaben für die Mittelsäbler. Die „Neue Politische Korrespondenz“ meldet, in den preußischen Ministerien werde die Änderungen des Warenhaussteuergesetzes vorbereitet. „Es seien vielfach Wünsche der Detailsverbande geäußert und auch Erfahrungen gesammelt worden, die bei der Aenderung des Gesetzes Beachtung finden werden“. Ein entsprechender Gesetzentwurf werde noch in dieser Sessjon dem Landtag zugehen.

Ausland.

Die Arbeiterpartei in Australien.

Soeben kommt die Kunde, daß beide Häuser des australischen Parlaments aufgelöst worden sind. Das liberale Ministerium Cook, das im Mai 1913 zur Regierung gekommen war, besaß im Repräsentantenhaus nur eine Mehrheit von einer Stimme, im Senat hatte es aber eine starke Mehrheit der Arbeiterpartei gegen sich.

Die Regierung versuchte nun die Politik, eine Lage zu schaffen, die eine Auflösung beider Häuser ermöglicht. Das ist nach der Verfassung gestattet, wenn der Senat eine Abrogation der Regierung zum zweiten Male verworfen hat, nachdem sie im Repräsentantenhaus zum zweiten Male angenommen war. Die Regierung brachte zu diesem Zweck ein Gesetz ein, das ausdrücklich gegen die Arbeiterpartei gerichtet war, und das die Bevorzugung von Gewerkschaften bei Anstellungen im Staatsdienst verbietet. Diese Politik hatte die erwartete Wirkung, denn der Senat votierte es, beide Male. Bei dieser parlamentarischen Lage war die gesetzgeberische Tätigkeit des Bundesparlaments natürlich aussichtslos. Es scheiterte und der Generalgouverneur hat sich daher, entgegen der früheren Geftogenheiten entschlossen, die Auflösung beider Häuser zu genehmigen.

Damit ist eine allgemeine Wahl für den ganzen Bundesstaat notwendig. Vielleicht hofft Cook noch einmal, wie 1913, die Bürgerlichen zu eingeschlagen und die Arbeiter nicht nur im Parlament, sondern auch im Senat, zu vertreten. Die Aussichten dafür sind allerdings nicht besonders glänzend. Aber der australische Liberalismus weiß sehr gut, daß er bei der regulären Wahl im Jahre 1916 noch weit schlechter abschneiden würde, denn der Arbeiter des Bundesstaates erobert mit Riesenschritte eine politische Macht nach der anderen. Es dürfte angesichts der bevorstehenden politischen Umstürzungen in Australien angebracht sein, die Stärke der Arbeiterpartei im Bundesstaat in den einzelnen Parlementen kurz zu kennzeichnen.

Dem australischen Staatenbund gehören sämtliche fünf Staaten des Festlandes — Neu-Südwales, Victoria, Queensland, Süd. und Westaustralien — an, wie auch der Inselstaat Tasmanien. Das Zusammensystem ist überall durchgesetzt, überhaupt werden englische Gesetze und Gebrauche auch im parlamentarischen Leben ziemlich allgemein angewendet.

Das Bundesparlament besteht aus dem Senat mit 36 Mitgliedern (je 6 für jeden Staat) und dem Hause der Abgeordneten mit 75 Mitgliedern. Im Senat sitzen 29 Mitglieder der Arbeiterpartei, während diese im Abgeordnetenhaus nur 37 Mitglieder, also nicht ganz die Hälfte, zählt. Die Liberalen, oder besser gesagt: die Koalition der Liberalen und Konservativen, herrscht hier also mit einer Stimme Majorität, ist aber völlig auf die Gnade der Arbeiterpartei angewiesen, weil zu allen gesetzgebenden Maßnahmen die Zustimmung des Senats erforderlich ist. Die Arbeiterpartei hat gute Hoffnung, die Majorität im Abgeordnetenhaus und damit auch die Regierung in nächster Zeit wiederzuerufen.

Die Staaten Queensland, West. und Südaustralien sind im Bundesrat nur durch Arbeitersenatoren vertreten, während Victoria deren fünf stellt, Neu-Südwales und Tasmanien je drei. Die Senatoren werden für 6 Jahre gewählt und erhalten eine Entschädigung von 12.000 Mark pro Jahr. Das Wahlrecht besitzt alle erwachsenen englischen Untertanen beider Geschlechter, die seit mindestens 6 Monaten ununterbrochen im Lande leben, mit Ausnahme der Ungehörigen eingeborener australischer, afrikanischer oder australischer Stämme, wenn diese nicht das Wahlrecht zu einem Staatsparlament erworben haben. Dieselben Regeln gelten für das Abgeordnetenhaus, nur läuft das Mandat der Abgeordneten schon nach drei Jahren ab. Von den Arbeitersabgeordneten kommen 12 aus Neu-Südwales (von insgesamt 27 Abgeordneten dieses Staates), 9 aus Victoria (21), 7 aus Queensland (10), 4 aus Süd-Australien (7), 3 aus Tasmanien (5) und 2 aus West-Australien (5). Im Senat stieg die Zahl der Arbeiter seit dessen Posten von 1901: 8, 1903: 14, 1906: 15, 1910: 23, 1913: 29 von insgesamt 36. Von den 75 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses gehörten der Arbeiterpartei 1901 erst 16 an, 1903 schon 25, 1906: 26, 1910: 42 und 1913: 37.

Die Situation in den Einzelstaaten ist besonders deshalb verschieden, weil dort die Mitglieder der Oberhäuser auf Lebenszeit ernannt werden, ein Eintritt in die Arbeiterpartei also mit allmählich stattfinden kann. In Neu-Südwales hat die Arbeiterpartei von den 57 Sitzen des Oberhauses nur 6, von den 90 Sitzen des Unterhauses dagegen 49 inne und deshalb auch die Regierung in ihren Händen. Von 34 Mitgliedern des Oberhauses in Victoria gehören 4, von den 65 Mitgliedern des Unterhauses 20 der Arbeiterpartei an. In Queensland zählt das Oberhaus 44 Mitglieder, darunter 2 Arbeiterparteileute, das Unterhaus 72. Die bisherige liberale Regierung in Tasmanien unterlag förmlich bei einer Abstimmung mit einer Stimme Minorität. Da der Gouverneur eine sofortige Auflösung des Parlaments ablehnt, wurde der Führer der Arbeiterpartei mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Da auch West-Australien und Neu-Südwales bei einer Minorität keinen haben, werden jetzt zwei Drittel der australischen Bundesstaaten von der Arbeiterpartei regiert. In Victoria und Süd-Australien sind die Oberhäuser noch am Ruhe, doch in dem ersten Staat ist gute Aussicht vorhanden, ebenfalls zu einer Arbeitersregierung zu gelangen. Unter den 18 Mitgliedern des Oberhauses in Süd-Australien befinden sich 6, unter den 40 Mitgliedern des Unterhauses 16 Arbeitervertreter. West-Australien hat 7 Arbeitervertreter unter 30 Mitgliedern des Oberhauses und 33 unter den 50 Mitgliedern des Unterhauses. Die Regierung befindet sich naturnächlich in den Händen der Arbeiterpartei, desgleichen steht in Tasmanien, wo die Partei zwar keine Vertreter im Oberhaus, aber 15 Mitglieder im Unterhaus hat, ebensoviel wie die liberale Partei. Seit Bestehen des australischen Bundes war die Entwicklung wie folgt:

	1901	1905	1910	1914
Zahl der Mitglieder der Arbeiterpartei in:				
Einzelstaatlichen Oberhäusern . . .	—	—	16	25
Unterhäusern . . .	75	107	148	157
Bundesrat . . .	8	14	21	29
Bundes-Abgeordnetenhaus . . .	16	25	42	37
Gesamt	99	148	220	248

Der Fortschritt der Arbeiterpartei ist also gewaltig. Sicher wird die Neuwahl zum Bundesparlament ihnen weitere Erfolge bringen und damit die im Jahre 1913 verlorenen Arbeitersregierung wieder herstellen. Hoffentlich für immer.

Waffenstillstand in Albanien.

Der von der „Telegraphen-Union“ auf den albanischen Kriegsschauplatz eingesandte Sonderberichterstatter meldet per Funksprach über Castelnovo:

Die Rebellen von Shkodra haben ihre Unterwerfung angenommen. Sie wollen die Regierung des Fürsten und die albanische Flagge anerkennen. Vorläufig gehen die Verhandlungen noch weiter, da die Rebellen sich zunächst noch weigern, ihre Führer auszuliefern und ihre Waffen den Regierungstruppen zu übergeben.

Ein zweitägiger Waffenstillstand ist mit den Rebellen jedoch vereinbart worden. Die albanische Regierung hat durch den Waffenstillstand den Vortell, Verstärkungen heranzuziehen, deren sie dringend bedarf um Durazzo zu halten.

Der Korrespondent der „Frank. Ztg.“ aus Durazzo wendet sich gegen die Einschätzungen der Presse, die durch einen Teil der italienischen Presse verbreitet werden. Der Fürst sei weder seines Amtes müde und diente an eine Abdankung zugunsten des Herzogs der Abruzzen, noch sei er seines Lebens nicht sicher. Von einer Niederlage der Regierungstruppen vor Durazzo und von einer Stadt innerhalb der Stadt sei keine Rede. Die Verluste der Regierungstruppen in den Gefechten der letzten Woche belaufen sich auf 20 Tote und etwas über 100 Verwundete und nicht wie italienische Blätter melde auf 800 bis 400. Von einer Epidemie, die durch unbegrabene Kadaver hervorgerufen wäre, wisse kein Mensch.

Ans Megilo.

Carranza hat den Vermittlern auf die ihm überhandte Note eine Antwort erteilt, in der er wiederholt, daß er bereit sei, an der Vermittlungskoalition teilzunehmen, daß es ihm aber unmöglich sei, über die Wahl eines provisorischen Präsidenten, über die Bandfrage und über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Nach seiner Ansicht hätten die Vermittler einen Fehler begangen, als sie versuchten, die Fragen zu lösen, die für die Republik von überwogender Wichtigkeit seien. Die Konstitutionalistin müssen entscheiden, was für die Interessen ihres Landes das beste sei. Zum Schluss erklärt Carranza, er glaube nicht, daß die Konferenz von Altagara falls die von den Vermittlern erwarteten Ergebnisse haben werde.

Von den Kämpfen wird gemeldet:

Während sich die Hauptarmee des Insurgentenführers Villa noch auf dem Wege nach Acatecas befindet, hat seine Vorhut am Sonnabend eine empfindliche Niederlage durch die Truppen Huertas unter General Barron erlitten. Die Insurgenten befinden sich auf wilder Flucht. Villa eilt am Abend in einem Erzog von Torreón nach Coahuila um zu sammeln. Diese Niederlage der Insurgenten kommt um so überraschender, als am selben Morgen erhebliche Kräfte der Vorhut Villa gemeldet worden waren. Es ist dies der zweite Sieg des Generals Barron, der vor ungefähr einer Woche die Arme des Generalissimus der Rebellen, M.

eco, entscheidend geschlagen hat. Villa's Hauptarmee, 25.000 Mann mit 124 Geschützen, wird am Mittwoch vor Acatecas eintreffen. Sobald diese der erbitterte Kampf um Acatecas beginnt, werden die Truppen Huertas, den Rebellen den Weg nach der Hauptstadt zu versperren.

Militarisimus in der Schweiz. Die Belastung des Schweizer Volkes durch den Militarisimus ist von 1900 auf 14,40 Fr. im Jahre 1913 auf 17,20 Fr. gestiegen und im Haushalt des Eidgenossenschaftsbeamten erreichte der Militarisimus 47,2 Prozent aller Ausgaben. Dieser unheilvolle Entwicklung dient seit dem Jahre 1913, seit die Militärischen das Volk unter falschen Vorstellungen dazu verleiteten, des militärisch-autoritären Entartung der ursprünglich demokratischen Miliz zugestimmt.

Politische Unruhen in Spanien. In verschiedenen Orten Spaniens ist es am Sonntag zu Unruhen gekommen. In Valencia durchzog eine Gruppe Republikaner die belebtesten Straßen der Stadt und stellte Werbung und Anklagen gegen Mauras an. Es kam zwischen ihnen und Anhängern Mauras zu einem heftigen Handgemenge. Republikaner wurden abgeführt; verschiedene Personen erlitten schwere Verletzungen. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor. Ähnliche Unruhen aus denselben Gründen fanden auch in Santander und Barcelona statt.

Gewerkschaftliches.

Stadt und Provinz.

Die Holzbildhauer von Görlitz haben beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Zugang ist daher streng fernzuhalten.

Deutsches Reich und Ausland.

Die Aussperrung in den sächsischen Gußstahlwerken in Döhlen bedeutet. Die Aussperrung in den sächsischen Gußstahlwerken in Döhlen bei Dresden ist mit Zustimmung der Angestellten aufgehoben worden. Die Angestellten nahmen die Arbeit am Montag früh mit allen ihren alten Rechten wieder auf. Die Aussperrung gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitserhaltes, von dem das Pensions- und Versicherungsverhältnis der Arbeiter abhängt. Der Streit der Formen und Gießer, dessen wegen die Aussperrung erfolgte, dauert aber fort; doch sind auch wegen dieses Streits erneute Verhandlungen in Gang.

Ausstand der spanischen Landarbeiter. Der Streit der Landarbeiter in Andalusien nimmt mit jedem Tage an Ausdehnung zu. Im Laufe der letzten 48 Stunden sind über hundert Streikende verhaftet worden, weil sie tatsächliche Angriffe auf arbeitende Kameraden ausübten. Die Zahl der Streikenden beläuft sich bisher auf etwa 8000.

Dänemark für Lithographen, Stein- und Lichtrüder gesperrt. In Dänemark wurde der Tarif für Lithographen, Stein- und Lichtrüder zum 1. Juli gefündigt. Einige Male wurden von den Gehaltsverhandlungen angehakt, jedoch mit negativem Erfolg. Ohne eine Einigung erzielte zu haben, wurden die letzten Verhandlungen abgebrochen, und da ein Termin zur Weiterberatung nicht vorgesehen ist, wird es jedenfalls zum Streit kommen. Von der Leitung des Gehaltsverbandes wurde daher Dänemark für Lithographen, Stein- und Lichtrüder gesperrt. Ohne vorherige Erklärung beim internationalen Vertragsnamen für Dänemark, Carl Sich in Kopenhagen Lønholmsgade 158, darf daher seine Stellung angenommen werden.

In Sheffield in England befinden sich die Schlossmacher und Schleifer der Firma Shaer u. Jaelson wegen Lohnreduzierung im Streit. Zugang ist fernzuhalten.

Schlesien und Posen.

Schweidnitz, 28. Juni. Im Mausel verbrann. In der Nacht zum Montag brach in einem Holzhütten der Breslauer Straße Feuer aus. Als das Feuer gelöscht war, fand man in dem Brandhütt die verlohlte Leiche des Feuerhauers Koloska, der in angetrunken Zustand sich mit brennender Zigarette neben den Schuppen niedergelegt und so den Brand und seinen Tod verursacht hat.

Reichenbach, 23. Juni. Selbstmord durch Erhängen verübt am heutigen Montag nachmittag der 75jährige Rentenempfänger August Gießmann in seiner Wohnung. Urteile: Schwermut.

Hennersdorf, 29. Juni. tödlicher Unglücksfall. Am Montag verunglückte der beim Güterschiffer Beck bei Dienstleiste 17-jährige Verdejunge Langer, indem er auf dem Gelände vom Säge des Hennersdorfs herabstürzte und sich dabei tödlich verletzte.

Neurode, 28. Juni. Opfer der Grube. Auf der Rubengrube in Kohlendorf wurde der Bergarbeiter Neuemann aus Kolonie Leeden durch herabfallende Gesteinsmassen verschüttet und fand dabei den Tod.

Grüneberg, 28. Juni. Verbandsleiter Eisenbahnschreie. Bei dem Gewitter am Freitag spülte der wolkentrüte Regen auf den Bahndamm der Grüneberg-Sprottau-Kleinbahn bei Hennersdorf erhebliche Mengen von Sand. Auf einer längeren Strecke lag der Sand bis zu einem halben Meter hoch. Ein Landwirt entdeckte das Verhängnis; da jeden Augenblick der Mittagszug von Grüneberg heranfahren müsse, ließ er dem Säge entgegen und verständigte das Buppersonal.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Juni.

Stadtverordneten-Versammlung.

Vier Wochen waren gestern die Stadtväter zusammen und nicht weniger als etwa 50 Vorlagen haben sie erledigt. Da war das Haus im ganzen schlecht besucht, und auch Magistratsräte zeigten große Eile.

Dann und für Heimatshut bewilligte man für seine Bauoberaufsicht eine jährliche Beihilfe von 5000 Mark, wünschbar, daß er seine Tätigkeit durchaus freiwillig ausübe und die Bauherren berechtigt sein müßten, die Vorlage anzunehmen oder abzulehnen. Stadtbaurat Beck, als Vorsitzender der Bauüberwachungsstelle, konnte die möglichen Baugemüter beruhigen. Der Bund für Heimatshut habe mit alten Bauten nichts zu schaffen; er kümmere sich nur um Neubauten.

Die Bewilligung einer Beihilfe von 3000 Mark an einen Handlungsgesellen-Verein zu Breslau vom 1774, die seinem Erholungsheim in Krummhübel auf die Weine helfen soll, gab wieder dem Stadtvorordneten Beck die Gelegenheit, sich gegen die konservativen Schwierigkeiten dieses Vereins zu wenden. Aus der Versammlung und vom Magistrat wurde geantwortet, daß die Daten des Vereins antisemitische Meliorungen nicht erkennen ließen; in sein Erholungsheim würden auch Juden aufgenommen.

Die Verpachtung des städtischen Gutes Nienberg bemühte der konservative Stadtvorordnete Körner II dazu, um von Ausstellung des Gutes und günstigerer Verpachtung zu sprechen. Das wird verständlich; denn der neue Pächter von Nienberg ist Herr Wilhelm Schmidtthal, der nationalliberalen Gegnern anhat und des Herren von Seydelbeck ist. Dieser ungemein kömisch von Preußen ist bekanntlich auf Schloss Schönkawale, während Herr Schmidtthal Pächter des Nachbargutes Groß-Schönkawale gewesen ist.

Die Feuerbestattungs-Vorlage wurde ohne Aussprache angenommen. Lange genug hing die Sache in der Schwebe, und es darf wohl erwartet werden, daß der Bau des Krematoriums alsbald begonnen und beschleunigt wird. Andere Städte sind uns darin weit voraus.

Auf die Hochbau-Verwaltung, mit Herrn Stadtbaurat Berg an der Spitze, sind einige Bauleute nicht gut zu sprechen. Als gestern der konservative Stadtvorordnete Schmidtthal die Anstellung eines Stadtarchitekten zu berichten hatte, da meinte er, diese Anstellung sei gar nicht nötig, denn die vorhandenen Hochbaubeamten hätten schon jetzt nicht genug Arbeit, was ihm aus der Umgebung des Herrn Baubaurat erklärt worden sei. Dieser Vorstoß war für den liberalen Stadtvorordneten und Maurermeister Müller ein gesundes Fressen, um ebenfalls einzuhauen und Herrn Berg einige Lebenswürdigkeiten am Kopf zu weisen. Der Angeklagte wehrte sich kräftig und betonte, daß die Bauleute mit Arbeit vollaus bedacht seien. Die Versammlung nahm im Übrigen von der Anstellung des Stadtarchitekten Kenntnis, womit der Vorstoß von Kaiser und Genossen als grundlos bezeichnet war.

Die Zustände im städtischen Arbeitshause behobtete Genosse Neulrich im Anschluß an die Magistratsvorlage, zwei neue Aufsichter einzustellen. Vollige Klärheit über die ganze bedauerliche Angelegenheit sei auch durch die Gerichtsverhandlung am 11. Juni nicht geschaffen worden; so viel steht aber fest, daß manches nicht in Ordnung sei, und der Magistrat allen Grund habe, sofort bestimmt einzugehen.

Donnerstag muß die Stadtverordneten-Versammlung wieder eine Sitzung abhalten. Dann folgen zwei Monate Ferien.

Be- und Entwässerungsanlage in Herrnproßnitz.

Stadt. Scholich (Soz.) führt als Referent zur Begründung der Magistratsvorlage aus: Die Vorlage hat uns und die Ausschüsse VI und V schon mehrmals beschäftigt. Wir sollen Herrn Rittergutsbesitzer Schwedler in Herrnproßnitz eine Be- und Entwässerungsanlage und eine Badeeinrichtung auf unsere Kosten herstellen lassen.

In der vorigen Versammlung berichtete der vorige Referent der Vorlage Herr Kollege Jahn, daß wir in das Rittergut Herrnproßnitz schon etwa 35 000 Mark mehr an Zuschuß gegeben haben, als wir an Nachhalt erhalten haben und sprach sich für Ablehnung der Vorlage aus mit dem Wunsche, Herr Schwedler möge die Anlage auf seine Kosten herstellen lassen. In der erneuten Beratung in den Ausschüssen wurde festgestellt, daß Herr Schwedler von seinem Acker etwa dreieinhalf Hektar mehr für die Rieselfeldanlage zur Verfügung gestellt hat, als es nach dem Vertrag notwendig hätte. Um nun einen unnötigen Prozeß zu vermeiden, Herrn Schwedler auch bei der Anlegung des Rieselfeldes diese Anlage als Ausgleich ausdrücklich zugesichert wurde. Entschied ich, der Vorlage zuzustimmen. Remerten will ich aber, daß es entgegen den Ausführungen des Herrn Heilberg zutreffe, daß Herr Schwedler mehrere hundert Morgen Acker weiter verpachtet und sich von den Unterpächtern 18 Mark und darüber pro Morgen zahlen läßt, während er nur 5 bis 8 Mark an die Stadt als Nachhalt entrichtet. Auch manche andere große Ausgabe hätte sich die Stadt ersparen können, da sie zum Teil recht unnötig waren. Ebenso hat er aus dieser Vorlage wieder großen Nutzen. Er nutzt das bereitgestellte Land, das dadurch werblicher gemacht ist, ohne dafür auch nur einen Penny zu bezahlen. Das ist also auch wieder ein unverrechtetes Geschenk, das die Stadt ihren Rittergutsbesitzern macht.

Der zweite Berichterstatter Stadt. Beck (Kon.) empfiehlt namens des Bauausschusses, die Vorlage anzunehmen.

Stadt. Häfner (Lib.) betont, daß Herr Schwedler uns kein Geschenk macht, sondern daß er sehr gut bei der Weiterverpachtung fährt.

Stadtrat Bülow meint, daß wir uns nach den vertraglichen

Vorschriften zu richten haben und der Gutspächter die Be- und Entwässerung fordern kann.

Stadt. Häfner (Soz.): Wir haben der Vorlage nur zuge-

stimmt, weil Herr Schwedler nach dem mit ihm seinerzeit abge-

schloßene Vertrag berechtigt erachtet, dieses Anstalten an uns

zu stellen, da wir sonst einen langwierigen Prozeß zu erwarten hätten, dessen Ausgang auch noch recht unsicher ist.

Nach einem kurzen Schlussswort des Berichterstatters Scholich wird die Magistratsvorlage angenommen.

Verpachtung des Gutes Nienberg.

Das Gut Nienberg, Kreis Wohlau, soll vom 1. Juli 1914 an den bisherigen Rittergutsbesitzer Wilhelm Schmidtthal auf 18 Jahre verpachtet werden und zwar die ersten 4 Jahre zu 24 Mark den Hektar, die letzten 14 Jahre zu 28 Mark. Der Berichterstatter Stadt. Häfner (Lib.) ersucht um Annahme der Magistrats-Vorlage.

Stadt. Körner II (Kon.) wundert sich, daß das Gut nicht parzelliert worden ist; man würde dann mehr aus dem Gute herausholen.

Oberbürgermeister Matting weist darauf hin, daß die Ernahmungen und Warnungen des Herrn Körner zu spät kommen; sie müssten im April erhoben werden, als die Verpachtung ausgeschlossen wurde. Das Gut ist bisher nicht schlecht bewirtschaftet worden.

Stadtrat Hoffmann betont, daß Gut ist so bewirtschaftet worden, daß das möglichste herausgeholt wurde. Auf dem Gut, das 1904 von der Stadt übernommen wurde, war kein Korn, Getreide und kein Stroh; es ist getan worden, was möglich war.

Stadt. Beck (Lib.): Ich muß mich mündern, daß jetzt erst geredet wird über das Gut und darüber, daß es zu niedrig verpachtet wird. Wir haben doch die Vernachlung beschlossen und können jetzt dem Antrag nur zustimmen. Ich weiß nicht, was eine längere Auseinandersetzung über Nienberg noch für einen Zweck hätte.

Stadt. Scholich (Soz.): Wenn bei dem Gute so viel zugesetzt würde, so hätte gesagt werden müssen, daß dies bei allen anderen Gütern gleich ist. Aber die Zuschüsse der Stadt sind zurückgezogen und das Gut steht so aus, dass wir es jedem Landwirt anbieten können. Die Parzellierung soll vorgenommen werden, den Herrn Körner II sagt, dabei könnten wir das Gut teurer verpachten. Herr Körner sagt aber auch, daß Herr Schmidtthal, der neue Pächter, in zwei Jahren nicht sein wird, weil er die Rechte nicht zahlen kann. Diesen Widerspruch verstehe ich nicht; da muß sich Herr Körner selbst zurechtfinden und ich erwarte nähere Ausklärungen.

Die Verpachtung des Gutes an Schmidtthal wird bestimmt.

Krematorium.

Der Magistrat schlägt jetzt vor, das Krematorium für Breslau am Gräbchen-Friedhof für 80 000 M. zu errichten.

Stadt. Beck (Kon.) ersucht dem Ausschussgutachten zuzumessen, was gerecht und zwar genau die Stimmen der konservativen Stadtvorordneten Uhl, Cardocus und Hoffmann.

Ein Trünglichkeitsantrag.

vonach der Deichweg auf dem rechten Ufer der alten Oder zwischen der Moisenthaler- und der Gröschelbrücke um etwa 5 Meter verbreitert werden soll, wird einstimmig angenommen. Der jetzige Weg ist nur 2 Meter breit.

Einführung der Stadt Breslau in Stadtviertel.

Stadt. Mischke (Kon.) empfiehlt die Vorlage zur Genehmigung ohne Ausspracheberatung, weil sie auch geeignet sei, die Heimatkunde der Kinder in den Schulen zu fördern, denn mit dieser ist es schlecht bestellt. Bei einem Vorschlag von 45 Breslauer Schulkindern habe sich z. B. verabschiedet, daß 15 nicht einmal den Ring geschaffen hätten. Die armen Würmer wachsen in den engen Höfen der Häuser auf. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Sehr richtig!)

Dem Bau eines Schulhauses für Schwachbehinderte auf dem Grundstück Osterstraße 46/48 wird nach den vom Ausschuß V getroffenen Änderungen zugestimmt.

Der Abzug des Schlesischen Kunsgewerbe-Museums, der 6700 Mark erfordert, wird nach Bespruchung durch den Stadt. Beck einstimmig beschlossen. Der Referent begründete die sofortige Annahme der Vorlage ohne Aussprachberatung mit dem Hinweis, daß das Museum in seiner jetzigen Verfassung geradezu schändbar aussieht.

Wettbewerb zur Ausgestaltung der Umgebung der Universität.

Für die Gestaltung der Fluchtraden bei Freilegung der Universität soll ein Wettbewerb unter allen deutschen Architekten ausgeschrieben werden. Für Preise werden 14 000 Mark gefordert. Nach kurzer Debatte wurde die Summe bewilligt.

Vom städtischen Arbeitsamt.

Der Magistrat beantragt, für das städtische Arbeitsamt auf der Sternstraße zw. neue Aufsichter einzustellen. Der Wohlfahrt-ausschuss empfiehlt, dem Magistrat zuzustimmen. Der Berichterstatter Stadt. Neulrich (Soz.) verzerrt das Ausschussgutachten. Die zwei neuen Aufsichter sind nötig, aber es ist auch zu sagen, daß damit nicht alles getan ist, um im Arbeitsamt bessernd einzugehen. Leider hat die Gerichtsverhandlung am 11. Juni über die "Neuterei" der Häftlinge keine volle Aufklärung gebracht und sie kann auch in der Versammlung nicht geschafft werden. Es steht jedoch fest, daß im Arbeitsamt nicht alles in Ordnung ist. Es sollen und dürfen nicht Reden geführt werden, die man nicht einmal auf dem Kasernenhof hört. Mit mehr Aufsichtern allein, mit geschlossenen Säbeln und Revolvern wird im Arbeitsamt nichts gebebt werden. Es handelt sich für mich keineswegs um "Entführungen" über das Arbeitsamt, nein, um das Unsehen der Stadt. Gewiß, die Insassen dieses Hauses sind meistens gesunde Leute; doch auch sie müssen als Menschen behandelt werden.

Eine Aussprache folgte nicht; auch von den Magistratsmitgliedern nahm niemand das Wort. Die Vorlage wurde angenommen.

Kleine Vorlagen.

Der Ankauf des Grundstücks Nikolaistraße 26 für die Erweiterung des Allerheiligsten-Hospitals zum Preise von 44 000 M. wird vom Berichterstatter Hanna zur Vorberatung an den Ausschuß IV empfohlen, was auch geschieht.

Zum Umbau der schon der Stadt gehörenden Grundstücke Blücherplatz 14 und 15 zu Büroräumen für die städtische Verwaltung wurden 105 000 M. bewilligt. Mit eingebaut soll ein Verloren-Aufzug werden, um den sich eine kurze Debatte entspannt.

Bei der Vorlage Anlegung der Piastrasse zwischen Stern- und Michaelistraße fragt der Berichterstatter, Stadt. Dätsch an den Magistrat an, wie es mit der Durchführung der Kaiserstraße steht. Zum Magistratlich wird ihm erwidert, daß die Durchlegung der Kaiserstraße in Vorbereitung ist.

Die Anlage eines Spielplatzes zwischen Gustav-Freytag- und Sadowastraße wird genehmigt. Stadt. Dätsch ist der Meinung, daß der Platz zwischen der Gustav-Freytag- und Kleiststraße dafür besser geeignet ist.

Die Ausführung von Änderungen am Schulhaus-Neubau Menzelstraße geht zur Vorberatung an den Ausschuß V.

Ohne Debatte wurden genehmigt: Ausweitung von Deliuskörporen im Fürstenaal des Rathauses;

die Errichtung von Bühnenanlagen für 7000 Mark;

der Kauf von Grundstücken in Pöpelwitz zum Preise von 26 700 Mark;

die Pfarrkirche des Altenplatzes zwischen Sandstraße und Sandstraße mit Holzpfaster. Kostenpunkt 62 000 Mark;

1800 Mark Beihilfe zum 700-jährigen Bestehen des Hospitals zum Heiligen Geist, die zur Bewirtung der Insassen und für die Herausbildung einer Festlichkeit verwendet werden sollen;

Die Verleihung von je 120 Mark Stipendien an fünf Breslauer Volksschul-Seminarien;

800 Mark für Verstärkung der Eisenkonstruktion an den Glaswänden des Sauglingsheims;

800 Mark als Beihilfe für den Verein zur Erhaltung der Kriegergräber und Denkmäler aus dem Jahre 1866;

die Rückzahlung von Strafanlagenfolten in Höhe von 9655,52 Mark an die Besitzer der Grundstücke Kreuzburgerstraße 28, 31, 32 und 33;

Abänderung des Fluchtradenplanes für die Erweiterung des Hallenschwimmbades;

die Besetzung verschiedener städtischer Ehrenämter nach dem Vorschlag des Ausschusses I;

Vermeidung der Nutzlehrstellen im Arbeitshaus;

1600 Mark vorläufige Entschädigung an die Universitäts-Winken für die politisch Behandlung Stadtbaurat;

Die Mehrkosten für gärtnerische Anlagen am Mittelweg nördlich der Altstadtstraße im Betrage von 8400 M.;

500 Mark zu den Kosten der Verbreiterung des Brücken im Zuge der Schönheitlichen Chaussee;

die Festigung der Straße in der Hahnenstraße;

Bekämpfung von Kaufkosten für das Grundstück Weidenstraße 8 und Deckung der Mehrkosten für den Bau des Entlastungskanals in der Polenerstraße;

87 000 M. für Neuanschaffungen in städtischen Elektrolytwerken;

die Einrichtung einer Bade-Einrichtung im Batonschen Kinderheim.

Vorschriften über die Entlassung der Arbeiter im Bereich der Wasserbauverwaltung

hat der Minister der öffentlichen Arbeiten schon im April dieses Jahres erlassen, doch werden sie erst jetzt im Centralblatt der Bauverwaltung veröffentlicht. Für die Arbeiter von Breslau und Umgegend sind die Bestimmungen insoweit von großer Wichtigkeit, als bekanntlich der größte Teil der Arbeiten für den neuen Schiffahrts- und Flusskanal durch den Strombausitus in eigener Regie ausgeführt werden, wobei leider festgesetzt werden muß, daß die einzelnen Streckenbauleitungen mit Vorliebe nur auswärtige Leute einstellen. Die Bestimmungen lauten:

1. Sie nur für eine nach ihrer Natur oder ihrem Ablauf vorübergehende Beschäftigung angenommen werden, während ihnen beim Eintritt Eröffnung zu machen ist, von der ehemaligen Stelle jederzeit wieder entlassen werden.

2. Im übrigen kann das Dienstverhältnis der für eine dauernde Beschäftigung angenommenen, sofern für einen einzelnen Fall ausnahmsweise nichts anderes vereinbart ist, während der ersten vier Wochen von beiden Seiten jederzeit sofort, nach dieser Zeit unter Einhaltung einer Fristabdingungsfrist von vierzehn Tagen gelöst werden.

3. Werden andere Fristabdingungsfristen vereinbart, so müssen sie für beide Seiten gleich sein.

4. Den Arbeitern ist anzugeben, wer die Fristabdingung zur Entlassung mit oder ohne Auflösung hat.

5. Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Einhaltung einer Fristabdingungsfrist kann ein Arbeiter entlassen werden, wenn ein richtiger Grund im Sinne des § 618 B. G. B. vorliegt und erhebliche Nachteile und Gefahren für den Dienst mit dem Richtgebrauch des Rechts verbunden sind. In diesen Fällen ist die sofortige Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die zugrunde liegenden Tatsachen den Vorgesetzten oder deren Vertretern länger als eine Woche bekannt sind.

6. Dem Arbeiter, dem eine staatselige Wohnung vermietet ist, soll im Falle der Fristabdingungsfrist Entlassung unter allen Umständen innerhalb einer Frist zu Aufführung gegeben und jede unwillige Härte dabei verhindert werden.

7. Bei einer sofortigen Entlassung, die später als unbegründet bezeichnet ist, wird dem Arbeiter für die Dauer der Fristabdingungsfrist der vertragsmäßige Lohn nachgezahlt, sofern er während derselben nicht anderweitig Lohn verdient hat.

8. Vor der Entlassung ist dem Arbeiter Gelegenheit zu geben, sich zu Protokoll zu erklären, und es ist der Arbeitstand, soweit notwendig, durch Zeugen und andere Beweiserhebung schriftlich festzustellen.

9. Die vorliegenden Bestimmungen sind den Arbeitern bekannt zu geben.

Teilweise flingen diese Vorschriften ja sehr schön, doch können sie an der bringenden Forderung der Arbeiter nichts ändern: höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Gerade im Wasserbau liegen die Lohns- und Arbeitsbedingungen noch sehr daneben.

* Gesundheitsbericht. In der Woche vom 7. bis 18. Juni sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 78 Kinder geboren worden. In der Vorwoche wurden 280 Kinder geboren; davon waren 217 männlich, 63 weiblich, 271 lebendgeboren (182 m., 189 w.), 9 totgeboren (5 m., 4 w.). Mit den 2 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 171 Sterbefälle (91 m., 80 w.), darunter 18 Selbstmorde waren 88 unter

Die „Wohlfahrtsseinrichtung“.

Unsere großen Industriellen bauen Werkhäuser, errichten Werkstätten, geben ihren Arbeitern Schrebergärten zu billiger Pacht und machen sonstwie in „Sozialer“ Wohlfahrt, alles natürlich aus gulem Herzen, aus Liebe zu den Arbeitern.

So sagen sie wenigstens. Wie es aber in Wirklichkeit mit dem guten Herzen der Unternehmer und ihren edlen Absichten aussteht, das zeigt uns die Direktion der Linke-Hofmann-Werke recht deutlich. Sie verpachtete ihren Arbeitern ebenfalls aus „reiner Wohlthätigkeit“ Gartenland. Die Pächter mussten sich dabei auf einem gedruckten Vertrag verpflichten, der unter anderem Fußangeln auch folgenden schönen Absatz enthält:

Durch das Ausscheiden aus den Diensten der L.-H.-W. wird auch der Pachtvertrag und zwar mit Wirkung für den Schluss des bestehenden Kalender zweitelsjahrs aufgelöst. Erfolgt seitens der L.-H.-W. eine Entlassung auf Grund des § 10 der Arbeitsordnung vom 2. Januar 1913, so wird der Pachtvertrag sofort ohne Einhaltung einer Frist ungültig, ohne daß der Pächter Entstättung seines im voraus gezahlten Pachtzinses, sowie seiner Auswendung an den verlangen kann. Bei wiederholten Verstößen gegen die Gartenordnung, sowie bei erheblicher Unverträglichkeit ist die Firma berechtigt, den Vertrag einseitig mit einer Frist von acht Tagen zu kündigen.

Nun sind durch die Lohnbewegung in den Werklen auch eine Menge Schrebergärtner betroffen. Gegen sie geht man jetzt zu einer Art vor, die sehr bezeichnend ist für das „warmes Herz“ der Werksleitung, das Herr Echambacq auf der Generalversammlung der Aktiengesellschaft nicht genug zumahlen konnte. Den Ausspecken wurde durchaus nichts davon verraten, daß die Firma die Absicht habe, sie aus den Gärten zu weisen. Noch am 28. März, also nachdem sie schon längst aus der Firma ausgeschieden waren, schickte sie den Gartenpächtern dieses Schreiben:

Breslau, den 28. März 1914.

Herrn

Ele haben die Pacht für den Schrebergarten Nr. für das Jahr 1914 noch nicht gezahlt. Wir fragen deshalb an, ob Sie den Gärten zu behalten wünschen. In diesem Falle wollen Sie die Pacht in den nächsten Tagen an unserer Kasse zahlen.

Linke-Hofmann-Werke,
Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagen-,
Motor- und Maschinenbau.

Die Hauptrasse.

Die Zahlung der Pacht zog sich bis in den Juni hin. Nun nahm die Firma das Geld und bestätigte den Entzug durch folgende Quittung:

Quittung. Mark auch.... Pfg.

Herrn als Pacht für Schrebergarten Nr. für 1914 haben wir erhalten.
Breslau, den 20. März 1914.

Linke-Hofmann-Werke,
Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagen-,
Motor- und Maschinenbau.

Volks-

DL.

Erst als die armen Leute die ganze Pacht für 1914 bezahlt hatten, folgte sich das „gute Herz“ der Werksleitung in ferner ganzen Schönheit. Plötzlich erschien die Pächter dieses Schreiben:

Bb.

Rückzug der Schrebergärtner.

Herrn

hier.

F. P.

Nachdem Sie aus unseren Diensten ausgeschieden sind, wollen Sie mit Ende dieses Quartals, das ist am 30. Juni, den von Ihnen gepachteten Garten Nr. räumen. (Siehe § 4 der Pachtbedingungen.) Der Garten ist spätestens am 1. Juli d. J. dem Vorstand unseres Baubureaus, Herrn Regierungsbaurmeister Felsch, zu übergeben. Da das Pachtverhältnis Ende Juni abläuft, wird Ihnen die überschüssige Pacht und etwaige Entschädigung für Ihre Anpflanzungen, und Auspflanzungen, nach Abzahlung des Baubureaus, nach dem 1. Juli an der Kasse, gegen Anweisung des Herrn Reg.-Baurmeister Felsch, ausgezahlt werden.

Linke-Hofmann-Werke,
Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagen-,
Motor- und Maschinenbau.

(Unterschriften unleserlich.)

Das ist der Segen der Wohlfahrtsseinrichtungen. Den Arbeitern, die nicht nach der Pfeife des Herrn Eichberg tanzen wollen, verschließt man einfach die Pforten des Linke-Hofmann-Paradieses. Aber erst nimmt man ihnen die ganze Pacht für das laufende Jahr ab. Damit dürfte Eichberg allerdings wieder einen gebiegen Schwabenstreit verübt haben; denn die Breslauer Gerichte werden ihm bald klar machen, daß in Preußen andere Rechtsbegiffe gelten als in Galizien.

*

Daß die arbeiterfeindliche Presse alles versucht, die Ausgesperrten in ein möglichst schlechtes Licht zu sehen, ist natürlich. Den Vogel aber schlägt darin, wie ja nicht anders zu erwarten, die „Schlesische Morgenzeitung“ ab. Sie berichtet am Sonnabend, den 20. Juni, folgende grausliche Mordgeschichte:

Ausschreitungen gegen Arbeitswillige

der Linke-Hofmann-Werke.

Der verhaltene Unmut der Streikenden und Ausgesperrten von Linke-Hofmann macht sich jetzt, nachdem die Aussicht auf Wiedereinführung mehr und mehr schwäche, in Ausschreitungen gegen Arbeitswillige bemerkbar, anstatt sich gegen die Urheber der Arbeitslosigkeit, die Streikheiter, zu wenden. In der Bergstraße wurde am 15. Juni, abends, auf Arbeitswillige gesoffen und eine Fensterseite zertrümmert. Am 16. Juni abends brannten Streikende in einer Wohnung ein und verbrannten von der Witterung ausgängig zu dem Logis eines Arbeitswilligen. Da sich die Witterung weiterte, wurde das Haus von Feuerwehr förmlich umstellt. Auf erfolgte Anzeige schaffte die Polizei Ordnung. Es ist sehr bedauerlich, daß nach so schweren Folgen führen, daß irregeleitete Arbeiter in ihrem blinden Hass nur zu solch schändlicher Handlungswelt hinzutreten lassen.

Wir würden diese alberne Beschimpfung der ehrlichen Arbeiter garnicht dulden, weil wir die Wahretheitsliebe der „Schlesischen Morgenzeitung“ gründlich kennen. Weil sie aber möglicherweise doch bei arbeiterfeindlichen Blättern Glauben findet, sei hier folgendes festgestellt:

Noch wie ist von den Ausgesperrten auf Arbeitswillige geschossen worden. Die Wiedergabe unserer guten Freunde ist also falsch. Riemals ist ein Streikender in eine Wohnung eingedrungen, um von der Witterung zurück zum Logis eines Arbeitswilligen zu erlangen. Das ist die zweite große Unwahrheit auf ein Dutzend Trügerzellen. Man muß sagen, reichlich viel. Aber von der „Schlesischen Morgenzeitung“ sind wir schon farben Rabal gewöhnt. Nur warnen wir jede anständige Zeitung vor Weiterverbreitung solcher Zeiharmoschiken, die einen ehrlichen Journalisten nur blamieren können. Den schweren Morallehner am Schluß ihrer Erde kann sich das

große Blättchen übrig sparen. Die Arbeiter kennen ihre Pappenheimer auch.

Vom Ostmarkenzug.

Von der zweiten Etappe, der etwa 600 Kilometer langen Strecke Posen-Königsberg, mit einer halbstündigen Zwischenstation in Graudenz, liegen folgende Meldungen vor:

Zu Graudenz trafen ein: v. Freiberg (6 Uhr 16 Min. 20 Sek.), Lüneburg (6 Uhr 19 Min. 50 Sek.), Enger (6 Uhr 21 Min. 2 Sek.), Gans (6 Uhr 21 Min. 30 Sek.), Schülter (6 Uhr 22 Min. 45 Sek.), Hörner (außer Konkurrenz) (6 Uhr 20 Min. 8 Sek.), Behrens (6 Uhr 23 Min. 32 Sek.), Dönger (6 Uhr 23 Min. 30 Sek.), Edelmayer (6 Uhr 23 Min. 35 Sek.), Grunewald (6 Uhr 23 Min. 40 Sek.), Funke (außer Konkurrenz) (6 Uhr 23 Min. 1 Sek.), Parshau (6 Uhr 23 Min. 50 Sek.), Schäfer (6 Uhr 24 Min. 50 Sek.), Tornach (6 Uhr 24 Min. 7 Sek.), Reichert (6 Uhr 24 Min. 47 Sek.), von Höhdestein (außer Konkurrenz) (6 Uhr 25 Min. 15 Sek.), Steindorf (6 Uhr 25 Min. 18 Sek.), Linde (6 Uhr 27 Min. 10 Sek.), Gramm (6 Uhr 28 Min. 25 Sek.), Schüller (6 Uhr 28 Min. 20 Sek.), v. Karsfeld (6 Uhr 27 Min. 5 Sek.), Steffen (6 Uhr 28 Min. 12 Sek.).

v. Karsfeld ist nur bis Bromberg gekommen, wo er wegen eines Motorbeschadens landen mußte. — Die Kontrollstation Deutsch-Eylau postierten von $\frac{7}{8}$ bis 9 Uhr 25 Flieger. Lübeck mußte in der Nähe von Lübeck wegen Motorbeschadens niedergehen. Das Flugzeug wurde abmontiert.

Suren, der mit seinem Apparat abends aufgestiegen war, nahm 9 Kilometer von Insterburg eine neue Landung vor. Stießbauer, der noch in Posen ist, schied aus. Suren, der bei Insterburg Motordefekt hatte, startet Dienstag früh.

Nach Angabe der Oberleitung kamen die Flieger in Stettin abends in folgender Reihenfolge an: 1. Gans, 9,50,45 Uhr; 2. Schüler, 9,56,28; 3. Enger, 10,6,26; 4. v. Freiberg, 10,9,5; 5. Edelmayer, 10,14,41; 6. Schüller, 10,16,6; 7. Tornach, 10,16,51; 8. Parshau, 10,22,29; 9. Dönger, 10,30,47; 10. Vanger, 10,30,51; 11. Behrens, 10,47,13; 12. Steffen, 10,54,56; 13. Steindorf, 10,59,47; 14. Linde, 11,15,25; 15. v. Karsfeld, 11,39,7; 16. Gramm, 11,50,51; 17. Tornach, 11,51,37; 18. Grunewald, 12,20,51; 19. Reichert, 12,30,20; 20. Schäfer, 8,32 Uhr abends; außer Konkurrenz v. Höhdestein, 9,56,43 Uhr. Es fehlen: Dörrma, Suren und Stießbauer.

Von Posen aus bestiegen sich noch mehrere Flieger, die aber außer Konkurrenz flogen. Sowohl Nachrichten vorliegen, verlor auch die zweite Etappe ohne ernsthafte Unfälle für die Flieger.

* Der Schuhmannsjäbel. In der „Bresl. Morgen-Zeitung“ lesen wir folgende Zeilen: „Als gestern abend ein Schuhmann an der Ecke der Sternstraße und Brüderstrasse die Personalien eines fliegenden Gemüsehändlers, der gegen politische Vorschriften verstößen hatte, feststellen wollte, sammelte sich eine riesige Menschenmenge an, die gegen den Schuhmann Partei ergriff. Als dieser den Säbel zog, luden halbwüchsige Jungen ihm die Waffe zu entwenden, wobei sie sich an der scharfen Schneide heftig blutende Wunden zu zogen. Auch der Schuhmann trug Verletzungen davon. Der Gemüsehändler benutzte die Verwirrung, um sich mit seinem Wagen in toller Flucht in Sicherheit zu bringen. Inzwischen war aber die benachbarte Polizeiwache in der Adalbertstraße benachrichtigt worden, von wo aus ein größeres Schuhmannsaufgebot auf den Kampfplatz und in die nächstgelegenen Straßen eilte. Es gelang ihnen, den Wagen des Gemüsehändlers zu stellen, wobei es abermals zu einem Handgemenge kam. Der Händler wurde schließlich überwältigt. Eine Verleihung waren so schwer, daß er auf seinem eigenen Wagen zum St. Joannis-Krankenhaus gebracht wurde. Auch der Schuhmann mußte das Krankenhaus aufsuchen.“

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Gemüsehändler zuerst den Schuhmann angegriffen und zu Boden geschlagen. Dann erst zog der Schuhmann blank, schlug aber nicht. Aus der Menge, die sich selbstverständlich sofort ansammelte, hat sich niemand gegen den Schuhmann gewendet. Der Gemüsehändler war anschließend angetrieben und darüber aufgeregt, daß ihm der Schuhmann ins Gesicht gesagt hatte, er setzte auf dem Bock und schlafe.

* Die Aktionäre von Ohles Erben in Berlin waren am Montag versammelt, um sich über die nötigen Schritte klar zu werden. Bankier Mich, der die Versammlung leitete, führte nach der Breslauer Zeitung u. a. aus, die Verhältnisse werden jetzt von der Staatskommission eingehend geprüft werden. Der Staatskommissar an der Börse habe die Bücher eingezordnet, um feststellen zu können, welche Firmen vor dem Verantragsverdacht der Börsenpolizei verkaufen haben.

Der Aufsichtsrat habe sich von seiner Schuld zu entlasten versucht, und darauf verwiesen, daß vor einigen Jahren der Beschluss gefasst worden sei, der Bedarf an Binn für Zinn durch nur für einen Monat gedeckt werden und er nach diesem Beschluss seinerlei Anlaß mehr halte, sich um die Einkäufe des Zinns zu kümmern. Daß der Aufsichtsrat seine Pflicht nicht erfüllt habe, geht daraus hervon, daß er selbst bei der Ausgabe der neueren Aktien im Oktober v. J. eine Prüfung der Binnbestände vertraut hätte. Die Mitglieder des Aufsichtsrates seien daher schadenerhaftig.

Nach längerer Aussprache wählten die Aktionäre eine Kommission aus den Herren Mich, Lindberg und Reichsamt-Bank-Münz, um die vorzunehmenden Schritte einzuleiten. Die Kommission soll mit der Breslauer Vereinigung gemeinsam arbeiten.

* Erdgasflüssigkeiten. Am Sonntag hat die Polizei eine Befriedungsstau und ihren Sohn festgenommen, denen es gelungen war, durch Vorstiegeln einer in Aussicht stehenden Erdgasleitung 6150 Mark zu erschwinden. Sie gaben an, in Amerika sei ihnen eine Erdgasleitung von 254 000 Mark zugeschafft; zu ihrer Erhebung hätten sie erhebliche Kostenporschüsse zu leisten und zu diesen angeblichen Vorstiegeln erschwendeten sie sich das Geld. Man erfuhr daraus, der Betrag der spanischen Erdgasflüssigkeiten findet Nachahmung und es gibt noch immer Leute, die auf solche Beträgen hineinfallen.

* Extrakte ist am Sonntag nachmittag ein 12-jähriger Schulknabe von der Posener Straße, der mit Spielgenossen in der Oder an den Militärsiedlungen an unerlaubter Stelle待ete. Er geriet in den Strudel, wurde fortgerissen und konnte nicht mehr gerettet werden. Seine Leiche ist bisher noch nicht geborgen. — Am Sonntag abend ist ein unbekannter Mann, der zwischen der Landstraße und dem Altehellenen-Hospital durch die Oder schwamm, plötzlich untergegangen und ertrunken. Auch seine Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden.

* Schwere Zusammenstöße. Am Sonnabend nachmittag stießen auf der Straßenkreuzung Tauenhainstraße und Taschenstraße zwei Straßenbahnlinien so stark gegeneinander, daß ein Motorwagen aus dem Gleis sprang. Der Führer des Motorwagens wurde durch Gleisplatten an den Händen verletzt. Die übrigen Fahrgäste kamen mit dem bloßen Schreden davon.

* Ein gewerkschaftiger Radist ist gefangen. Dieser Tage gegen 10 Uhr einen ehemaligen Arbeiter dingfest zu machen, der seit gestrigen Zeit Radfahrt ausgeübt hat. In seiner Wohnung war ein ganzes Lager der verschiedensten Waren, die er verarbeitet ließ, um sie dann als reisende Händler in der Provinz abzuwickeln.

* Sizürke. Am 19. Juni, vormittag, ist in die verschlossene Wohnung einer Witwe auf der Lehngutstraße eingedrungen, um sie gegen die Lehmzubehörstraße einzuschließen. Der Dieb hat einen brauenen Ledergeldbeutel mit 42 M. gestohlen. — In das Geschäftsräume eines Fleischmeisters auf der Lehngutstraße ist am Sonntag nachmittag ein Dieb eingebrochen und hat 125 M. gestohlen.

Neueste Nachrichten.

Der Trimborn — Wielich.

Böhl, 28. Juni. In einer in Königsberg veranstalteten Zentrumssitzung erklärte Reichsstaatsburg verantwortlicher Trimborn mit Bezug auf die Vorgänge bei der Schiegeordneten Trimborn es könnte nicht so weiter gehen. Die Regierung des Reichstages müßten sich aufstellen, und die Regierungserklärungen beim Tagungsbeginn einen Arbeitsplan vorlegen, der durch Sitzungen in den nächsten Tagen der bürgerlichen Arbeit gegenübergestellt werden müsse. Vor allem habe die Regierung in selbiger Arbeit gegen die Sozialdemokratie kraftvoll die Führung zu übernehmen.

Das Elend der griechischen Flüchtlinge.

London, 28. Juni. Die „Daily Mail“ erhielt von ihrem Sonderberichterstatter Dr. Dillon aus Chios folgende Nachrichten: Wir sind gestern mit dem Minister des Innern in Chios angekommen, um mit den griechischen Flüchtlingen aus Asien zu verhandeln. Der große Platz, der sich vor dem Gebäude der Präfektur befindet, war direkt besetzt mit Priestern, Frauen, Handwerkern, Kindern und anderen. Die Menge rief: „Nicht der König! Doch Venizelos! Nieder mit der Tüte!“ Der Minister empfing die Abgeordneten der Flüchtlinge, deren Wortsinn mit einfachen, aber erschütternden Worten die Leiden schilderte, die die Griechen durchzumachen hatten. Der Bericht endete allgemein, selbst die Offiziere. Auf der Insel Chios befinden sich augenblicklich über 18 000 Flüchtlinge. Die Delegierten flüchtlinge erklärten auf eine diesbezügliche Frage des Ministers, daß alle den Wunsch haben, wieder in ihr Heimat zu zurückkehren. Das schwierigste Problem ist jedoch, der riesigen Zahl von Flüchtlingen Beschäftigung zu geben, um der großen Not abzuholen. Die griechische Regierung hat für jeden Flüchtling 50 Centimes als Unterstützung bewilligt und weitere 25 Centimes für jedes Kind. Das Elend unter den geflohenen Griechen ist sehr groß. Die meisten von ihnen müssen unter freiem Himmel übernachten. 4000 Flüchtlinge befinden sich auf der völlig unbewohnten Insel Rhinouli, wo sie dem Hunger ausgesetzt sind.

In Griechenland selbst sieht es allerdings elend genug aus. Gott rust das Volk nicht mehr: „Es lebe der König!“

Ein Geschenk von Russland.

Betrieb, 23. Juni. Im heiligen Landkreis wurden, wie bereits gemeldet, mehrere Fälle von schwärzigen Pocken festgestellt. Die Seuche wurde von einem russischen Landarbeiter eingeschleppt, der hier Aufnahme fand. Eine jüngere Krankenschwester und zwei Männer sind, wie jetzt feststeht, der Seuche erlegen. Das gesamte dritte Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 55 wurde geimpft.

Das Vieh der Ukrainer genießt weitreichende Schutz vor Seucheneinführung. Menschenleichen aber können aus Russland ungehindert eingeschleppt werden, wenn die Ukrainer nur willige Arbeitskräfte haben.

Sie müssen ihn behalten.

Bazago, 23. Juni. Nachdem ein zweitägiger Wassersturm mit den Russischen abgeschlossen worden ist, scheint ein Teil von ihnen jetzt zur heimungslosen Unterwerfung bereit zu sein, da sie wissen, daß bei einem neuerlichen Angriff die Kräfte der Großmacht einzutreten würden. Mit den Südkräften am Semeni und den Nordkräften bei Slinzig ist die Verbindung hergestellt. Das Offizierkorps des hier eingetroffenen deutschen Kreuzers „Breslau“ wurde gestern nachmittag vom Fürsten empfangen.

Malatesta in Sicherheit.

Mailand, 23. Juni. Der Anarchist Enrico Malatesta, den die Regierung für die blutige Lage von Ancona verantwortlich macht, wird seit mehreren Tagen von der Polizei gesucht. Es war ihm aber gelungen, Ancona zu verlassen, und man wußte nicht, wo er sich befand. Jetzt erfährt man, daß Malatesta in die kleine Republik San Marino in Mittelitalien geflüchtet ist. Dort wohnt er bei einem Freund und wartet einen günstigen Augenblick ab, um ins Ausland zu flüchten. Die Gelegenheit, welche die Beziehungen der einzigen Republik zu Italien regeln, erlauben der italienischen Regierung nicht, die Auslieferung von Malatesta zu verlangen.

Unwetter in Russland.

Obessa, 23. Juni. Ein Orkan, von gewaltigen Wollenbrüchen und Hagelstürmen begleitet, verursachte in den Gouvernementen Tscherson, Kiew,

Alkoholfreies Speisehaus.

Pomona, Sennala-Dose, Vole
Penale Dose, Banjo
Kaffee, 14.1.2., 5941

Alkoholfreie Getränke.

= Bilz-Sinalco =
Herrn Brauerei, Brauerei.
Glandbrauerei, Wohlstrasse 123, Ullina.
Sopka, A., Salzg. 12 (Brauen).
Blaub., Mag., Olzstraße 26.
Thomas Brause, Huberstr. 84.

Bäckereien und Konditoreien

Weder, August, Wielandstraße 5.
Frolich, Carl, Oderstraße 29.
Goule, Emil, Brühlstraße 94.
Hellmann, Wl., Postenstraße 4.
Reim, Wilhelm, Wiednerstraße 46.
Krause, Julius, Wiedner, 24 (ar. Mart.).
Röhl, G. St., Wl. in Wiedner, Wiednerstr. 19.
Lohm, Theodor, Blücherstr. 21 (ar. Mart.).
Menzel, Wl., Wiednerstraße 9.
Vonle, Th., Reichenbachstraße 59.
Witter, Otto, Postenstr. 22.
Schmidt, Max, Margaretenstr. 15.
Graebel, Karl, Wiedner, 23.
Weil, Wilhelm, Reichstr. 22, neu übern.
Rieger, Paul, Fleinauerstraße 8.

Badeanstalten.

Wiedner, Paul, Neue Seite 14.

Badezähne.

Hellmann, Wl., Leopoldstr. 178, 50. St.

Bandagisten

Rudel, Karl, Gartenstr. 64, Tel. 1614.

Rein, John, Schuhdeich 17/18.

Betten u. Bettfedern.

Weder, G., Superfeinmöbel, 4. St., II., III.

Cahn, Max, Rüstermöbelstr. 19.

Geschw. Kraut, Anderssenstrasse 2.

Tischler, G., Brotzauerstr. 7A, 14.

Betten- u. Bettfedern-Reinigung.

Eitling, A., Riederstr. 2, Ede Gartenstr.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Blauer Adler, Schuhstraße 57, Tel. 6. Rahn.

Heile-Bier, versch. Adres.

Brauerei Sacrau, C. M.

Brauerei „Zum Nussbaum“

Hafer, G., Genossenschaft in b. H.

Graebel, W., Willmanstraße 14.

Genossenf.-Kraefer, Schenkestr.

Grauer, Paul, Reichsstr. 64, T. Dunkirk.

Hopf & Görlke Feilbier-

Witt, Bier, Reichenbachstraße 45.

Karr, Josef, Oberstrasse 2.

M. Leidendeck, Wl., Leidendeckstraße 2.

Rein, A., Friedr. Wilhelmstr. 96.

Perlenfeier Brauerei Cefen, Olpib., Post.

Memel, A., Aufseßstraße 5 6.

Witt, Paul, Wielstr. 58.

Gödel, Franz, Jr., Lubinstraße 76.

Gögel, G., Feuerstraße 29.

Wiesner, F. W., Brauerei, Neumarkt.

Reichsfeier-Gäblerstr. 131, Torggl, Süde.

Bier-Apparate, Kohlensäure.

Schumann, Wl., Leopoldplatz 11.

Gölsdorff, Paul, Schmiedestr. 59.

Billard-Fabriken

Keiser-Gade, Ohlauerstr.

Str. 42.

Blumenhandlung.

Sege's Blumenhandlung, Altenstr. 59.

Bügel- und Reparatur-Anstalt

Etsch, Fab., Wielstr. 16, Tel. 3704.

Bürsten-Fabriken

Wichter, Altenstr. 31, grüne u. rete Wl.

Göpner, Al., Cerealschiff 1, Han-

delungsbüro, Gräßlstraße 14, part.

Zornig, Eduard, Wielstrasse 58.

Café

Cafe Germania, Wielstrasse 53a, Ede Olle.

Cafe Feilbier, Bärenstraße 21.

Reichenbach-Cafe, Wielstrasse 58.

Cafe-Salzg., Ring, Altenstr. 6.

Cafe Bitter, Ede, Wielstr. 65.

Carnavals-Artikel, Nackenverleihung.

W. und O. C. Schuh (Germany)

Theaterkostüme Masken-Versuchau

Kohlentstr. 14.

Damen-Konfektion

Wöhner, Welschenz, Schmiedestr. 42.

Drogen und Farben

W. Sch., Wielstrasse 121, Welschenz, El.

Magnat-Drogerie, Wielstrasse 22.

W. Magnat-Drogerie, Wielstrasse 47, G. G. G.

Drogerie-Silva-Diana-Drogerie, Altenstr.

Gödel, Carl, Reichsstrasse 24, Tel. 6298.

Wolff, Wl., Wielstrasse 18.

Hoch, G., und Hochartefit. Höglitz.

Gödel, Ernst, Reichsstr. 31, Tel. 12881.

Reichsfeier-Drogerie, Wielstr. 68/70, 14.12.

W. Reichsfeier-Drogerie, Wielstrasse 22.

W. Reichsfeier-Drogerie, Riederstr. 41.

Reichsfeier-Drogerie, Bärenstraße 25.

Wolff, Eduard, Bergstrasse 15.

Wolff, G., Reichsfeier 104.

Wolff, Eduard, Reichsfeierstraße 16.

</

9. Deutscher Gewerkschaftskongress.

München, 22. Juni 1914.

Im größten Saale Münchens, im Kindl-Keller, begannen heute (Montag) vormittag die Verhandlungen des 9. Deutschen Gewerkschaftskongresses. Von der Präsidententribüne gegenübersitzenden Gangway des Saales, der reich geschmückt ist, blieb das umflossene Bild August Bebels hernieder. Einzelne an den Holzjalousien des Saales zeigten den gewaltigen Aufschwung der Gewerkschaften in der Hauptstadt Bayerns. Am 30. Lang und Querstufen lagen die Vertreter der deutschen Gewerkschaften: in der Mitte die Vertreter der beiden größten Verbände, der Metallarbeiter und Holzarbeiter, daran rechts und links anschließend die übrigen Verbände. Den Vertretern der ausländischen Gewerkschaften, dem alten Genossen Hermann Grönlich-Büttel, Daniel London, Gräfin Wald und Beer aus Wien und dem Vorsitzenden der Gesellschaft für soziale Reform, Professor Francke Berlin, sind Ehrenplätze eingeräumt. Vom Parteivorstand ist Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz Ebert anwesend. — Reichstagsabg. Genosse Legion eröffnet namens der Generalkommission den Kongress mit folgenden Begrüßungsworten: Zum ersten Male ist ein Vertreter der englischen Gewerkschaften, Genosse David aus London anwesend. Sein Besuch ist eine Erwiderung auf unseren vorjährigen Besuch in England. Diese gegenseitigen Besuche sind der Ausdruck der Friedensliebe der Arbeiterbewegungen der beiden Länder. Wir schlossen unseres Dresdener Gewerkschaftskongress vor drei Jahren unter den günstigsten Ausichten. Diese unsere Hoffnungen haben uns leider getäuscht. Wir bestehen immer noch nicht die uns geistlich austehenden Rechte. Die neu eingeschlagene Krise hat unsere Kräfte auf äußerste Anspannung, so daß unsere Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung im letzten Jahre sich verdoppelt haben, sie betragen 13 Millionen Mark. (Hört, hört!) Hinzu kam eine außergewöhnliche Pege gegen die Gewerkschaften, die ihren Ausdruck in dem Rufe: „Schuh der Arbeiterschwäche“ fand. Trotz allem haben wir ganz enorme Fortschritte gemacht. Aus dem diesjährigen Kongress sind über 2½ Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften vertreten, zirka 280.000 mehr als in Dresden. Der Zuverlust des letzten Jahres beträgt 31.000. So können wir unsere Verhandlungen in der Voraussicht beginnen, daß sie die innere Festigung und den Ausbau der Organisation weiter fördern werden. Unsere allgemeine Situation gleicht zur Zeit der von 1890. Damals drohte man uns unter dem Buchthausurteil, alle Mittel gegen die Gewerkschaften anzuwenden. Damals erklärten wir bei der Eröffnung des Frankfurter Kongresses: Wir fürchten einen Zuchthausurteil nicht, aber wir müssen auch nicht im Interesse der Gewerkschaften kämpfen. Heute gilt dasselbe bezüglich der Vorbereitung eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitswilligen. Dabei wäre es doch wahrscheinlich nötiger, die Streikenden vor den Ausschreitungen der Streikbrecher zu schützen. Allen Leid und Serschleiden gegenüber müssen und werden wir die alte Einigkeit bewahren. Dazu wird auch die Lust des alten gemütlischen Münchens beitragen. (Heitere Zustimmung.) Deshalb vorwärts, den Arbeitern zum Schutz, dem Unternehmer zum Truh! (Stürmischer Beifall.) — Namens der Münchener Gewerkschaften begrüßt Landtagsabgeordneter Genosse Eim im die Gäste und Delegierten, der einen Überblick über die Arbeiterbewegung Münchens (Gewerkschaften, Genossenschaften) gibt.

Als Vorsitzende werden gewählt: Legion, Schlichte und Leipart, als Schriftführer: Diermeier-München, Becker-Böhm, Heckler-Chemnitz, Mallini-Berlin, Dreher-Berlin (Transportarbeiter), Saal-Hannover. Die vorgeschlagene Geschäftsführung wird angenommen und beschlossen, von 9 bis 4 Uhr zu tagen. Unter Aussichtnahme und Ablehnung aller zur Tagesordnung gestellten Anträge wird die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt. Appleton-London überbringt die seelenschätzlichen Grüße der britischen Arbeiter, die vor der nationalen Verschiedenartigkeiten der beiden Länder den gleichen Kampf für das Wohl des Volkes führen. Die Kan-Christiansia meint darauf hin, daß die standhaftischen Gewerkschaften die Schüler der deutschen seien, und daß sich die Unternehmens Norwegens, Schwedens und Dänemarks zu einer gemeinsamen Organisation und Streikversicherung zusammengeschlossen hätten, sodaß ihr gewerkschaftlicher Kampf ein besonders schneller geworden sei. Grünwald-Wien spricht namens der Vertreter Österreichs, Ungarns und der Schweiz: Die Gewerkschaften, die ich vertrete, wurden vorwärts gebracht durch deutsche Geist und deutsche Organisationskraft. Die österreichische Gemüthsfeier ist schon längst dem nächsten Klassenkampf der Unternehmer gewichen. Trotz der Balkansfeier haben die österreichischen Gewerkschaften nur 5000 von 420 000 Mit-

Geschichtskalender.

24. Juni:

1905 Matrosenrevolte auf dem russischen Panzerschiff „Potemkin“ in Odessa.
1909 Der Reichstag lehnt die Erbschaftssteuer ab.

Aus aller Welt.

Zum Tode Bertha von Suttner. Die Leiche Bertha von Suttner wird in Gotha verbrannt. Die Verstorbene hat jede Feier und jede Trauzeit, jede geistliche Mitwirkung testamentarisch abgelehnt. Die Asche soll in der Urnenhalle in Gotha aufbewahrt werden.

Die Flugwoche in Wien. Auf dem Flugplatz Aspern bei Wien begann Sonntag die internationale Flugwoche mit Preisen in einer Gesamthöhe von 131.000 Kronen. Aus Deutschland beteiligen sich Stößler, Ingold, Stiplochek, Hellmuth Hirth und Heinrich Schulz. In der Dauerkonkurrenz wurde Ingold Erster. Einen neuen Höhenrekord für den Flug mit drei Passagieren stellte Oberleutnant Bier auf, der 4100 Meter erreichte.

Der beliebte Zugzeugenbau. Der Reichsduma ist ein von 140 Abgeordneten unterzeichnete Gesuchsantrag zugänglich, dem Ingenieur Sikorski, dem Erfinder und Erbauer des Aeroplans „Alia Muremex“, eine Prämie von 100.000 Rubeln zu bewilligen.

Deutsche Einheitsenzyklopädie. Der Sachverständigen-Ausschuss zur Schaffung einer deutschen Einheitsenzyklopädie, in dem neun Enzyklopädische Schulen vertreten sind, hat am 20. und 21. Juni im preußischen Wilmersdorf getagt. Der vom eingelieferten Unterausschuss vorgelegte Entwurf wurde nach eingehendster Beratung in seinen Grundlagen einstimmig angenommen und die Vorlage mit den von ihm beschlossenen Änderungen dem Unterausschuss zur Überarbeitung übertragen.

Gebildete Langfinger. Die Ausstellungsleitung der „Augra“ in Leipzig bringt folgende Warnung zur allgemeinen Kenntnis, die man nur auf das freudigste begrüßen kann: „Es ist leider häufig vorgekommen, daß in den Ausstellungshallen wertvolle Objekte, die auf Tischen ausgestellt oder in Regalen standen, von gewissenlosen Besuchern mitgenommen in worden sind. Viele Aussteller, denen es unsympathisch war, Bücher an Stellen zu befestigen oder sie anzubinden, haben sich auf das Maßnahmefest des Publikums verlassen und ihre Werke lose ausgelegt und sind auf diese Weise zum Teil nicht unerheblich gefährdet worden. Unter den gestohlenen Büchern sind auch solche, die literar-historische, ästhetische oder

gliedern verloren. Wir danken das dem von Ihnen uns überkommenen Gesetz, von dem dieser Kongress neue Wege weist möge.“ (Beifall). — Dr. August Müller-Hamburg als Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine weist auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften hin, die durch die Errichtung der „Volkssüfforje“ noch eng geworden seien. Wir beiden arbeiten auch an dem Blüten derjenigen Volkschichten, die noch auf der Seite leben. Das Ziel unserer beiden Bewegungen ist, eine bessere und gerechtere Verteilung des Ertrages der nationalen Arbeit herbeizuführen. (Beifall.)

Den Bericht der Generalkommission erstattet Legion: Der Polizeipräsident von Berlin hat die

Politische Erklärung

unter anderem damit begründet, daß die Generalkommision das „Correspondenzblatt“ herausgibt, worin politische Artikel erscheinen seien, daß die Generalkommision Eingaben an den Reichstag gemacht hat, daß sie mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei gemeinsame Standesgründungen veranlaßt habe, und daß sie mit ihm gemeinsam die Agitation bei Einbringung des Vortrags über die Gewerbeordnung, das Reichsvereinigte, die Reichsversicherungsordnung getrieben hat, und endlich die internationale Arbeitsverschaffung und Kongresse durch Delegierte besucht hat. Wäre diese Begründung richtig, dann müßten doch noch Recht und Gerechtigkeit alle uns ausgeschlossenen Organisationen für politisch erklärt werden und nicht diejenigen, die es besonders uns geschlossen hat. Es ist gar nicht der Zweck der Generalkommision und der hier ausgeschlossenen Organisationen, politische Angelegenheiten zu erörtern, sondern ihr Zweck ist, durch die Vermittelung der gewerkschaftlichen Ideen die gesamte soziale unserer gewerkschaftlichen Bewegung zu fördern, sie auf gegenseitigen Unterstützungen bei wirtschaftlichen Säumnissen auszudehnen und die Arbeiterklasse vor der Verfolgung durch den Kapitalismus zu bewahren. (Sehr recht!) Die Herausgabe des „Correspondenzblattes“ ist nicht Zweck, sondern ein Mittel zum Zweck der Generalkommision. Auch die Aktionen sind eine Mittel zur Erreichung der gewerkschaftlichen Interessen, mit politischen Mitteln. (Sehr richtig!) Es kann nicht gleichzeitig eine soziale Partei, Arbeiterspartei wären, so wären sie genau so daran wie wir: es wären Verhandlungen zwischen ihnen stattzufinden. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei sind völlig getrennt voneinander. Würden wir Gewerkschaften sozialdemokratische Vereine sein wollen, dann wäre es ja unmöglich, sie mit den politischen Vereinen nicht zu vereinen. Da aber dieselben Personentreffen für die Gewerkschaften und für die sozialdemokratische Partei in Betracht kommen, so sind Verhandlungen zwischen beiden nicht, um vollständig zu sein, die sie aus dieser Gemeinsamkeit der Mitgliedschaft ergeben können, zu verhindern. Was die Beschuldigung des Internationalen Gewerkschafts- und Sozialistengesetzes anlangt, so sind auf diesem Kongress die Gewerkschaften vertreten, weil dort eine Reihe von Fragen behandelt werden, die unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse beeinflussen. Darauf zu verzichten, ist ganz unmöglich, selbst auf die Gefahr hin, daß uns daraus hinfort kein Tagow für politisch erklärt. Wir könnten übrigens auch politisch sein bis zur Erhöhung, wenn es sich nicht gerade um die Sozialdemokratie handeln würde. (Zustimmung!) Soviel man uns, politische Vereine zu sein, dann können wir ja sagen, daß wir dies auch sein wollen. Ob es unserer Gegner eine Freude machen würde, wenn wir unsere Agitationsträger in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen würden, das ist mir doch zweifelhaft. (Sehr richtig!) Wir würden damit aber auch den Interessen der Arbeiterklasse nicht dienen, denn die politische Partei hat Aufgaben anderer Art zu erfüllen als die Gewerkschaften. Der ganze Zweck der Aktion scheint ja zu sein, uns zu zwingen, die Gewerkschaften aus unseren Organisationen hinauszutreiben. Wir lassen uns aber unsere proletarische Jugend nicht nehmen, (Sturm, Zustimmung,) weder durch patriotischen Sturm, noch durch religiösen Fanatismus. Wir erziehen unsere proletarische Jugend für uns, und wir werden dazu die den gegebenen Verhältnissen angepaßte Form finden.

Alles sieht es so aus, als wenn in den Grenzstreitigkeiten trotz aller Bemühungen der Generalkommision eine Einigung unter den Gewerkschaften nicht erzielt werden kann. Das liegt schließlich nicht an dem bösen Willen der Beteiligten, aber wenn diese Frage sachlich unter dem Gesichtspunkt der Gesanktheit und nicht ausschließlich vom Standpunkt der Verbandsinteressen aus behandelt würde, dann wäre vieles besser. (Lebh. Zustimmung.) — Die Entwicklung der Industrie zwingt uns zu neuen Organisationsformen. Der

finanzielle Gebiete behandeln, so daß also bei denen, die die Werke mitgenommen haben, ein gewisser Interesse an sich zu zeigen und wissenschaftlichen Dingen und somit auch eine gewisse Bildung vorauszusehen ist. Um so schämender ist es, daß sich gerade solche Leute nicht scheuen, das Vertrauen des Verlegers zu missbrauchen und, um in den Besitz eines Buchleins zu gelangen, das für ein, zwei oder drei Mark in jedem Buchladen läufig zu haben ist, zum gemeinen Diebstahl greifen. Die Ausführer in den einzelnen Hallen sind angewiesen, von nun an besonders scharf aufzupassen und jeden, der beim Mitnehmen eines Buches gefaßt wird, unnothafte und ohne Ansehen der Person zur Anzeige zu bringen.“ — Wird so ein schöngesetziger Langfinger erwischen, dann leidet er natürlich an — Kleptomanie, wird sein Vertheidiger behaupten, wenn er angeklagt werden sollte.

Eine furchtbare Strafe. Vor dem Stolper Schwurgericht standen die Arbeiter Schlaak und Granzow aus Rüggenwalde wegen Brandstiftung. Am 6. April abends gegen 8 Uhr brannte die Scheune eines Spediteurs und etwas später die Scheune eines Ackerbürgers. Gegen 9 Uhr stand das Stallgebäude eines Kaufmanns in Flammen und etwa eine Stunde später brach auf dem Holzhof des Konsuls John Feuer aus, das aber bald gelöscht wurde. Der Schaden war nicht groß. Die Scheune soll Schlaak und den Holzhof Granzow in Brand gesetzt haben. Beide Angeklagte gehören zu den Hosenarbeitern in Rüggenwalde, die im April dieses Jahres ausgespiert waren, um sie zum Austritt aus dem Transportarbeiterverband zu zwingen. Veranlassung zu diesem Terrorismus gegen die Arbeiter war der Umstand, daß die Arbeiter eine Lohnzulage verlangt hatten. Die Angeklagten gaben bei der Vernehmung an, daß sie noch Mitglieder des Transportarbeiterverbandes sind. Nachgewiesen wurde, daß sie am Abend der Tat sehr stark betrunken waren. Die Beweisführung des Staatsanwalts war folgende: Die Angeklagten hätten sich zur Tat verabredet, was von ihnen bestreiten wurde, da sie persönlich verfeindet seien und sich schon wegen Bekleidung verklagt hätten. Die ganze Affäre sei ein Fall schwerster Sabotage, wie er in Deutschland sehr selten vorkomme. Die Schuldfrage müsse deshalb bejaht werden. Mildernde Umstände lägen nicht in Frage. Als entsprechende Sühne beantragte der Staatsanwalt gegen Schlaak sechs Jahre sechs Monate Zuchthaus, gegen Granzow vier Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht. — Das Gericht erkannte gegen Schlaak fünf Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust, gegen Granzow drei Jahre Zuchthaus und vier Jahre Ehrverlust; außerdem liegen bei e unter Polizeiaufsicht.

Das Liebesdrama von Elberfeld. Am Mittwoch voriger Woche begann vor dem Schwurgericht in Elberfeld der Prozeß gegen Fräulein Brunhilde Wilden und den Arzt Dr. Hermann Nolten, beide aus Düsseldorf. Der Eröffnungsbeschluß wirkt der am 21. November 1899 geborenen Angeklagten Wilden vor, zu Elberfeld am 16. Februar d. J. vorsätzlich den Gerichtsassessor Dr. Nettelbeck getötet und die Tat mit Übelverlegung ausgeführt zu haben. Er beglichigte den Angeklagten Nolten, die Wilden zu dem Mord anstiftet und ihn durch Tat und Tat hilfesweise geleistet zu haben. Die Angeklagte Wilden hat sich im Oktober 1913 mit dem praktischen Arzt Dr. Nolten verlobt. Vor ihrer Verlobung hat sie bereits Beziehungen zu dem Gerichtsassessor Dr. Nettelbeck unterhalten und hat diese häusliche Beziehung auch nach der Verlobung fortgesetzt. Das hat zu ernsten Missverständnissen zwischen den Verlobten einerseits, aber auch zwischen dem Angeklagten Dr. Nolten und Dr. Nettelbeck andererseits geführt. Die Angeklagte Wilden fuhr am 23. Februar von Düsseldorf, wo sie ihren Wohnsitz hat, nach Elberfeld. Sie befand sich im Besitz eines Revolvers. In Elberfeld suchte die Angeklagte den Assessor Nettelbeck in dessen Wohnung auf. Nachdem sie den Assessor verlassen hatte, wurde dieser mit einer schweren Schußverletzung aufgefunden, an deren Folgen er bald gestorben ist.

Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen. Beide Angeklagten wurden darauf freigesprochen. Ein ehemaliger Betreiber eröffnete. Unterrichtung über die Arbeitsmarktsituationsbericht, dem die Gewerkschaften ihrerseits keine Bedeutung zuschreibt. Die Generalkommision hat sich in den Grenzstreitigkeiten immer zur Herbeführung eines Ausgleichs bemüht. In den meisten Fällen ist das auch gelungen. Die Schlagschärfe einer Organisation beruhe nicht nur auf ihrem Mitgliederrank, sondern auf dem Anspruchshalt ihrer Mitglieder. Jedenfalls hat die Generalkommision in etlichen Fällen empfohlen, bestimmte Arbeiterschaften, die zu einem unterschiedenen Organisationsgebiets gehörten, an eine andere Organisation abzugeben. Das ist uns meistens sehr verhakt worden. Der leitende Geschäftsrund wird immer sein, daß wir organisieren müssen, nicht um die Arbeiter und Arbeiterschaften in die Organisationen zu bekommen, sondern um unserer Gewerkschaftsmitglieder zu helfen. Unser Grundsatz soll auch auf diesem Kongress erneut festgelegt werden. Wenn dabei auch einem vielleicht einmal ein Unrecht geschieht, so soll er nicht gleich ein großes Geschrei haben. Das gilt besonders für die Transportarbeiter. Der große leitende Gedanke muss immer die Einheitlichkeit der Bewegung sein. (Stimmen, Heiterkeit.) Die Auflösung an die gegebenen Verhältnisse hat uns auch in der Frage der Besitztselbstverwaltung mit festen Prinzipien geleitet. Die Generalkommision lädt diesen heutigen Tag der Organisation vor, obgleich sie früher auch einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Ein ganzer Kosten hierfür zu decken, ist uns unmöglich, weil dort eine Mehrausgabe von rund 200.000 Mark nötig bedenkt werden müßte. Wir müssen erst abwarten, ob die Bedürfnisse für die sozialen Übernahmen sich herstellen wird. Der Arbeiter bewirkt dann die Unternehmung und stellt fest, daß die Nutzung dieses gewerkschaftlichen Erreichungsmaßnahmen erst abgewirkt werden müsse. Unsere Mitgliederverluste betragen im dritten Quartal 1913 29.000, im vierten 18.000. Der Grund bleibt nicht in Verbandswidrigkeit, sondern in der neuen Verhältnisse mit ihrem Neuanfang von 56.000 jungen Leuten. Die jungen Leute kommen zum größten Teile aus der Industriebediensteten, denn die Gewerkschaftsbewegung beschreibt die industrielle Arbeiterschaft vor der Degeneration und corporativer Bindungslosigkeit. Nach einer genauen sozialistischen Aufstellung des Industriederbandes hat sich ergeben, daß 1913 70 Prozent ihrer Mitglieder nicht zum Militär einzogen sind als 1912. Auf die Gewerkschaftsorganisation übertragen, ergibt das, daß 25.100 Angehörige durch vermehrte Einschaltung zum Militär verloren gegangen sind. Es ist also nichts mit der Organisationswidrigkeit. (Beifall.) Ohne die Mitarbeit der freien Gewerkschaften kann das Reichsstaatliche Amt überhaupt keine Arbeiterkraft mehr treiben. Vielleicht kommt es noch dahin, daß auch diese staatliche Institution für politisch erklärt wird. (Heiterkeit.) Melinen benötigt Verlust werden wohl nicht alle Delegierten so hinnnehmen, wie das vor 3 Jahren in Dresden war. Die Generalkommision hat sich in den Kreisfreien seitens schwäbisch gemacht, nicht beiden Seiten recht gegeben zu haben. Es braucht nicht gelast zu werden, daß wir uns von dem Westen aus keinen lassen müssen, den Spitzen des Reichsstaates zu dienen. An dieser Überzeugung sehen wir Alfred Stettinius zu Ruhe entgegen. (Lebh. Beifall.)

Kassenbericht:

Die finanziellen Anforderungen und die Notwendigkeit einer gründlichen Arbeit bei den Wahlen zu den Kreisfreien und Kreisversammlungen, die ja zum einen Maß nach den neuen Reichsversicherungsordnungen erfolgten, bedingen eine Erhöhung der Einnahmen der Generalkommision. Weitere erhebliche Kosten verursacht die vom 1. Januar 1915 ab als selbständige Zeitschrift erreichende Arbeiterzeitung des „Correspondenzblattes“. Eine Erhöhung der Beiträge ist dringend erforderlich. Der Sonderfonds für Streit und Ausserungen balanciert in der Vergangenheit mit einem 1,5 Millionen Mark. Aus ihm haben auch ausländische Organisationen Unterstützungen erhalten. Die deutschen Gewerkschaften haben nach jeder Rüfung hin ihre Schuldigkeit getan. (Bravo!) Die Diskussion eröffnet lange Berlin (Handlungsgeschäfte), der scharf die Beteiligung hervorragender Gewerkschafter an den Diskussionsabenden der Gesellschaft für soziale

Prozeß gegen Fräulein Brunhilde Wilden und den Arzt Dr. Hermann Nolten, beide aus Düsseldorf. Der Eröffnungsbeschluß wirkt der am 21. November 1899 geborenen Angeklagten Wilden vor, zu Elberfeld am 16. Februar d. J. vorsätzlich den Gerichtsassessor Dr. Nettelbeck getötet und die Tat mit Übelverlegung ausgeführt zu haben. Er beglichigte den Angeklagten Nolten, die Wilden zu dem Mord anstiftet und ihn durch Tat und Tat hilfesweise geleistet zu haben. Die Angeklagte Wilden hat sich im Oktober 1913 mit dem praktischen Arzt Dr. Nolten verlobt. Vor ihrer Verlobung hat sie bereits Beziehungen zu dem Gerichtsassessor Dr. Nettelbeck unterhalten und hat diese häusliche Beziehung auch nach der Verlobung fortgesetzt. Das hat zu ernsten Missverständnissen zwischen den Verlobten einerseits, aber auch zwischen dem Angeklagten Dr. Nolten und Dr. Nettelbeck andererseits geführt. Die Angeklagte Wilden fuhr am 23. Februar von Düsseldorf, wo sie ihren Wohnsitz hat, nach Elberfeld. Sie befand sich im Besitz eines Revolvers. In Elberfeld suchte die Angeklagte den Assessor Nettelbeck in dessen Wohnung auf. Nachdem sie den Assessor verlassen hatte, wurde dieser mit einer schweren Schußverletzung aufgefunden, an deren Folgen er bald gestorben ist.

Ein ehemaliger Betreiber. Unterschlagungen in Höhe von 90.000 Mark hat sich ein Klosterbruder Meumühl stifteten Sonnabend nachmittag beim Schornsteinbau zweier Arbeiters aus 50 Meter Höhe ab. Beide waren sofort tot. Ein dritter Arbeiter klammerte sich an das Gerät und konnte gerettet werden.

Fünf Fischer ertrunken. Montag nachmittag segte am Bodensee ein furchtbarer Sturm ein, wobei mehrere Fischer beim Fischfang überrascht wurden. Zwei Fischerboote wurden abgetrieben und kippten um. Fünf Fischer sind dabei ertrunken.

Großener. Durch ein Großfeuer wurden in dem Dorf Kreuz bei Flensburg neun Häuser eingeschmolzen. Menschen wurden nicht verletzt, doch verbrannte viel Vieh. In hervorragender Weise betätigten sich 200 Marinemannschafter von Mürwig an den Rettungsarbeiten.

Alkoholfreies Spässchau.
Pomona, Centrale Bone-Vole
Centrale Bone-Vole
Albrechtstr. 44/1, 2, 5841

Alkoholfreie Getränke.

= Bilz-Sinalco =
über Krause & Brante, v.w.
Goldschmieden, Matzblattstr. 123, Alsfina
Brause, R. Gehr. 12 (Brause).
Blaudier, Wagn. Oberstraße 26.
Thomas Brause, Huberstr. 84.
Telephon 2311.

Bücher und Konditoreien

Beder, August, Niedstraße 5.
Bretsch, Carl, Oderstraße 29.
Bonf, Emil, Brühlstraße 3/4.
Bollmann, Wil., Schlesische Straße 4.
Braun, Wilhelm, Niedstraße 38.
Brause, R. Gehr., Alsfina 24 (ar. Matz.).
Blaudier, Wagn. Oberstraße 16.
Parl. 3, Theodor, Oberstraße 21 (ar. Matz.).
Wieslo, Rosé, Mariahilfstraße 3.
Wentz, Th., Friedrichstraße 59.
Müller, Otto, Pfeifferstr. 22.
Schmid, Max, Mariahilfstraße 15.
Ehnböel, Jol., Gehrstr. 83.
Weiß, Wilhelm, Weißstr. 22, am Aben.
Riegner, Paul, Steinerstraße 8.

Badeanstalten.

Brühns-Bad, Neue Gasse 14.

Badewannen.

Niemann, H., Tannenstr. 178, 5/1, R.

Bandagisten

Riedel, Karl, Gardestr. 54, Tel. 1014.
Rein, Jör., Südmiedestr. 17/18.
Betten u. Bettfedern.

Beder, C., Kapferlembüchlein 4, pt., I., II., III.
Cohn, Max, Huberstraße 10.
Geschw. Kapet, Anderssenstraße 2.
Wölker, E., Bokrauerstr. 7a, pt.

Betten- u. Bettfedern-Reinigung.

Gillling, A., Reuterstr. 2, Tel. 2014.

Bier-Brauereien

Blauer Adler, Schuhstraße 57, Tel. 6. Jahr.
Hasler-Bier, verzugl. Äußer.
Brauerei Sacrau, G.m.b.H.

Brauerei „Zum Nussbaum“, G.m.b.H.

Georg, G.m.b.H., Steinenstraße 14.

Genossensh.-Brauerei, Breit. Gass. u.

Geimer-Ponat, Reutstr. 64, V. Quandt.

Haus & Göttke Feßbüchlein, Bier.

Götzner, Max, Friedr.-Wilhelmstr. 45.

Karr, Josef, Niedstraße 2.

Niedstr. 10a, Friedr.-Wilhelmstr. 96.

Penkerts Brauerei, Leop. 108, Gehr.

Lüdke, August, Lüdkestraße 56.

Mitsch, Paul, Alsfinastr. 53.

Götzner, Max, Friedr.-Wilhelmstr. 76.

Wogel, G., Friedr.-Wilhelmstr. 29.

Werner, F.W., Brauerei, Neumarkt.

Reitgen-Brauerei 131, Verzugl. Äußer.

Bier-Apparate, Kohlensäure.

Niemann, H., Tannenstr. 11.

Götzner, Paul, Schleidebrücke 53.

Billard-Fabriken

Keiser, Gode, Bleuerstr. 42.

Blumenhandlung.

Rege's Blumenhandlung, Bleuerstr. 29.

Bügel- und Reparatur-Anstalt

Eise, Gehr. Wilhelmstr. 16, Tel. 2704.

Bürsten-Fabriken

Wichter, Wiesstr. 31, grüne u. rote Bunt.

Göpner, Alb., Erzgebirgsf. u. Hand-

haltungsf. Güten, Gräßlenerstr. 14, part.

Reiter, Georg, Bleuerstraße 53.

Café

Café Germania, Bielefeldstr. 63a, Tel. Gehr.

Café Böttigl, Böttiglstraße 21.

Teater-Gesellschaft-Café, Bielefeldstr. 58.

Beleges-Café, Ring-Eckleberstr. 6.

Café Böhlitz, Gehr. Bielefeldstr. 65.

Carnevals-Artikel.

Maskenverleihung.

Zum Faust!, Red. Ost. Schule (Herrnay), Theaterkostüme

Masken-Verzeichniss, Kohlenstr. 14.

Damen-Konfektion

Wacker, Michael, Schleidebrücke 42.

Drogen und Farben

Witt, J., Bielefeldstr. 121, 2. Etage, pt.

Haus-Drogerie, Bielefeldstr. 22.

Witt, J., Bielefeldstr. 121, 2. Etage, pt.

9. Deutscher Gewerkschaftskongress.

München, 22. Juni 1914.

Im größten Saale Münchens, im Kindl-Keller, begannen heute (Montag) vormittag die Verhandlungen des 9. Deutschen Gewerkschaftskongresses. Von der der Präsidententribüne gegenüberliegenden Längswand des Saales, der reich geschmückt ist, blickt das unsichtbare Bild August Bebels herunter. Embleme an den Polstern des Saales zeigen den gewaltigen Aufschwung der Gewerkschaften in der Hauptstadt Bayerns. An 30 Längs- und Querstufen sitzen die Vertreter der deutschen Gewerkschaften: in der Mitte die Vertreter der beiden großen Verbände, der Metallarbeiter und Holzarbeiter, daran rechts und links anschließend die übrigen Verbände. Den Vertretern der ausländischen Gewerkschaften, dem alten Genossen Hermann Greulich-Zürich, Dr. v. London, Grünwald und Peter aus Wien und dem Vorsitzenden der Gesellschaft für soziale Reform, Professor Francke Berlin, sind Ehrenplätze eingeräumt. Vom Parteivorsitzende ist Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Ebert anwesend. — Reichstagsabg. Genosse Legien eröffnet namens der Generalkommission den Kongress mit folgenden Begrüßungsworten: Zum ersten Male ist ein Vertreter der englischen Gewerkschaften, Genosse David aus London anwesend. Sein Besuch ist eine Erwideration auf unseren vorjährigen Besuch in England. Diese gegenseitigen Besuche sind der Ausdruck der Friedensliebe der Arbeiterbewegungen der beiden Länder. Wie schließen unseres Dresdener Gewerkschaftskongress vor drei Jahren unter den glänzenden Aussichten. Diese unsere Hoffnungen haben uns zuweilen getäuscht. Wir bestehen immer noch nicht die uns gesetzlich auferhenden Rechte. Die neu einsetzende Krise hat unsere Kräfte aus äußerste angewandt, so daß unsere Kräfte sie Arbeitslosenunterstützungen im letzten Jahre sich verdoppelt haben, sie betragen 13 Millionen Mark. (Hört, hört!) Hinzu kam eine außergewöhnliche Pege gegen die Gewerkschaften, die ihren Ausdruck in dem Rufe: „Zurück der Arbeit“ fanden. Doch alldeut haben wir ganz enorme Fortschritte gemacht. Auf dem diesjährigen Kongress sind über 2½ Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften vertreten, zirka 280.000 mehr als in Dresden. Der Zuwachs des letzten Jahres beträgt 31.000. So können wir unsere Verhandlungen in der Rorausicht beginnen, daß sie die innere Festigung und den Ausbau der Organisation weiter fördern werden. Unsere allgemeine Situation gleicht zur Zeit der von 1899. Damals drohte man uns unter dem Buchstaben „A“ alle Mittel gegen die Gewerkschaften anzuwenden. Damals erklärten wir bei der Eröffnung des Frankfurter Kongresses: „Wir fürchteten in den Buchstaben nicht, aber wir müssen ihn auch nicht im Interesse der Gesamtbevölkerung. Heute gilt dasselbe bezüglich des Vorberichts eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitwilligen. Dabei wäre es doch wahrschön nötiger, die Streitenden vor den Ausschreitungen der Streikbrecher zu schützen! Allen Feinden, verschiedenheiten gegenüber müssen und werden wir die alte Einigkeit bewahren. Dazu wird auch die Lust des alten gemütlichen Münchens beitragen. (Heitere Zustimmung.) Deshalb vorwärts, den Arbeitern zum Schutz, dem Unternehmer zum Trutz! (Sturmischer Beifall.) — Namens der Münchener Gewerkschaften begrüßt Landtagsabgeordneter Genosse Tim in die Halle und Delegierten, der einen Überblick über die Arbeiterbewegung Münchens (Gewerkschaften). Genossenschaften gibt.

Als Vorsitzende werden gewählt: Legion, Schlick und Leipart, als Schriftführer: Diermetz-München, Dicker-Böhm, Dicker-Chemnitz, Massini-Berlin, Dreher-Berlin (Transportarbeiter), Sack-Hannover. Die vorgeschlagene Geschäftsführung wird angenommen und beschlossen, von 9 bis 4 Uhr zu tagen. Unter Zustimmung und Ablehnung aller zur Tagesordnung gestellten Anträgen wird die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt. Appleton-London überbringt die heimischen Grüße der britischen Arbeiter, die trotz der nationalen Verschiedenartigkeiten der beiden Länder den gleichen Kampf für das Wohl des Volkes führen. Die London-Christiansia reist darauf hin, daß die standortnahmen Gewerkschaften die Schüler der deutschen seien, und daß sich die Universität Norwegens, Schwedens und Dänemarks zu einer gemeinsamen Organisation und Streitversicherung zusammengetroffen hätten, sodass ihr gewerkschaftlicher Kampf ein besonders schwerer geworden sei. Grünwald-Wien spricht namens der Vertreter Österreichs, Ungarns und der Schweiz: Die Gewerkschaften, die ich vertrete, wurden vorwärts gebracht durch deutsche Geist und deutsche Organisationstracht. Die österreichische Gemüthsfeind ist schon längst dem nackten Klassenkampf der Unternehmer gewichen. Trotz der Balkanfeinde haben die österreichischen Gewerkschaften nur 5000 von 420 000 Mit-

Geschichtskalender.

24. Juni:

1905 Matrosenrevolte auf dem russischen Panzerschiff „Potemkin“ in Odessa.
1909 Der Reichstag lehnt die Erbschaftsteuer ab.

Aus aller Welt.

Zum Tode Bertha von Suttner. Die Leiche Bertha von Suttner wird in Gotha verbrannt. Die Verstorbene hat jede Feier und jede Trauhandlung, jede geistige Mitwirkung testamentarisch abgelehnt. Die Asche soll in der Urnenhalle in Gotha aufbewahrt werden.

Die Flugwoche in Wien. Auf dem Flugplatz Aspern bei Wien begann Sonntag die internationale Flugwoche mit Preisen in einer Summe von 131 000 Kronen. Aus Deutschland beteiligen sich Stößler, Ingold, Stiplochek, Hellmuth Hirth und Heinrich Schulz. In der Dauerkonkurrenz wurde Ingold Erster. Einen neuen Höhenweltrekord für den Flug mit drei Passagieren stellte Oberleutnant Vier auf, der 4100 Meter erreichte.

Der belohnte Flugzeugbauer. Der Reichsduma ist ein von 140 Abgeordneten unterzeichnete Gesetzentwurf zugegangen, dem Ingenieur Storck, dem Erfinder und Erbauer des Aeroplans „Alta Murmansk“, eine Prämie von 100 000 Rubeln zu bewilligen.

Deutsche Einheitskatalographie. Der Sachverständigen-Ausschuss zur Schaffung einer deutschen Einheitskatalographie, in dem neun stenographische Schulen vertreten sind, hat am 20. und 21. Juni im preußischen Ministerium getagt. Der vom ein gesetzten Unterausschuss vorgelegte Entwurf wurde nach eingehendster Beratung in seinen Grundlagen einstimmig angenommen und die Vorlage mit den von ihm beschlossenen Änderungen dem Unterausschuss zur Überarbeitung überwiesen.

Gebildete Langfinger. Die Ausstellungsteilung der „Bagra“ in Leipzig bringt folgende Warnung zur allgemeinen Kenntnis, die man nur auf das Kreuzfeste begreifen kann: „Es ist leider häufig vorgekommen, daß in den Ausstellungshallen wertvolle Objekte, die auf Tischen auslagen oder in Regalen standen, von gewissenlosen Besuchern mitgenommen worden sind. Viele Aussteller, denen es unvorsichtig war, Bücher an Ketten zu befestigen oder sie anzuhängen, haben sich auf das Verständnis des Publikums verlassen und ihre Werke lose ausgezögigt und sind auf diese Weise zum Teil nicht wiederhergestellt worden. Unter den gestohlenen Büchern sind auch solche, die literar-historische, ästhetische oder

gleichzeitig verloren. Wir danken das dem von Ihnen uns überkommenen Geist, von dem dieser Kongress neue Beweise liefern möge. (Beifall.) — Dr. August Müller-Hamburg als Vertreter des Zentralverbandes deutscher Arbeitervereine weist auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften hin, die durch die Schaffung der „Volksfürsorge“ noch engere geworden seien. Wir beiden arbeiten auch an dem Aufstieg derjenigen Volkschichten, die noch auf der Schattenseite leben. Das Ziel unserer beiden Bewegungen ist, eine bessere und gerechtere Verteilung des Ertrages der nationalen Arbeit herbeizuführen. (Beifall.)

Den Bericht der Generalkommission erstattet Legion: Der Polizeipräsident von Berlin hat die

Politischklärung

unter anderem damit begründet, daß die Generalkommission das „Korrespondenzblatt“ herausgibt, wodurch politische Artikel erscheinen, daß die Generalkommission Eingaben an den Reichstag gemacht hat, daß sie mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei gemeinsame Amtsgesetze verabschiedet habe, und daß sie mit ihm gemeinsam die Agitation bei Einberufung der Vorlagen über die Gewerbeordnung, das Reichsvereinsgesetz, die Reichsversicherungsordnung getrieben hat, und endlich die internationalen Arbeitsmarkten und Kongresse durch Telegramme besichtigt hat. Wäre diese Begründung richtig, dann wären doch noch Recht und Gerecht alle uns angekündigten Dramatisierungen für politisch erklärt werden und wären nur diejenigen, die es besonders ins Herz geschlossen haben. Es ist aber nicht der Zweck der Generalkommission und der hier angesiedelten Organisationen, politische Angelegenheiten zu erörtern, sondern die Zweck ist, durch die Vermittelung der gewerkschaftlichen Ideen die gesamte Kraft unserer gewerkschaftlichen Bewegung zu fördern, sie zur gegenseitigen Unterstützung bei wirtschaftlichen Maßnahmen auszudehnen und die Arbeiterschaft vor der Konkurrenz durch den Kapitalismus zu bewahren. (Sehr wahre!) Die Herausgabe des „Korrespondenzblattes“ ist nicht zweck, sondern ein Mittel zum Zweck der Generalkommission. Auch die sozialistische Partei ist eben, wie es weiter unten steht, korrespondenzblätter, mit politischen Artikeln darin, heraus, und wenn die mit diesen Gewerkschaften in Verbindung stehenden Parteien, also das Zentrum und die sozialdemokratische Partei, Arbeiterparteien wären, so wären sie genau so dagegen wie wir: es müssen Verhandlungen zwischen ihnen stattfinden. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei und völlig getrennt voneinander. (Wilden: Es ist kein Gewerkschaftssozialist dem anderen beizutreten, dann wäre es ja klar, sie mit den politischen Vereinen nicht zu verbinden. Es über die Parteienkreise für die Gewerkschaften und für die sozialdemokratische Partei in Betracht kommen, so sind Verhandlungen zwischen ihnen nötig, um solle stehen, die es aus dieser Gemeinsamkeit der Mitgliedskreise ergeben könnten, zu verhindern. Was die Bedeutung des Internationalen Gewerkschafts- und Sozialistenkongresses anlangt, so sind auf diesem Kongress die Gewerkschaften vertreten, weil dort eine Reihe von Fragen behandelt werden, die unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft berühren. Daran zu bedenken, ist ganz unmöglich, selbst auf die Gefahr hin, daß uns daraus ein Herr von Jagow für politisch erklärt. Wir könnten ja übrigens auch politisch sein bis zur Erfüllung, wenn es sich nicht gerade um die Sozialdemokratie handeln würde. (Zustimmung.) Jetzt ist man uns, politische Vereine zu sein, dann könnten wir ja sagen, daß wir dies auch sein wollen. Ob es unseren Freunden eine Freude machen würde, wenn wir unsere Agitationstrafe in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen würden, das ist mir doch zweifelhaft. (Sehr richtig!) Wir würden damit aber auch den Interessen der Arbeiterschaft nicht dienen, denn die politische Partei hat Pflichten an einer Art zu erfüllen als die Gewerkschaften. Der ganze Zweck der Aktion scheint ja zu sein, uns zu zwingen, die Nationalen aus unseren Organisationen hinauszudringen. Wir lassen uns aber unsere proletarische Jugend nicht nehmen, (Sturm. Zustimmung.) weder durch politischen Zorn im noch durch religiösen Fanatismus. Wie erzählen unsere proletarische Jugend für uns, und wir werden dazu die den gegebenen Verhältnissen anzupassende Form finden.

Nun sieht es so aus, als wenn in der Grenzfürstentümer trocken aller Bemühungen der Generalkommission eine Einigung unter den Gewerkschaften nicht erzielt werden kann. Das liegt schließlich nicht an dem bösen Willen der Beteiligten, aber wenn diese Frage sachlich unter dem Gesichtspunkt der Gesamtheit und nicht ausschließlich vom Standpunkt der Verbandsinteressen aus behandelt würde, dann wäre vieles besser. (Lebh. Zustimmung.) — Die Entwicklung der Industrie zwingt uns zu neuen Organisationsformen. Der

moderne Großbetrieb vereinfacht die Arbeit vieler, ja in einigen Fällen fast aller Berufe in sich. Da kann man es einer Organisation nicht übernehmen, wenn sie die Aktivität jedes Arbeiters eines Betriebes durch die Vereinigung aller Arbeitnehmer in einer Organisation zu fördern trachtet. Aber auf der anderen Seite haben wir in Deutschland eine ganze Reihe sehr entwickelter Betriebe, wo eine in sich abgeschlossene Betriebsarbeitsgruppe vorhanden ist. Der Unterschied zwischen der Arbeiterschaft der kleinen und Mittelbetriebe und der Großbetriebe ist zu groß, als daß wir Betriebsorganisationen für abgeschlossene Betriebe hätten können. Wir werden noch wie vor der Gründung festhalten und die Schwierigkeiten auszugleichen suchen. Die Generalkommission hat sich in den Grenzfürstentümern immer zur Herstellung eines Ausgleichs bemüht. In den meisten Fällen ist das auch gelöst. Die Schlagfertigkeit einer Organisation beruhe nicht nur auf ihrer großen Mitgliederzahl sondern auf dem Abschlußhalt ihrer Mitglieder. Bedenkt hat die Generalkommission in einigen Fällen empfohlen, bestimmte Arbeiterschaften, die zu einem wichtigen Organisationsgebiets gehörten, an eine andere Organisation abzugeben. Das ist uns meistens sehr verlustig worden. Der leitende Gesichtspunkt wird immer sein, daß wir organisieren müssen, nicht um die Arbeiterschaft erledigen zu lassen, sondern um unserer Gesellschaft zu helfen. Diese Grundzüge soll auch auf diesem Kongress erneut festgelegt werden. Wenn dabei auch einem vielleicht einmal ein Widerspruch geschieht, so soll es nicht gleich ein großer Widerspruch erheben. Das gilt besonders für die Transportarbeiter. Der große Leitende Gedanke nach immer die Einheitlichkeit der Bewegung sein. (Zustimmen bei den Transportarbeitern: Das haben wir immer gesagt!) So sehr ihr aus! (Sturm. Beifall.) Die Anwendung an die gegebenen Verhältnisse hat uns auch in der Frage der Gewerkschaftsinteriorate mit festen Linien gelehrt. Die Generalkommission, häufig Ihnen heute selber die Organisation vor, obgleich sie früher auch einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Die ganzen Kosten bleibst zu bedenken, ist uns unmöglich, weil das eine Mehrausgabe von rund 200.000 Mark jährlich bedeuten würde. Wir wissen es abwarten, ob ein Bedarf für die Kostenübernahme sich herausstellen wird. Der Städter beharrt dann die Unmöglichkeit und heißt fest, daß die Wirkung dieses gewerkschaftlichen Erziehungsmittels erst abgewandelt werden müsse. Unter Mitgliedschaftszahl bestehen im dritten Quartal 1913 29.000, im vierten 32.000. Der Grund bliebe liegt nicht in Verbandsmäßigkeit, sondern in der neuen Wehrvorlage mit ihrer Neuordnung von 56.000 neuen Leuten. Die jungen Leute kommen zum größten Teile aus der Industriebedeutung, denn die Gewerkschaftsbewegung besitzt die industrielle Arbeiterschaft vor der Generation und übertrifft sie leicht. Nach einer genauen Statistik der Ausstellung des Industrieverbandes hat sich ergeben, daß 1913 zu Prozent ihrer Mitglieder mehr zum Militär eingezogen sind als 1912. Auf die Wehrorganisation übertragen, erzielt das, daß 25.100 Organisationen zum Militärdienst gesandt und Es ist also nichts mit der Organisationsmäßigkeit. (Beifall.) Ohne die Mitarbeit der freien Gewerkschaften kann das Arbeitsschichtliche Amt überhaupt keine Arbeiterschaft mehr treiben. Weißt kommt es noch darin, daß auch diese staatliche Institution sie politisch erklärt wird. (Beifall.) Meinen heutigen Bericht werden wohl nicht alle Delegierten so hinnnehmen, wie das vor 3 Jahren in Dresden geschah. Die Generalkommission hat sich ja bei den Grenzstädten gesetzt sehr sorgfältig gemacht, nicht beiden Seiten etwas gegeben zu haben. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß wir von dem Gesichtspunkt beiden Seiten müssen, den Zweck der Gewerkschaft mit Ruhe entgegen. (Lebh. Beifall.)

Kassenbericht:

Die finanziellen Anforderungen und die Nonnendigkeit einer gründlichen Arbeit bei den Wahlen zu den Landeskassen und Versicherungsräten, die ja zum ersten Male nach der neuen Reichsversicherungsordnung erfolgten, bedingen eine Erhöhung der Einnahmen der Generalkommission. Weitere erhebliche Kosten verursacht die vom 1. Januar 1915 ab als selbständige Zeitschrift erscheinende Arbeiterschriften des „Korrespondenzblattes“. Eine Erhöhung der Beiträge ist dringend erforderlich. Der Sonderabond für Briefe und Auswertungen positioniert in der Berichtsperiode mit ca. 1,6 Millionen Mark. Aus ihm haben auch ausländische Organisationen Unterstützungen erhalten. Die deutschen Gewerkschaften haben nach jeder Richtung hin ihre Schuldigkeit getan. (Broh) Die Tabelle eröffnet lange Berlin Handlungsgeschäfte, der jetzt die Befreiung hervorragender Gewerkschaften für soziale

prozeß gegen Fräulein Brunhilde Wilden und den Arzt Dr. Hermann Molten, beide aus Düsseldorf. Der Gründungsbericht wirft der am 21. November 1898 geborenen Angeklagten Wilden vor, an Elberfeld am 16. Februar d. J. vorsätzlich den Gerichtsschaffner Dr. Nettelbeck getötet und die Tat mit Übelkeit ausgeführt zu haben. Er bezichtigte den Angeklagten Molten, die Wilden zu dem Mord anesthetisiert und ihr durch Arzt und Tat Hilfsliebste geleistet zu haben. Die Angeklagte Wilden hat sich im Oktober 1913 mit dem praktischen Arzt Dr. Molten verlobt. Vor ihrer Verlobung hat sie bereits Beziehungen zu dem Gerichtsschaffner Dr. Nettelbeck unterhalten und hat diese staatliche Institution sie politisch erklärt. Das hat zu ernsten Missgeschicken zwischen den Verlobten einerseits, aber auch zwischen dem Angeklagten Dr. Molten und Dr. Nettelbeck andererseits geführt. Die Angeklagte Wilden fuhr am 23. Februar von Düsseldorf, wo sie ihren Wohnsitz hat, nach Elberfeld. Sie befand sich im Besitz eines Revolvers. In Elberfeld suchte die Angeklagte den Arzt Nettelbeck in dessen Wohnung auf. Nachdem sie den Arzt verlassen hatte, wurde dieser mit einer schweren Schuhverletzung aufgefunden, an deren Folgen er bald gestorben ist.

Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen. Beide Angeklagten wurden darauf freigesprochen.

Ein ehemaliger Betrüger. Unterschlagungen in Höhe von 20.000 Mark hat sich ein Klosterbruder Meyer des St. Johannis-Klosters, der die Funktion des Klosterschreibers ausübte. Es handelt sich um Gelder milden Stiftungen. Die Unterschlagungen liegen schon Jahre zurück und wurden bei einer Kassenevilstellung entdeckt.

50 Meter abgestutzt. Auf Zeche Neumühl stürzten Sonnabend nachmittag beim Schornsteinbau zwei Arbeiter aus 50 Meter Höhe ab. Beide waren sofort tot. Ein dritter Arbeiter klammerte sich an das Gestell und konnte gerettet werden.

Fünf Fischer ertrunken. Montag nachmittag segte am Bodensee ein furchtbare Sturm ein, wobei mehrere Fischer beim Fischfang überrascht wurden. Zwei Fischerboote wurden abgetrieben und kippten um. Fünf Fischer sind dabei ertrunken.

Großfeuer. Durch ein Großfeuer wurden in dem Dorfkreis bei Glensburg neun Häuser eingeebnet. Menschen wurden nicht verletzt, doch verbrannte viel Vieh. In hervorragender Weise beteiligten sich 200 Marinemannschaften von Glensburg an den Rettungsarbeiten.

Reform und ihrem Leben haben. Die Gesellschaft hat in der Frage des Konkurrenztaufgelages eine einseitige Agitation im Interesse der Unternehmer betrieben. — Pfeife-Chemie (Pfeifer) begründet einen Antrag, mehrmals im Jahre öffentliche Aufforderungen zu erlassen, durch die Eltern, Vornünder und Erzieher ihre Angehörigen den Gewerkschaften auszuführen. — Pfeifer-Karlsruhe (Bauerarbeiter) begründet einen Antrag, unter den Ausländern verstärkte Agitation zu betreiben, weil diese besonders im Bergbau und im Textilgewerbe als Lohnarbeiter wirken. Für diese Agitation kommen in erster Linie die Italiener in Betracht. Die italienische Arbeitspresse greift uns vielfach an. Sie könnte allmählich einschneien, daß unser System besser ist als das ihrige mit den Eintags-publiten. (Heiterkeit.)

Faß-Berlin (Bauarbeiterverband) gibt eine längere Erklärung ab, die sich gegen einen Artikel des Genossen Dr. Arthur Schulz in den "Sozialistischen Monatsheften" über "Bauarbeiterverband und Bauarbeiteransiedlung" wendet. Dr. Schulz erinnert die Sachkenntnis und seine, der Wahrheit widersprechenden Behauptungen würden von den Gegnern weithin ausgenutzt. — Frau Reimann-Berlin (Schreiberverbund) fordert, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder erhalten sollten, dafür zu sorgen, daß die in der Heimarbeit tätigen Frauen und Töchter organisiert werden.

Robert Schmidt-Berlin: Die Gesellschaft für Soziale Reform hat besonders für die Heimarbeiter gute Arbeit geleistet. Wir legen Wert darauf, daß die Stimme der freien Gewerkschaften bei jeder Tagung, die sich mit Sozialpolitik beschäftigt, auch in uns fernstehenden Kreisen gehört wird. Auch an den Konferenzen des Verbandes deutscher Arbeitsaufweise beteiligen wir uns. Die Tätigkeit Langes und die Stellungnahme seines Verbandes haben sie nicht davor behütet, mit bürgerlichen Organisationen in einzelnen Fällen zu arbeiten. Die Gesellschaft für soziale Reform ist niemals für die Gelben eingetreten, auch in der Frage der Tarifverträge legt wir Wert darauf, daß unser Standpunkt auch in den Kreisen der bürgerlichen Sozialpolitiker vertreten wird. Das Geschehen der Scharfmacher über den sog. Terrorismus der Gewerkschaften findet bei ihnen genau dieselbe Abneigung wie bei uns. Ihre Ausgebung für die Fortführung der Sozialreform begründen wir freudig als eine Hilfsaktion. Wir müssen es ablehnen, mit den Scharfmacherspreche in bezug auf die Beurteilung der Gesellschaft für soziale Reform einen Streit zu ziehen. Ohne die Unterstützung bürgerlicher Sozialreformer kommt es auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht weiter. Dabei leiden wir an unseren Grundzügen keinen Schaden. Nur wer sich unserer sieht in diesen Grundsätzen, kann ihre Erfüllung bewirken, nicht aber ein festes Gewerkschaftler. (Sturm.)

Reichstagsabgeordneter Giebel: Ich bin ein Gegner des Beschlusses der Vorstandskonferenz, der die Mitgliedschaft bei der Gesellschaft für soziale Reform freigibt; denn die will den Ausgleich der Klassengesetze herbeiführen, während wir auf den grundlegenden Werten des Alaisenkampfes stehen. Es darf nicht Verwirrung und Unstetigkeit in die Massen gebracht werden.

Paeplow-Hamburg (Bauerarbeiter): Die vorliegenden Resolutionen werden uns nicht weiter bringen. Das eine Gewerkschaft ein Mitglied ausschließt, weil es so unverständlich ist, nicht für die Organisation seiner weiblichen Familienangehörigen zu sorgen, muß ich ablehnen. Wir müssen den Vorgängen im Auslande unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Es gibt dort Organisationen, die die deutschen Gewerkschaften als die reinen Geldmachinen bezeichnen, ohne daß diese Leute das geringste Verständnis für den Aufbau unserer Organisation hätten. An den Veranstaltungen der bürgerlichen Sozialreformer haben wir uns viel zu lange nicht beteiligt. (Seht nach!)

Umbreit (Generalkommission): Bedauerlich ist es, daß die Gewerkschaften der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeitsschutz noch nicht angegeschlossen sind. Heute nehmen an ihren Verhandlungen nur die Christen und die S.-Dänderchen als die Sprecher der deutschen Arbeiterschaft teil. Sie können das Vertrauen zu den deutschen Arbeiterversammlungen haben, daß sie auf solchen Tagungen die Arbeiterinteressen nicht vertraten wird. (Sehr gut!) Schauen wir uns nicht vor lächerlich! (Lachende Weißluhn.)

Reichstagsabgeordneter Legien (Schlußwort): Es ist ganz richtig, daß wir uns der Mitarbeit in einer Gesellschaft, wie es die Gesellschaft für Soziale Reform ist, auf die Dauer nicht entziehen können. Es kommen da eine ganze Reihe von Fragen zur Erörterung, die die Interessen der Arbeiterschaft auf engste berühren. Wie können wir von diesen Gesellschaften verlangen, daß sie Beschlüsse in unserem Interesse fassen, wenn wir in ihnen nicht mitarbeiten. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß wir diesen Gesellschaften vorbehaltlos als Mitglieder angehören müssen. Wir können keinen entcheidenden Einfluß ausüben, wie können überstimmt werden und müßten dann die Herausforderung für die gefassten Beschlüsse tragen. Nur das hindert uns, zur Zeit Möglich zu werden, obwohl das, was die Gesellschaft für Soziale Reform tut, von uns unterstützt werden kann. Es handelt sich hier eben um keine Prinzipien, sondern um eine reine Sozialpolitikfrage. Der Redakteur der "Sozialen Presse" Dr. Hende gibt durch mich die Erklärung ab, daß Gegenartikel in der Frage der Konkurrenztauflage ihm wieder von Lange, noch von arbeiter Seite eingereicht worden sind. Im Gegenteil habe Professor Franks ein Mitglied des Bundes der Technischen Industriellen Beamten aufgefordert, einen Gegenartikel zu schreiben, was aber nicht geschehen sei. (Hört, hört!) Zu beitreten wäre dann noch die Steigungnahme des Zentralverbandes der Handlungsgesellschafter zum Allgemeinen

Gesetzstrahler Revolverheld. Im Justizpalast in Paris wollte sich gestern nachmittag eine aufrechte Scene ab. Ein gut gekleideter Herr, der einen neroßen Eindruck machte, erschien im Bureau der Staatsanwaltschaft und verlangte den Generalstaatsanwalt Lescure zu sprechen. Als er einige Zeit warten musste, beschwerte er sich, zog dann ganz plötzlich einen Revolver hervor und begann nach allen Seiten zu feuern. Er wurde schließlich von einem bereits 80 Jahre zählenden Gerichtsdienner mit großer Waffe überwältigt. Auf der Polizeiwache führte er irrsinnige Reden, so daß man zu der Verurteilung kam, es mit einer geisteskranken Person zu tun zu haben.

Große Feuer in Paris. Heute morgen zwischen 1 und 2 Uhr ist in den großen Warenhäusern im Stadtviertel La Bourse in der Avenue de l'Alma, Ecke Rue de l'Alma, ein großes Feuer ausgebrochen. Das Feuer ist im Speicher A, in dem in der Hauptrasse zollpflichtige Waren lagern, wahrscheinlich durch Kurzschluß entstanden. Der Speicher A ist ein fünfhundiges und 20 Meter langes Gebäude, das im Augenblick vollständig in Flammen stand. In dem brennenden Speicher liegen riesige Worte Kakao, Kaffee, Tee und andere aus dem Orient kommende Waren. Daß die gesamte Feuerwehr von Paris bemüht sich, die Feuerbrunst möglichst auf ihren Herd zu beschränken. 50 Dampfpumpen schützen unaufhörlich große Wasserstrahlen in die Flammen. Gegen 5 Uhr morgens schien es gelungen zu sein, die umliegenden Gebäude, die zum Teil aus Holz erbaut sind, vor dem Übergriffen der Flammen zu retten. Die Arbeiten der Feuerwehrmannschaften wurden durch einen heftigen Wind und den beißenden Qualm außerordentlich erschwert. Trotz der frühen Morgenstunde befindet sich eine riesige Menschenmenge an der Strandstraße und die Polizei hat einen Ordnungsdienst einzurichten müssen. Der Schaden, den die Feuerbrunst angerichtet hat, ist enorm und dürfte sich nach einer Schätzung auf eine Million, nach einer anderen sogar auf zwei Millionen belaufen. Jedenfalls ist er aber vollkommen durch Verhinderung gebettet.

Autounfall. Montag, mittag gegen 2 Uhr ereignete sich auf der Rücksichtstraße in Frankreich ein schwerer Autounfall. Das Auto des Automobilisten Villard d'Orsay fuhr gegen eine Telegrafenleitung und prallte um. Die Insassen des Autos, der junge Villard, zwei Damen und der Chauffeur wurden herausgeschleudert. Während der Chauffeur unverletzt blieb, erlitten die anderen drei schwere Verletzungen und mußten in ein Krankenhaus gebracht werden.

Eine Schießerei in Hamburg. In einer Wohnung am Holm wurde nach einer Schießerei ab. Das dort befindliche Gemüselement hatte mit einem verdeckten

meinen Buchbeamten-Verein und ähnlichen Angestelltenorganisationen. Ich glaube, daß der Handlungsgesellschafter verhindert einen Antrag, mehrmals im Jahre öffentliche Aufforderungen zu erlassen, durch die Eltern, Vornünder und Erzieher ihre Angehörigen den Gewerkschaften auszuführen. — Pfeifer-Karlsruhe (Bauerarbeiter) begründet einen Antrag, unter den Ausländern verstärkte Agitation zu betreiben, weil diese besonders im Bergbau und im Textilgewerbe als Lohnarbeiter wirken. Für diese Agitation kommen in erster Linie die Italiener in Betracht. Die italienische Arbeitspresse greift uns vielfach an. Sie könnte allmählich einschneien, daß unser System besser ist als das ihrige mit den Eintags-publiten. (Heiterkeit.)

Faß-Berlin (Bauarbeiterverband) gibt eine längere Erklärung ab, die sich gegen einen Artikel des Genossen Dr. Arthur Schulz in den "Sozialistischen Monatsheften" über "Bauarbeiterverband und Bauarbeiteransiedlung" wendet. Dr. Schulz erinnert die Sachkenntnis und seine, der Wahrheit widersprechenden Behauptungen würden von den Gegnern weithin ausgenutzt. — Frau Reimann-Berlin (Schreiberverbund) fordert, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder erhalten sollten, dafür zu sorgen, daß die in der Heimarbeit tätigen Frauen und Töchter organisiert werden.

Reichstagsabgeordneter Giebel: Ich bin ein Gegner des Beschlusses der Vorstandskonferenz, der die Mitgliedschaft bei der

Gesellschaft für soziale Reform freigibt; denn die will den Ausgleich der Klassengesetze herbeiführen, während wir auf den grundlegenden Werten des Alaisenkampfes stehen. Es darf nicht Verwirrung und Unstetigkeit in die Massen gebracht werden.

Paeplow-Hamburg (Bauerarbeiter): Die vorliegenden Resolutionen werden uns nicht weiter bringen. Das eine Gewerkschaft ein Mitglied ausschließt, weil es so unverständlich ist, nicht für die

Organisation seiner weiblichen Familienangehörigen zu sorgen, muß ich ablehnen. Wir müssen den Vorgängen im Auslande unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Es gibt dort Organisationen,

die die deutschen Gewerkschaften als die reinen Geldmachinen bezeichnen, ohne daß diese Leute das geringste Verständnis für den Aufbau unserer Organisation hätten. An den Veranstaltungen der bürgerlichen Sozialreformer haben wir uns viel zu lange nicht beteiligt. (Seht nach!)

Umbreit (Generalkommission): Bedauerlich ist es, daß die

Gewerkschaften der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeitsschutz noch nicht angegeschlossen sind. Heute nehmen an ihren

Verhandlungen nur die Christen und die S.-Dänderchen als die

Sprecher der deutschen Arbeiterschaft teil. Sie können das Vertrauen zu den deutschen Arbeiterversammlungen haben, daß sie auf solchen

Tagungen die Arbeiterinteressen nicht vertraten wird. (Sehr gut!) Schauen wir uns nicht vor lächerlich! (Lachende Weißluhn.)

Reichstagsabgeordneter Legien (Schlußwort): Es ist ganz

richtig, daß wir uns der Mitarbeit in einer Gesellschaft, wie es die

Gesellschaft für Soziale Reform ist, auf die Dauer nicht entziehen

können. Es kommen da eine ganze Reihe von Fragen zur Erörterung,

die die Interessen der Arbeiterschaft auf engste berühren. Wie können

wir von diesen Gesellschaften verlangen, daß sie Beschlüsse in unserem

Interesse fassen, wenn wir in ihnen nicht mitarbeiten. Damit ist

noch lange nicht gesagt, daß wir diesen Gesellschaften vorbehaltlos als

Mitglieder angehören müssen. Wir können keinen entcheidenden

Einsatz ausüben, wie können überstimmt werden und müßten dann

die Herausforderung für die gefassten Beschlüsse tragen. Nur das

hindert uns, zur Zeit Möglich zu werden, obwohl das, was die

Gesellschaft für Soziale Reform tut, von uns unterstützt werden kann.

Es handelt sich hier eben um keine Prinzipien, sondern um eine

reine Sozialpolitikfrage. Der Redakteur der "Sozialen Presse" Dr. Hende gibt durch mich die Erklärung ab, daß Gegenartikel in der

Frage der Konkurrenztauflage ihm wieder von Lange, noch von arbeiter

Seite eingereicht worden sind. Im Gegenteil habe Professor Franks ein

Mitglied des Bundes der Technischen Industriellen Beamten aufgefordert, einen Gegenartikel zu schreiben, was aber nicht

geschehen sei. (Hört, hört!) Zu beitreten wäre dann noch die Steigung-

nahme des Zentralverbandes der Handlungsgesellschafter zum Allge-

meinen Buchbeamten-Verein und ähnlichen Angestelltenorganisa-

tionen. Ich glaube, daß der Handlungsgesellschafter verhindert

einen Antrag, mehrmals im Jahre öffentliche Aufforderungen zu

erlassen, durch die Eltern, Vornünder und Erzieher ihre Angehörigen den

Gewerkschaften auszuführen. — Pfeifer-Karlsruhe (Bauerarbeiter)

begründet einen Antrag, unter den Ausländern verstärkte Agitation

zu betreiben, weil diese besonders im Bergbau und im Textilgewerbe

als Lohnarbeiter wirken. Für diese Agitation kommen in erster Linie

die Italiener in Betracht. Die italienische Arbeitspresse greift uns

vielfach an. Sie könnte allmählich einschneien, daß unser System

besser ist als das ihrige mit den Eintags-publiten. (Heiterkeit.)

Faß-Berlin (Bauarbeiterverband) gibt eine längere Erklärung ab, die sich gegen einen Artikel des Genossen Dr. Arthur Schulz in den "Sozialistischen Monatsheften" über "Bauarbeiterverband und Bauarbeiteransiedlung" wendet. Dr. Schulz erinnert die Sachkenntnis und seine, der Wahrheit widersprechenden Behauptungen würden von den Gegnern weithin ausgenutzt. — Frau Reimann-Berlin (Schreiberverbund) fordert, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder erhalten sollten, dafür zu sorgen, daß die in der Heimarbeit tätigen Frauen und Töchter organisiert werden.

Reichstagsabgeordneter Giebel: Ich bin ein Gegner des Beschlusses der Vorstandskonferenz, der die Mitgliedschaft bei der

Gesellschaft für soziale Reform freigibt; denn die will den Ausgleich der Klassengesetze herbeiführen, während wir auf den grundlegenden Werten des Alaisenkampfes stehen. Es darf nicht Verwirrung und Unstetigkeit in die Massen gebracht werden.

Paeplow-Hamburg (Bauerarbeiter): Die vorliegenden Resolutionen werden uns nicht weiter bringen. Das eine Gewerkschaft ein

Mitglied ausschließt, weil es so unverständlich ist, nicht für die

Organisation seiner weiblichen Familienangehörigen zu sorgen, muß ich ablehnen. Wir müssen den Vorgängen im Auslande unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Es gibt dort Organisationen,

die die deutschen Gewerkschaften als die reinen Geldmachinen bezeichnen, ohne daß diese Leute das geringste Verständnis für den Aufbau unserer Organisation hätten. An den Veranstaltungen der bürgerlichen Sozialreformer haben wir uns viel zu lange nicht beteiligt. (Seht nach!)

Umbreit (Generalkommission): Bedauerlich ist es, daß die

Gewerkschaften der Internationalen Vereinigung für gesetzliche

Arbeitsschutz noch nicht angegeschlossen sind. Heute nehmen an ihren

Verhandlungen nur die Christen und die S.-Dänderchen als die

Sprecher der deutschen Arbeiterschaft teil. Sie können das Vertrauen zu den deutschen Arbeiterversammlungen haben, daß sie auf solchen

Tagungen die Arbeiterinteressen nicht vertraten wird. (Sehr gut!) Schauen wir uns nicht vor lächerlich! (Lachende Weißluhn.)

Reichstagsabgeordneter Legien (Schlußwort): Es ist ganz

richtig, daß wir uns der Mitarbeit in einer Gesellschaft, wie es die

Gesellschaft für Soziale Reform ist, auf die Dauer nicht entziehen

können. Es kommen da eine ganze Reihe von Fragen zur Erörterung,

die die Interessen der Arbeiterschaft auf engste berühren. Wie können

wir von diesen Gesellschaften verlangen, daß sie Beschlüsse in unserem

Interesse fassen, wenn wir in ihnen nicht mitarbeiten. Damit ist

noch lange nicht gesagt, daß wir diesen Gesellschaften vorbehaltlos als

Mitglieder angehören müssen. Wir können keinen entcheidenden

Einsatz ausüben, wie können überstimmt werden und müßten dann

die Herausforderung für die gefassten Beschlüsse tragen. Nur das

hindert uns, zur Zeit Möglich zu werden, obwohl das, was die

Gesellschaft für Soziale Reform tut, von uns unterstützt werden kann.

Es handelt sich hier eben um keine Prinzipien, sondern um eine

reine Sozialpolitikfrage. Der Redakteur der "Sozialen Presse" Dr. Hende gibt durch mich die Erklärung ab, daß Gegenartikel in der

Frage der Konkurrenztauflage ihm wieder von Lange, noch von arbeiter

Seite eingereicht worden sind. Im Gegenteil habe Professor Franks ein

Mitglied des Bundes der Technischen Industriellen Beamten aufgefordert, einen Gegenartikel zu schreiben, was aber nicht

geschehen sei. (Hört, hört!) Zu beitreten wäre dann noch die Steigung-

nahme des Zentralverbandes der Handlungsgesellschafter zum Allge-

meinen Buchbeamten-Verein und ähnlichen Angestelltenorganisa-

tionen. Ich glaube, daß der Handlungsgesellschafter verhindert

einen Antrag, mehrmals im Jahre öffentliche Aufforderungen zu

erlassen, durch die Eltern, Vornünder und Erzieher ihre Angehörigen den

Gewerkschaften auszuführen. — Pfeifer-Karlsruhe (Bauerarbeiter)

<p